

**Arbeitskreis Militär und Gesellschaft  
in der Frühen Neuzeit e. V.**

**Militär und Gesellschaft  
in der Frühen Neuzeit**

**13 (2009) Heft 2**

Universitätsverlag Potsdam



**Arbeitskreis Militär und Gesellschaft in der  
Frühen Neuzeit e.V.**

**Militär und Gesellschaft  
in der Frühen Neuzeit**

**13 (2009) Heft 2  
Universitätsverlag Potsdam**

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**Universitätsverlag Potsdam 2009**

<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

Universitätsverlag Potsdam, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam

Tel.: +49 (0)331 977 4623 / Fax: - 3474

E-Mail: [verlag@uni-potsdam.de](mailto:verlag@uni-potsdam.de)

**Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit**

wird herausgegeben im Auftrag des AK Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit e.V. vom Lehrstuhl für Militärgeschichte der Universität Potsdam und erscheint mit freundlicher Unterstützung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Potsdam.

Satz: Ulrike Ludwig

**ISSN 1861-910X**

Online veröffentlicht

auf dem Publikationsserver der Universität Potsdam

URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2009/3772/>

URN <urn:nbn:de:kobv:517-opus-37726>

[<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-37726>]

Zugleich gedruckt erschienen im Universitätsverlag Potsdam:

ISSN 1617-9722

## *Editorial*

Liebe Leserinnen und Leser,

als neues Mitglied im Vorstand des Arbeitskreises Militär und Gesellschaft freut es mich, Sie hiermit zur Lektüre des aktuellen Heftes einladen zu können.

Mein persönlicher Zugang zur Militärgeschichte ist der einer Kulturgeschichte organisierter Gewalt, die unter neuen methodischen Voraussetzungen auch Krieg und Kampf wieder in die militärhistorische Betrachtung mit einbezieht. An der Georg-August-Universität Göttingen lehre und forsche ich zur Geschichte der Frühen Neuzeit mit einem Schwerpunkt auf der außereuropäischen Geschichte. Ein besonderer zeitlicher Fokus meiner Arbeit liegt gegenwärtig auf der Geschichte des Siebenjährigen Krieges.

Neben methodischen Akzentsetzungen im Bereich der neuen Kulturgeschichte werde ich mich in Zukunft auch für eine globalgeschichtliche Erweiterung frühneuzeitlicher Militärgeschichte im Arbeitskreis engagieren.

Der thematische Fokus des vorliegenden Heftes liegt auf der Militär- und Stadtgeschichte des 17. Jahrhunderts, insbesondere des Dreißigjährigen Krieges, die durch die Aufsätze von Martin Straßburger und Wenke Richter sowie die Projektvorstellung von Thomas Kossert behandelt werden. Ebenfalls dem Verhältnis von Stadtgesellschaft und Militär widmet sich der Beitrag von Mario Kaun zum frühneuzeitlichen Cottbus.

Einen zweiten Schwerpunkt bilden Projekte zur Geschichte der preußischen Armee im langen 18. Jahrhundert, die sich dem Gegenstand über so unterschiedliche Fragestellungen wie Desertion (Karsten Süß) oder Kulturtransfer (Hanna Sonkajärvi) nähern und damit die ganze Bandbreite aktueller militärgeschichtlicher Forschung spiegeln. Abgeschlossen wird das Heft wie immer mit aktuellen Rezensionen und Tagungsberichten, wobei besonders die Giessener AMG-Tagung zu den militärischen Erinnerungskulturen hervorzuheben ist.

Angesichts allgemein steigender Kosten bleibt es nicht aus, dass auch wir dem Beispiel anderer wissenschaftlicher Vereinigungen folgen müssen und unseren Mitgliedsbeitrag in Zukunft auf 25 Euro erhöhen. Der Beitrag für Mitglieder in der Ausbildung erhöht sich auf 10 Euro und für korporative Mitglieder auf 75 Euro. Wir hoffen auf das Verständnis der Mitglieder, da es uns nur so möglich sein wird, das ganze Spektrum der wissenschaftlichen Aktivitäten des Arbeitskreises nicht nur in gewohnter Qualität aufrecht zu erhalten, sondern noch zu optimieren. Weiteres hierzu und zu den neuen Entwicklungen innerhalb des AMG e.V. erfahren Sie in dem Protokoll der letzten Mitgliederversammlung, das in dieser Ausgabe mit abgedruckt ist.

Marian Füssel

# Inhalt

## AUFSÄTZE

*Martin Straßburger*

Kriegszerstörungen in der Stadt Lahr  
während des 17. Jahrhunderts ..... 201

*Wenke Richter*

Die Alma mater lipsiensis  
im Dreißigjährigen Krieg (1630-1650).  
Die Universität als ‚Subjekt‘ und ‚Objekt‘ in einer Krisenzeit .... 224

## PROJEKTE

*Hanna Sonkajärvi*

Vorbild Dänemark – Lehrmeister Preußen?  
Die Heeresreformen des Comte de Saint-Germain  
in Dänemark (1762-1766) und in Frankreich (1775-1777)  
im Vergleich ..... 256

*Thomas Kossert*

Zwischen Schweden, Mainz und Sachsen.  
Erfurt als kulturelles Zentrum  
im Dreißigjährigen Krieg..... 263

*Karsten Süß*

„mit bestande nicht geurtheilet werden mag...“  
Berliner Strafjustiz bei Deserteurshelfern..... 268

*Mario Kaun*

Die Einwohner der Exklave Cottbus und deren Beziehung  
zum Militär in der Zeit von 1740 bis 1806 ..... 274

## REZENSIONEN

*Sarah Edding*

Michaela Binder, Der Soldatenfriedhof in der Marchettigasse in Wien. Die Lebensbedingungen einfacher Soldaten in der theresianisch-josephinischen Armee anhand anthropologischer Untersuchungen, Wien 2008 ..... 278

*Janine Rischke*

Jürgen Kloosterhuis, Katte – Ordre und Kriegsartikel. Aktenanalytische und militärhistorische Aspekte einer „facheusen“ Geschichte, Berlin 2005 ..... 281

*Thomas Kossert*

Christoph Kampmann, Europa und das Reich im Dreißigjährigen Krieg. Geschichte eines europäischen Konflikts, Stuttgart 2008 ..... 286

*Ulrike Ludwig*

Václav Bůžek, Ferdinand von Tirol zwischen Prag und Innsbruck. Der Adel aus den böhmischen Ländern auf dem Weg zu den Höfen der ersten Habsburger, Wien u. a. 2009 ..... 288

## TAGUNGSBERICHT

*Janine Rischke*

Militärische Erinnerungskulturen vom 14. bis zum 19. Jahrhundert, Gießen, 10. bis 12. September 2009 ..... 293

## ANKÜNDIGUNG

Inter arma silent litterae?

Universitäten im Dreißigjährigen Krieg, Workshop, 6. und 7. Mai 2010 in Gotha ..... 303

## INFORMATION

Protokoll der Mitgliederversammlung ..... 306

Abbildungsverzeichnis ..... 311

Autorenverzeichnis ..... 312

Veröffentlichungen des AMG ..... 313

# Aufsätze

**Martin Straßburger**

Kriegszerstörungen in der Stadt Lahr  
während des 17. Jahrhunderts

Unter den Konflikten des 17. Jahrhunderts stellt der Dreißigjährige Krieg den Höhepunkt einer Krise vielschichtigen Charakters dar. In einer Serie von Auseinandersetzungen, die weitgehend im geografischen Rahmen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation ausgetragen wurden, vereinigten sich ein Religionskrieg und ein Verfassungskrieg. Was als innerhabsburgischer und ständischer Konflikt begann, weitete sich rasch zu einem europäischen Krieg aus, in dem es von Anfang an um Konfession und Politik ging. Im Westfälischen Frieden von 1648 zu Osnabrück und Münster wurden die europäischen Verhältnisse in Form eines Interessenausgleiches zumindest vordergründig geregelt. Die historischen Ereignisse bis zum Ende des 17. Jahrhunderts zeigen jedoch deutlich, dass es sich dabei lediglich um einen unsicheren Waffenstillstand handelte.

Bereits 1635 war der Spanisch-Französische Krieg ausgebrochen, der 1659 mit dem Pyrenäischen Frieden seinen Abschluss fand. Ein damit gekoppelter Heiratsvertrag zwischen Ludwig XIV. und der spanischen Königstochter eröffnete dem Hause Bourbon die Aussicht auf das Erbe der spanischen Habsburger. Damit endete die spanisch-habsburgische Dominanz in Europa. Gleichzeitig wurde dadurch die Ausgangsposition für die Vorherrschaft Frankreichs geschaffen. Ludwig XIV. (König von 1643-1715) übernahm nach dem Tode Mazarins 1661 selbst die Leitung des Staates und vollendete den ‚Absolutismus‘.

Während seiner Regierungszeit führte er den Devolutionskrieg (1667/68), den Holländischen Krieg (1672-79), den Pfälzischen Erbfolgekrieg (1688-97) und den Spanischen Erbfolgekrieg (1701-1714). In diesen Auseinandersetzungen standen sich die beiden Fürstenhäuser Habsburg und Bourbon mit ihrer jeweiligen Haus-

macht gegenüber. Sie haben sich in den historischen Quellen und der Erinnerung unterschiedlich niedergeschlagen.<sup>1</sup>

Im Folgenden werden für die Stadt Lahr in der Ortenau verschiedene Schriftzeugnisse über die Kriegszerstörungen in der Stadt während des 17. Jahrhunderts, vor allem des Jahres 1677, befragt. Dabei stehen die bisher vernachlässigte, kritische Betrachtung der Schriftquellen und der Vergleich mit anderen Befunden im Vordergrund, um sich einer differenzierten Antwort auf die Frage nach dem tatsächlichen Ausmaß der Kriegszerstörungen zu nähern. Die Studie von Lahr besitzt in dieser Hinsicht eine Beispielfunktion.

### *Die Stadt Lahr im Dreißigjährigen Krieg*

Obwohl Stadt und Herrschaft Lahr zu Beginn des Krieges abseits vom eigentlichen Kriegsgeschehen lagen, waren dessen Auswirkungen spürbar. Zwischen 1622 und 1633 sind verstärkt Truppeneinzüge und Einquartierungen belegt, von denen vor allem auch die Dörfer betroffen waren. Ab 1627 musste auch die Herrschaft Lahr Kontributionen leisten, und fünf Jahre später hatte die Stadt eine Garnison unter Oberst von Ossa aufzunehmen.<sup>2</sup> Im Oktober 1633 hielten sich in der Umgebung von Offenburg 6.000 Mann zu Pferd und 10.000 Mann zu Fuß unter dem schwedischen Feldmarschall Gustav von Horn auf. Auch Lahr wurde besetzt. Zeitweise hatten hier Soldaten Friedrich Ludwig Kanoffskys von Langendorf ihr Quartier, die auch einen Brand in der Stadt verursachten.<sup>3</sup>

Im Herbst 1634 drangen kaiserliche Soldaten über den Schutterkanal in die Stadt ein. Die Bürger versuchten vergeblich, sich mit Straßburger Hilfe wieder zu befreien. Der kaiserliche Kommandant von Freiburg entsandte daraufhin drei Reiterkompanien, um an den Bürgern ein Exempel zu statuieren. Da der Vorfall jedoch nicht als schwerwiegend befunden wurde, erhielten die Soldaten

---

<sup>1</sup> Heinz Musall, Arnold Scheuerbrandt, Die Kriege im Zeitalter Ludwigs XIV. und ihre Auswirkungen auf die Siedlungs-, Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur der Oberrheinlande, in: Horst Eichler (Hrsg.), Hans-Graul-Festschrift, Heidelberg 1974, S. 357-378.

<sup>2</sup> Wilhelm Baumann, Die Ortenau im Dreißigjährigen Krieg, in: Geroldsecker Land 8 (1965/66), S. 35-44.

<sup>3</sup> Baumann, Ortenau (Anm. 2).

schließlich doch die Order, sich mit einer Plünderung zu begnügen, und die Herrschaft Lahr kam als Schenkung an Oberst Kaspar Baumgartner, den Kommandanten von Philippsburg. Im August 1636 mussten ihm die Stadt Lahr und die Dörfer huldigen. Aufgrund konfessioneller Spannungen zwischen Stadtherrn und Gemeinde flohen ein Jahr später die Pfarrer nach Straßburg, und im Mai 1638 trafen dort weitere 30 Personen aus Lahr ein. Sie gaben an, von den Kaiserlichen in ihrem Gottesdienst gestört und von zu Hause verjagt worden zu sein. Die Stadt Straßburg nahm sie auf und erlaubte ihnen, für Mitbürger sowie Einwohner der Nachbargemeinden Offenburg und Gengenbach Lebensmittel zu kaufen. Am 8. August meldete ein beurlaubter Offizier aus Lahr dem kaiserlichen Hauptquartier im Kloster Schuttern, dass weimarische Truppen im Anmarsch und kleinere Einheiten bereits vor Lahr erschienen seien, wo man ‚schweden‘-freundlich eingestellt sei.

Ab 1641 sind wieder vermehrt Truppenbewegungen belegt, und ein Jahr später fand auf der Schutterbrücke bei Dinglingen der Austausch des Feldmarschalls Gustav von Horn gegen den bayerischen Reitergeneral Jan de Werth statt. 1646 schenkte Joachim Dendele aus dem Regiment Kanoffsky der Stiftskirche in Lahr einen Abendmahlskelch (Abb. 1 und 2). Er war jedoch nicht der einzige Offizier während des Dreißigjährigen Krieges, der Altargerät stiftete: Mietersheim erhielt einen Kelch und Altenheim zwei Kannen. 1650 stiftete Maria Salome Kanoffsky von Langendorf einen weiteren Abendmahlskelch für die Lahrer Stiftskirche (Abb. 3 und 4.<sup>4</sup> Über die zugrunde liegende Motivation kann bisher nur spekuliert werden. Eventuell stehen die Kelche im Zusammenhang mit dem durch die Soldaten Friedrich Ludwig Kanoffsky von Langendorfs verursachten Brand.

---

<sup>4</sup> Martin Straßburger, *Geschichte(n) aus dem Schrank – Zwei Kelche des 17. Jahrhunderts in der Stiftskirche von Lahr*, in: *Geroldsecker Land* 51 (2009), S. 53-58.



Abb. 1 und 2:  
Kelch von Joachim Dendele mit Stifterinschrift.



Abb. 3 und 4:  
Kelch von Maria Salome Kanoffsky von  
Langendorf mit Stifterinschriften.

Das Ausmaß der Kriegsschäden in Lahr als Folgen solcher Ereignisse ist nicht genau zu fassen. Die Stiftskirche wurde geplündert und beschädigt, wobei anzumerken ist, dass die Stiftsgebäude bereits seit Mitte des 16. Jahrhunderts verfielen. Nach Auskunft eines Stadtratsberichtes von 1651 befand sich die Stadt in einem zerrütteten Zustand, da kaum der vierte Teil der Einwohner im Vergleich zu den früheren Friedenszeiten vorhanden war und zahlreiche Güter noch unbestellt lagen. Viele Häuser waren eingefallen und zugrunde gegangen. Der Wert von Häusern und Gütern betrug kaum ein Viertel des vorherigen und nahm noch weiter ab. 1652 ließ der Stiftsschaffner im ehemaligen Kloster aufräumen, Gebälk und Mauern abreißen. Danach verkaufte er die noch brauchbaren Ziegel, behauenen Steine und steinernen Brunnenschalen.<sup>5</sup>

*Die Stadt Lahr in den Kriegen  
Ende des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts*

Nach dem Spanisch-Französischen Krieg 1635-1659 begann Ludwig XIV. im Rahmen seiner Außenpolitik 1672 einen Krieg gegen die Niederlande, der 1678 mit dem Friedensvertrag von Nijmegen beendet wurde. Ab 1673 verlagerte sich der Konflikt an den Mittel- und weiter an den Oberrhein, der von 1674 an endgültig Kriegsschauplatz wurde. Im März und April 1675 zogen französische Truppen plündernd durch den Breisgau und die Ortenau. Die Stadt Lahr war aufgefordert worden, ihre Tore zu öffnen und die Mauern niederzureißen, da sie ansonsten das Schicksal der Nachbarorte treffen sollte.<sup>6</sup> Im folgenden Jahr wurden die Franzosen zurückgedrängt. Die Kaiserlichen plünderten Lahr und auch die Stiftskirche.<sup>7</sup> Um zu verhindern, dass sich die Gegner linksrheinisch festsetzten, zerstörten die französischen Truppen zu Beginn des Jahres 1677 die Festungsanlagen im nördlichen Elsass und in

---

<sup>5</sup> Hermann Wiedtemann, 700 Jahre Lahrer Spital und Stiftskirche, in: Stadt Lahr (Hrsg.), 700 Jahre Lahrer Spital und Stiftskirche, Lahr 1960, S. 5-38, hier S. 27.

<sup>6</sup> Walter Beck, Die Stadt Lahr im 18. und 19. Jahrhundert. Eine baugeschichtliche Studie unter besonderer Berücksichtigung der Bauweise in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und zu Beginn des 19. Jahrhunderts, Lahr 1913.

<sup>7</sup> Stadtarchiv Lahr, Bestand Lahr Kirchenbuch, Geburten 1680-1750 XIII – F2, S. 5; D. Bauer, Zur Frage über die Einäscherung der Stadt Lahr im Jahre 1677, in: Lahrer Wochenblatt Nr. 8, 11. Januar 1911, S. 29-30.

der Saargegend. Im September setzten General Joseph de Montclar und Marschall François de Créquy über den Rhein. Am 14. und 15. September wurden Altenheim, Kürzell, Friesenheim, Hugsweier und Dinglingen zerstört.

Auch Lahr wurde am 15. September 1677 in Brand gesteckt. Anders als über die Zerstörungen während des Dreißigjährigen Krieges, über die die Quellen weitgehend schweigen, liegen über diese Kriegsschäden Angaben vor, die über das Ausmaß der Zerstörungen informieren. So stellte neun Tage nach dem Brand die Regierung in Durlach fest, dass die geistlichen und weltlichen Beamten der Stadt nicht mehr bezahlt werden könnten und bis auf den Amtsschreiber entlassen werden müssten.<sup>8</sup> Sowohl die Dörfer als auch die Stadt Lahr wären ganz in Asche gelegt worden, und es sei nicht abzusehen, wo die Leute künftig einen *Unterschleif* (Herberge) haben könnten.<sup>9</sup> Die Beamten berichteten dagegen, dass auf dem Land ein Großteil des Viehs noch vorhanden und der ‚Herbst einzuholen‘ sei. Ferner seien die Ortschaften nicht ganz abgebrannt. Sie versprachen zudem, vorerst ohne Bezahlung dienen zu wollen. Die markgräfliche Rentkammer ließ sich letztendlich davon überzeugen, dass die Zerstörung nicht derart vollständig war. Den Geistlichen wurde auf ihr Bitten gestattet, eine den Verhältnissen entsprechende Besoldung aus den Stifts-, Spital- und Kaplaneigefällen zu beziehen. Noch 1679 richtete die Bürgerschaft ein Gesuch an die Herrschaft zu Durlach mit der Bitte um Genehmigung für die Veranstaltung von Kollekten. In der darauf ausgestellten Urkunde des Markgrafen Magnus von Baden-Durlach heißt es:

*demnach besagte Statt Lahr in dem vorgewestten Kriegsfewer in die Asche gelegt vnd alle gebaw biß auf ein einziges Hauß in einen total ruin gesetzt worden, daher Sie bey nunmehr durch die gnade gottes wieder herfür scheinendem Frieden allerförderst mit angelegenem Fleiß dahin zu trachten hatte, daß Kirchen und Schulen (deren jene aller glockhen und orgeln gänzlich beraubt, auch altar vnd Stühle zerrissen, diese aber gar eingäschert werden) wieder erbawt und die liebe heranwachsende Jugend aus der Wildtnus, in welcher Sie nun etliche Jahre*

<sup>8</sup> Ferdinand Stein, Geschichte und Beschreibung der Stadt Lahr und ihrer Umgebung, Lahr 1827, S. 74 f.

<sup>9</sup> Stein, Geschichte (Anm. 8).

*her gesteckhet, wieder gerissen vnd zum beserm angewiesen werden wolte, vnd aber Sie in dem die Bürgerschaft durch engereten Brandt und etlichmahlige Plünderung all Ihrer zeitlichen Ernten und Habseligkeiten derutiret und entsetzet, solches Ihr Verlangen aus eigenen Mitteln zu effectuiren, viel weniger der überrest der ins bittere Elend vnd Exilium Vertriebenen vnd theyls gar gestorbenen vnd verdorbenen Bürgerschaft hier etwas beyzutragen nicht vermöchten, vnd Sie daher äußerst necessitirt werden, bei gutherzigen leuthen vmb ein christlich freywilliges Collect demüthig zu bitten.<sup>10</sup>*

Auch im Lahrer Kirchenbuch von 1680 wird im Vorwort auf die *Einäscherung der ganzen Stadt Lahr* hingewiesen, und es enthält ferner einen Eintrag zu Pfarrer Johann Specht:

*Aber weilen Er nicht allein ao 1676 in der so genannten Lothringischen Plünderung seine meiste mobilien und Tücher, sondern auch darauff ao 1677 bey gänzlicher Einäscherung der Stadt Lahr seine Pfarrbehausung verlohren, so folgte Er dem Ruf ao 1678 in sein Vaterland nacher Ißni, alhwo Er auch selig verstorben.<sup>11</sup>*

Weitere Hinweise auf eine Zäsur finden sich im Bürgerbuch und in den Rechnungen der Landschreiberei. In der Zeit von 1675 bis 1678 wurde laut Bürgerbuch lediglich ein Neubürger aufgenommen, und die Rechnungen der Lahrer Landschreiberei verzeichnen zwischen 1677 und 1679 keine Einnahmen aus Schatzung und Steuer.<sup>12</sup> 1680 werden wieder 96 Pfd 12 ß 6 d vermerkt, d. h. knapp die Hälfte der 188 Pfd 8 ß 6 d im Jahr 1676. Ein Stadtpfarrer neben dem Diakon wurde 1684 wieder angestellt, und erst 1723 war der Spitzenbetrag von 1673 mit um 200 Pfd Pfennigen wieder erreicht.<sup>13</sup>

---

<sup>10</sup> Stadtarchiv Lahr, U II. n. 26; Beck, Lahr (Anm. 6), S. 10 f.; Lahrer Wochenblatt 1910, Nr. 232, veröff. v. Pfarrer Neu, Söllingen.

<sup>11</sup> Stadtarchiv Lahr, Bestand Lahr Kirchenbuch Geburten 1680-1750, XIII – F2, S. 1 u. 5 f.

<sup>12</sup> Christoph Bühler, 700 Pfund für die bürgerliche Freiheit, Heidelberg 1985, S. 115 u. 119-121. Stadtarchiv Lahr, Bürgerbuch; Rechnungen s. GLA, 117/1006, 211/711. Vgl. auch Horst Buszello, Stadt und Herrschaft Lahr im „Hundertjährigen Krieg“ (1618-1714), in: Stadt Lahr (Hrsg.), Geschichte der Stadt Lahr, Bd. 2: Vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Ersten Weltkrieg, Lahr 1991, S. 17-48, hier S. 37.

<sup>13</sup> Vgl. Bauer, Einäscherung (Anm. 7).

*Kriegszerstörungen in der Stadt Lahr während des 17. Jahrhunderts*

In den nachfolgenden Kriegsjahren 1688, 1689 und 1690 musste die Stadt Kontributionen zahlen, und es sind zwei Brandstätten belegt.<sup>14</sup> Bei der Plünderung 1690 riss die bei Schuttern liegende Armee sogar Eisen von den Brunnen sowie Schlösser und Bänder von Türen ab. In den drei Jahren konnten keine Steuern erhoben werden.<sup>15</sup> Ansonsten sind während des Orleanschen Krieges in Lahr keine weiteren Zerstörungen zu verzeichnen, da Oberkirch, Offenburg und Gegenbach die Südgrenze der planmäßigen ‚Defortifikation‘, und ‚Devastation‘ von 1689 bildeten. Auch der Spanische Erbfolgekrieg hatte im Wesentlichen wirtschaftliche Auswirkungen und weniger direkte Kriegszerstörungen zur Folge.<sup>16</sup>

Am 6.12.1727 verfasste die Stadt Lahr eine Supplikation an Graf Friedrich Ludwig von Nassau-Saarbrücken. Darin heißt es:

*Euer Hochgräflich Gnaden sollen wir Ampts-tragenden Pflichten haben in tiefste Gehorsam nicht bergen, was maßen schon von 50 Jahren her, da in anno 1677 durch feindliche Gewalt unsre Statt Lahr zu einem Stein- und Aschen-Haufen gemacht worden; auch unser Hospital solch Feuers-brunst ergriffen undt zernichtet hat. Wann aber durch solche grauen Zeit, mehr Krieg undt [...] auch andre Wiedernüsse vorgefallen, darauf man an wideraufrichtung solches Hospitalsgebüdes gehindert worden, undt es daher unterbleiben müssen. So erinnern Wir [...] bey diesen anhaltenden Friedenszeiten, [...] das Hospital wider in vorigen Standt und Flor gesetzet werden solle. [...] den Armen, Kranken undt nothleydenden zu ihrem Trost undt Erquickung [...] Zu mahlen bey der heutig anwachsenden starken Gemeinde sehr viele Arme, notleydende, Prestbaffte Personen sich befinden.<sup>17</sup>*

In der Supplikation wird 1677 als Zerstörungszeitpunkt genannt und hervorgehoben, dass aufgrund der nachfolgenden Kriege kein Wiederaufbau erfolgte. Über den Umfang möglicher Zerstörungen werden keine genaueren Angaben gemacht und auf den Wiederaufbau des Lahrer Spitals gedrängt, der nötig sei, um der wachsenden Zahl mittelloser und kranker Menschen Herr zu werden. Die Quellen zum Spital werfen jedoch einige Fragen in Bezug auf das

<sup>14</sup> Buszello, Stadt (Anm. 12).

<sup>15</sup> Vgl. Generallandesarchiv Karlsruhe, Stadtratsakten.

<sup>16</sup> Buszello, Stadt (Anm. 12), 37, 39-45. Vgl. Stein, Geschichte (Anm. 8), S. 77.

<sup>17</sup> GLA, 211/755, fol. 4/5.

tatsächliche Ausmaß der Kriegszerstörungen auf. So berichtet die Kirchenvisitation von 1667, dass im Spital Unterricht abgehalten wurde, nachdem die Schule abgebrannt war und bereits 1673 sowohl das Lazarethhaus als auch die Kapelle des Spitals *gänzlich ruiniert* seien.<sup>18</sup>

Ebenso wie die Vernichtung von Vorräten und Geldrücklagen traf auch der Verlust repräsentativer Gebäude wie Kirchen und Spitäler den städtischen Haushalt. Ein Brand konnte für Städte einen ökonomischen und demographischen Niedergang auslösen, von denen sie sich möglicherweise erst Jahrzehnte später wieder erholten. Zusätzlich zur materiellen Not führten auch die von einem Stadtbrand ausgelösten psychischen Folgen zu großen Problemen. Die durch die Leiderfahrung hervorgerufene Verunsicherung konnte die soziale und religiöse Ordnung auf eine schwere Probe stellen, der mit Ursachenfindung begegnet wurde. Die Entstehung der Stadtbrände war zwar meist bekannt. Unbeantwortet blieb die Frage, warum das Unglück über die Stadt hereingebrochen war. Das Bedürfnis nach sinnhafter Deutung spiegelt sich in Schriften wider, die im Zusammenhang mit den Bränden entstanden und mitunter die Reaktionen der Stadtbevölkerung zeigen, wie z. B. Flugblätter, Chroniken, Mandate oder Tagebucheinträge. In ihnen wird auf unterschiedliche Deutungs- und Handlungsmuster zurückgegriffen. Erst diese Quellen ermöglichen eine Analyse der Wahrnehmung eines Brandes, dessen Deutung und Verarbeitung.<sup>19</sup>

Vor diesem Hintergrund stellt sich nicht nur für Lahr die Frage, ob in den Beschreibungen der Zerstörungen die Realität geschildert oder übertrieben wird bzw. inwieweit Kriegserfahrungen sowie das Zusammenspiel Gesellschaft konstituierender Deutungsprozesse eine Rolle spielen (unter Beachtung kollektiver Sinnbildungs- und Erinnerungsprozesse).<sup>20</sup> Ähnliche Berichte sind bereits aus dem

---

<sup>18</sup> Zu 1664: GLA, 117/664 (Kirchenvisitationsprotokoll von 1667) und zu 1673: GLA, 117/664 (Kirchenvisitationsprotokoll von 1673).

<sup>19</sup> Marie Luisa Allemeyer, Fewersnoth und Flammenschwert. Stadtbrände in der Frühen Neuzeit, Göttingen 2007, S. 10 f.

<sup>20</sup> Zu diesem Thema s. Maren Lorenz, Zwischen den Kriegen – zwischen den Fronten. Kriegserfahrung und Gewaltwahrnehmung in den schwedisch-deutschen Provinzen Pommern und Bremen-Verden (1650-1700), URL [http://www.amg-fnz.de/akt\\_pro2.php?ID=61](http://www.amg-fnz.de/akt_pro2.php?ID=61). Hierzu jetzt auch: Birgit Emich,

### *Kriegszerstörungen in der Stadt Lahr während des 17. Jahrhunderts*

Dreißigjährigen Krieg von anderen Orten bekannt. Aussagen dieser Art finden sich auch noch Anfang des 18. Jahrhunderts. Daher ist eine Analyse der Quellen unter Betrachtung von Motivationen und Rhetorik wichtig, die hinter der jeweiligen Formulierung stehen.

#### *Die Zerstörung von 1677 in der Rhetorik der Quellen*

Für die Klärung der Fragen, warum dem Jahr 1677 eine derart große Bedeutung beigemessen wurde und welches Ausmaß die Zerstörungen tatsächlich hatten, muss der Blick vom Inhalt der Quellen auch auf die Textgattungen gerichtet werden.

Die erste lokale Nachricht über die Zerstörungen in der Stadt Lahr ist die Supplikation von 1679. Bei der Supplikation handelt es sich um eine spezielle Form des Bittens, die zugleich auch den einzig legitimen Weg darstellte, Entschädigungen zu erhalten. Sie unterscheidet sich kaum von den nach Schadensfeuern und schlechten Ernten in Friedenszeiten eingereichten Bittgesuchen. Die Schriftstücke weisen meist eine bestimmte Form auf und sind nach den Regeln der Rhetorik erstellt. Die rhetorischen Praktiken der Supplikation beruhten auf der Annahme, dass die Krise einen außergewöhnlichen Umstand darstellte. Während des Krieges bildeten sie jedoch eher die Regel als die Ausnahme.<sup>21</sup> Im Folgenden wird auf die Rhetorik daher näher eingegangen.

In einem ersten Schritt wurde das Vokabular der Rhetorik über die Zerstörung durch den Dreißigjährigen Krieg ausgeweitet und in dessen weiterem Verlauf in einem zweiten Schritt geradezu übertrieben genutzt. Das Vokabular verbreitete sich in die verschiedenen Genres und war so für unterschiedliche Autoren verfügbar. Tausende Beschreibungen von Verzweiflung und Notstand aus dem Dreißigjährigen Krieg geben Beispiele dafür, dass sowohl Herrschaften als auch Untertanen versuchten, sich gegenseitig von

---

Bildlichkeit und Intermedialität in der Frühen Neuzeit. Eine interdisziplinäre Spurensuche, in: ZHF 35 (2008), Heft 1, S. 1-26.

<sup>21</sup> John Theibault, *The Rhetoric of Death and Destruction in the Thirty Years War*, in: *Journal of Social History* 27 (1994), S. 271-290. Zur Rhetorik allgemein dazu Wilfried Barner, *Barockrhetorik. Untersuchungen zu ihren geschichtlichen Grundlagen*, Tübingen 1970.

der Notwendigkeit zum Handeln zu überzeugen. Der Zusammenhang von Ausdruck und materiellen Umständen in Kriegszeiten ist offensichtlich. Die Rhetorik suggeriert Wahrheit als Wahrscheinlichkeit durch die Wahl von wirkungsvollen Argumenten und lehrt, einen Adressaten von einer evident und schlüssig vorgestellten, dabei aber auch mit Gegenargumenten bezweifelbaren Wahrheit zu überzeugen sowie ihn dadurch zum Handeln zu bewegen.<sup>22</sup>

Die Erstellung der Texte gliedert sich in die drei Arbeitsschritte *inventio* (Stoff- und Argumentationssammlung), *dispositio* (Gliederung der Argumente), *elocutio* (sprachliche Ausformulierung der Gedankenkette). Von diesen ist hier die *dispositio* näher zu betrachten. Sie kann in vier funktional definierten Textabschnitten erfolgen: *exordium*, *narratio*, *argumentatio*, *peroratio*. Die Einleitung (*exordium*) dient dazu, in das Thema, dessen Dringlichkeit und die geplante Durchführung einzuführen, aber auch, das Interesse und Wohlwollen für die Sache sowie den Verfasser zu wecken. Das Ziel ist der Beweis des bereits Ausgesagten. Danach wird der Sachverhalt vorgestellt (*narratio*), auf den sich der Verfasser in der Auslegung (*argumentatio*) beziehen wird. Gegenargumente werden entkräftet, der eigene Standpunkt mit wirkungsvollen Schlüssen bekräftigt und mit einer *conclusio* beendet. Darauf folgt eine wiederholende Bekräftigung (*peroratio*).<sup>23</sup>

Diese Grobgliederung der Textanalyse liegt der Betrachtung der Supplikationen zugrunde. Vorreden gelten als *exordium*, ein erzähltes Geschehen als *narratio*. Dieses wird dann in einer *argumentatio* ausgelegt. Am Ende (*peroratio*) kommt ein explizit ethisches Verhaltensmuster zum Ausdruck. Die Struktur kann jedoch auch Variationen aufweisen (*ars combinatoria*). Aus Beschaffenheit und Anordnung der Textbestandteile erhält der Interpret konkrete Fingerzeige hinsichtlich der Situationsanalyse. An der Disposition ist erkennbar, wie der Autor den Adressaten durch die von seinem Urteil geprägte Textform zu belehren, zu bewegen und zu überzeugen glaubte. Er zerlegte den Fall (*causa*) in verschiedene (Streit-)fragen

---

<sup>22</sup> Theibault, Rhetoric (Anm. 21); Andreas Keller, Frühe Neuzeit: Das rhetorische Zeitalter, Berlin 2008, S. 43.

<sup>23</sup> Ebd., S. 53, 55 u. 56.

(*quaestiones*), die in unterschiedlichen Textbereichen und verschiedenen Teilebenen verhandelt werden können.<sup>24</sup>

Alle Kommentatoren verwenden als stärkste mögliche Sprache Motive von Tod und Zerstörungen. Beides wird so genau wie möglich dokumentiert, da dies die einzige Ausdrucksweise war, die für die Beschreibung des Ausmaßes der Ereignisse angemessen zu sein schien. Behauptete Zerstörungen wurden in soziale Interaktionen eingebettet, was jenen wiederum Plausibilität verlieh und Behörden zwang, sie durchaus als genaue Beschreibungen anzusehen. Das individuelle Bewusstsein der Regierenden und Untertanen wurde durch mitfühlende Wiederholung der Rhetorik an die zerstörerischen Ereignisse des Krieges gebunden. So wurde eine kollektive Erinnerung an die tragischen Konsequenzen geschaffen, die den Erfahrungen der gemeinen Leute eine zuvor kaum gekannte Gültigkeit verlieh. Auf diese Erinnerung wurde auch in Supplikationen der Nachkriegszeit zurückgegriffen, jedoch als Ereignisse der Vergangenheit, einer Zeit der beispiellosen Krise. Die Rhetorik von Tod und Zerstörung ist daher nicht nur einfach Symptom des Krieges, sondern wurde Teil seiner Aus- bzw. Nachwirkungen.<sup>25</sup>

Vor dem Hintergrund der Barockrhetorik erhalten die Quellen zur Zerstörung der Stadt Lahr 1677 einen neuen Stellenwert. Ihre Interpretation muss Redeteile und Kombination der verwendeten Elemente entsprechend auswerten, um Rückschlüsse auf die Sache, Situation und das Publikum ziehen zu können. Die Supplikation der Bürgerschaft und die Urkunde des Markgrafen Magnus von Baden-Durlach von 1679, der die *narratio* aufnimmt, sowie auch die Formulierung im Schreiben der Stadt Lahr an den Grafen Fr. Ludwig von Nassau-Saarbrücken vom 6. 12. 1727 sind stilistisch zu erklären.<sup>26</sup> Die Zerstörung des Spitals erscheint in Anbetracht seines Verfalls vor dem Brand in einem anderen Licht. Zudem befanden sich weitere Bauten bereits vor 1677 in einem schlechten Zustand, wie z. B. das bei der Kirche stehende Stiftsgebäude, von dem es 1673 heißt, dass es *in Ruin geraten* sei.<sup>27</sup> Hier wurde ein konkretes

---

<sup>24</sup> Ebd., S. 57.

<sup>25</sup> Theibault, Rhetoric (Anm. 21).

<sup>26</sup> GLA, 211/755, fol. 4/5.

<sup>27</sup> Vgl. Wiedtemann, Spital (Anm. 5), S. 27.

Ereignis herangezogen und rhetorisch entsprechend verarbeitet, um die Herrschaft zu überzeugen. Vor allem im 17. Jahrhundert gründeten die dabei verwendeten Strategien fest auf theatralischen Elementen, was eine Dramatisierung von lokalen Geschehnissen in der Korrespondenz mit der Herrschaft oder deren Beamten zur Folge haben konnte. Eine Zerstörung musste mit bestimmten Ereignissen verbunden werden, um das Publikum zu überzeugen. Die Überzeugungskraft der Beschreibungen von Leiden und Zerstörung rührte von der Tatsache her, dass die Erzähler bzw. Schreiber tatsächlich glaubten, sie würden leiden und dies mit identifizierbaren Umständen verbinden konnten.<sup>28</sup>

Neben den angesprochenen Supplikationen ist das Kirchenbuch als weitere zeitnahe Quelle zu nennen. Der Eintrag von Pfarrer Johann Specht ist jedoch keine Bitte um Nachlass von Steuern, da sich der Leserkreis auf die Kirchenhierarchie beschränkte. Diese hatte keine Machtbefugnisse, Steuern zu senken und wenig Grund, am Leiden Pfarrer Johann Spechts teilzuhaben. Wo lagen also die Beweggründe für den Eintrag? Für die Antwort ist zu berücksichtigen, welche Möglichkeiten bestanden, eigene Gedanken zu äußern, und was um den Autor herum passierte. Die Kriegsschäden und -folgen beeinträchtigten Pfarrer Specht in der Ausübung seiner geistlichen Pflichten und die Gesundheit seiner Gemeinde. Auch zur Zeit des Eintrages waren wohl noch Auswirkungen spürbar. Das Anliegen von Johann Specht ging über die Senkung von Steuern und Kontributionen hinaus. Der einzige, der den Eintrag wahrscheinlich sonst noch las, war der Vorgesetzte. Daher ist die Notiz eher als Rechtfertigung bzw. Verteidigung Spechts zu sehen, warum er die Gemeinde nicht schützen konnte und schließlich wegzog. Zudem bildete sie eine Mahnung an die Nachfolger im Amt.

### *Das Jahr 1677 in der Retrospektive*

Neben den zeitgenössischen Quellen steht für die Beurteilung der Zerstörung Lahrs im Jahre 1677 auch ein Rückblick des 18. Jahrhunderts zur Verfügung. Aus einem 1750 publizierten Bericht des

---

<sup>28</sup> Vgl. Theibault, *Rhetoric* (Anm. 21).

Predigers Johann Heinrich Specht, Enkel Johann Spechts († 1694), geht hervor, dass die Stadt bis auf ein Haus abgebrannt sei. Der Pfarrer hielt sich bei seinen Gemeindemitgliedern auf, die meistens nur in Kellern wohnten. Außerdem grassierte das *Ungarische Fleckenfieber* in der ausgeplünderten und abgebrannten Stadt.<sup>29</sup> Weder in der Urkunde von 1679 noch im Kirchenbuch von 1680 werden das Fleckenfieber und das Wohnen in Kellern erwähnt. Übereinstimmend mit der Urkunde ist die Information, dass nur ein Haus stehen geblieben sei. Die Angaben können jedoch nicht ohne Reflexion ihres Kontextes gesehen werden. Durch die Integration des Autors in einen größeren Familien- und Geschichtszusammenhang gewinnt er an historischer Tiefe und Komplexität. Ein wichtiger Teil seiner Identität ist dabei mit der nicht selbst erlebten Geschichte seiner Familie verbunden. Sofern keine persönlichen Aufzeichnungen seines Großvaters vorgelegen haben, dürfte Johann Heinrich Specht sein Wissen im Wesentlichen von seinem 1672 geborenen Vater erhalten haben. Hier ist unklar, wie viel von dessen eigenen Erinnerungen eingeflossen sind. Neben dem Faktor ‚Erinnerungskultur‘ ist die passive Opferperspektive zu berücksichtigen, die Kriege als unabwendbares Schicksal bzw. ‚Strafgericht Gottes‘ sah. Die Kriegserfahrung der breiten Bevölkerungsschichten war religiös geprägt und verband sich mit Motiven von Umkehr und Buße.<sup>30</sup> Vor dem Hintergrund der Rhetorik kann die Schilderung durch den Enkel aber auch als Rechtfertigung für das Handeln seines Großvaters bzw. als eine Art Vorwurf an die Herrschaft verstanden werden, nicht ausreichend geholfen zu haben.

Das Geschichtsbild ist durch die Publikation Johann Heinrich Spechts nachhaltig geprägt worden, wobei die zugrunde liegende Rhetorik nicht berücksichtigt wurde bzw. nicht mehr bekannt war. Auf Grundlage der Quellenkritik kann damit die Kernfrage nach dem tatsächlichen Ausmaß der Zerstörungen im Jahre 1677 wieder aufgegriffen werden.

---

<sup>29</sup> Johann Heinrich Specht, *Isnisches Denkmal / Welchees in sich fasset eine gewisse Nachricht von der Löblichen Reichs-Stadt Isni, Lindau im Boden-See 1750*, S. 92; Buszello, *Stadt* (Anm. 10), S. 37.

<sup>30</sup> Anton Schindling, *Kriegstypen in der Frühen Neuzeit*, in: Dietrich Beyrau u. a. (Hrsg.), *Formen des Krieges*, Paderborn u. a. 2007, S. 99-119, hier S. 106.

*Das tatsächliche Ausmaß der Zerstörungen*

Bereits Ferdinand Stein äußerte Zweifel an dem von Johann Heinrich Specht geschilderten Umfang des Brandes. Er nahm in der Stadt verbliebene Beamte und noch stehende Gebäude aus der Zeit vor dem Brand als Indizien dafür, dass Marquis Claude Louis Hector de Villars Lahr wie auch andere Orte vor völliger Einäscherung bewahrte. Die tatsächliche Rolle des Marquis' ist jedoch unklar. Als weiteres Argument, dass der Brand nicht derart verheerend gewesen sein kann, führte Ferdinand Stein zudem an, dass die Archive gerettet wurden und die regelmäßig weitergeführten Ratsprotokolle der Stadt sowie die Stadtrechnungen den Brand überhaupt nicht erwähnen. Neben der Stiftskirche, die im Innern, an der nördlichen Mauer und am Turm beschädigt worden war, blieben einige Höfe außerhalb der Stadt sowie die Stadtmauer, alle Tore, Amts- und Rathaus, Landschreiberei sowie zahlreiche andere Häuser innerhalb der Mauern stehen.<sup>31</sup> Nach einer mündlichen Überlieferung sollen das Haus Winkelgasse 12 und das so genannte ‚Wechselbergersche‘ die letzten vollständig erhaltenen aus der Zeit um 1677 sein.<sup>32</sup> In der Mühlgasse stehen ältere oder zeitgleiche Gebäude, z. B. das Heppnersche Haus und das rückwärts an den Kanal anschließende oder das Fabrikant Hugsche am Schlossplatz. Anhaltspunkte dafür liefert ein Vergleich des Gebäudekomplexes mit dem Plan von Merian aus dem Jahre 1643. Auch Walter Beck sieht eine Ähnlichkeit des aktuellen Stadtgrundrisses mit dem Merianschen als Hinweis darauf, dass die Angabe in der Urkunde des Markgrafen von 1679, nur ein Haus habe den Brand überstanden, nicht ganz korrekt ist.<sup>33</sup> Vor allem die fester gebauten Renaissancebauten wie das Rathaus überstanden den Brand, während Fachwerkhäuser zerstört wurden.<sup>34</sup> Die zusätzliche Information Johann Heinrich Spechts, dass die Menschen in Kellern wohnten, könnte auf Fachwerkbauten mit einem entsprechenden steinernen Unterbau hindeuten. Es wurden in Lahr jedoch keine bauge-

---

<sup>31</sup> Stein, *Geschichte* (Anm. 8), S. 77. Vgl. auch Bauer, *Einäscherung* (Anm. 7).

<sup>32</sup> *Lahrer Wochenblatt* 3. 12. 1910.

<sup>33</sup> Vgl. Beck, *Studie* (Anm. 6), S. 12.

<sup>34</sup> Hermann Steuter, *Die baugeschichtliche Entwicklung der Stadt Lahr 2*, in: *Lahrer Wochenblatt* Nr. 159, 11. Oktober 1932.

schichtlichen und stadttarchäologischen Untersuchungen durchgeführt, denen aufgrund der dünnen Quellenlage ein hoher Stellenwert einzuräumen ist. Informationen über die Art der Bebauung innerhalb der Stadtmauern um 1677 liegen damit nicht vor, so dass insgesamt nur der Vergleich mit anderen Städten bleibt.

Die Zerstörungen Heidelbergs 1689 und 1693 sind in Text und Bild ausführlich beschrieben.<sup>35</sup> Auch wenn einzelne Schilderungen eine düstere Ruinenlandschaft darstellen und behaupten, Stadt und Schloss seien *zu einem erbärmlichen Steinhaufen* geworden, handelte es sich um keine totale Vernichtung. Das Schloss mit seinen ausgebrannten Saalbauten, gesprengte Kanonentürme und umfangreiche Wehranlagen waren noch vorhanden. Auch Kirchen und Klöster als Steinbauten mit ausgebrannten Dachstühlen und Turmhelmen (Peters-, Heiliggeist- und Providenzkirche) standen noch. Auch hatten noch einige weitere Steinbauten das Feuer überlebt. Erheblich beschädigt wurde hingegen die Anlage von Marstall und Zeughaus am Neckar. Die oft in Fachwerk errichteten Wohnbauten waren in den engen Altstadtquartieren verbrannt. Erhalten blieben vor allem gemauerte, oft gewölbte Kelleranlagen, aber auch massive Erdgeschossteile und Steintreppen, die im Wiederaufbau Verwendung fanden. Diese Beobachtungen stützen die Aussagen für Lahr.

Neben der Quellenkritik und der Analyse des erhaltenen Baubestandes sind bei der Beurteilung der Zerstörungen in der Stadt Lahr während der Kriege des 17. Jahrhunderts auch die Möglichkeiten und Einschränkungen der militärischen Mittel zu diskutieren.<sup>36</sup> Das gezielte Legen von Bränden war dabei eine Möglichkeit, um Städte oder einzelne Gebäude unbrauchbar zu machen. Hatte das Heer die Kontrolle, konnte dies geplant geschehen, wie 1677 in Hage-

---

<sup>35</sup> Hermann Diruf, *Heidelberga aedificata*. Einblicke in die baugeschichtliche Dimension der Stadtgeschichte, in: *Denkmalpflege in Baden-Württemberg* 1/2009, S. 11-16, hier S. 11 f.; Thomas Flum, Carmen Flum, *Der Wiederaufbau Heidelbergs nach der Zerstörung im Pfälzischen Erbfolgekrieg*, in: Frieder Hepp, Hans-Martin Mumm (Hrsg.), *Heidelberg im Barock. Der Wiederaufbau der Stadt nach den Zerstörungen von 1689 und 1693*. Begleitband zur Ausstellung im Kurpfälzischen Museum der Stadt Heidelberg, Heidelberg 2009, S. 85-163.

<sup>36</sup> Vgl. dazu auch Stephen Porter, *Destruction in the English Civil Wars*, Stroud 1997, bes. S. 45 ff. u. 88.

nau, wo unter anderem General Joseph de Montclar ganz konkrete Befehle gab, wie die Zerstörungen vorzunehmen seien: Zunächst wurde die Stadtbefestigung gesprengt, bevor in den Häusern Brand gelegt wurde.<sup>37</sup> In Zabern wurde lediglich die Stadtbefestigung zerstört.<sup>38</sup> Die Lahrer Stadtmauer blieb 1677 stehen, und auch der Dinglinger Plan von 1791 zeigt noch den äußeren und inneren Mauerring der Befestigung. Damit fand in Lahr offenbar keine systematische Zerstörung wie in Hagenau und Zabern statt, so dass andere Methoden eingesetzt worden sein müssen. In Frage kommen hier der Beschuss mit erhitzten Kanonen- und Musketenkugeln sowie Granaten. Allerdings sind nur sehr wenige Fälle bekannt, bei denen durch Beschuss mit erhitzter Munition eine größere Zahl von Häusern abbrannte. Meist war die Zerstörung weniger Häuser und die Androhung weiterer Zerstörungen ausreichend, um die Übergabe als Ziel der Operation zu erreichen. Auch im Fall der Stadt Lahr genügten 1675 Drohungen, um die Tore zu öffnen.

Insgesamt wird deutlich, dass das Ausmaß der Zerstörungen von einer Reihe von Umständen bestimmt wurde. Ineffizienz der angewendeten Methoden, technische und logistische Probleme der Belagerer, zur Verfügung stehende Zeit und Gegenmaßnahmen der Verteidiger grenzten die Möglichkeiten für Brandlegungen ein. Weitere Einschränkungen ergaben sich eventuell auch im Hinblick auf die Notwendigkeit einer Einquartierung der Soldaten.

Anzumerken ist, dass Kriegszerstörungen im Gegensatz zu Schadensfeuern in Friedenszeiten standen. Bei letzteren wurde das Ausmaß der Verluste von mehreren Zufallsfaktoren beeinflusst, etwa von dem Umstand, ob das Feuer zu Tages- oder Nachtzeit ausbrach, vom Zeitpunkt der Entdeckung und des Löschens des Feuers, dem Umstand, ob entzündliches Material im Umfeld lag bzw. von der Bebauungsdichte, Windstärke und -richtung und Wärme bzw. Trockenheit der vergangenen Tage oder Wochen. In der Re-

---

<sup>37</sup> P. Paulus Volk, *Der Fall Straßburgs (1681) sowie die Zerstörung von Hagenau und Zabern (1677) in den Chroniken der Benediktinerklöster Gengenbach (Baden) und Münsterschwarzach (Unterfranken)*, in: *Elsass-Lothringisches Jahrbuch* 15 (1936), S. 208-214, hier S. 210-212.

<sup>38</sup> Volk, *Fall* (Anm. 37), S. 212.

### *Kriegszerstörungen in der Stadt Lahr während des 17. Jahrhunderts*

gel blieben immer einige Gebäude stehen. Dagegen waren die Zerstörungen in den Kriegen absichtlich, zweckdienlich und daher häufig vollständig.

Ausgehend von Quellenkritik, Inhalt der Quellen und militärischen Möglichkeiten ist das in den Supplikationen geschilderte Ausmaß der Zerstörung von Lahr 1677 zu relativieren. Die Schäden waren jedoch wohl größer als die während des Dreißigjährigen Krieges und in späteren Auseinandersetzungen, so dass auch noch in der Supplikation von 1723 explizit auf das Jahr 1677 hingewiesen werden konnte. Die nachfolgenden Kriege waren ein Grund dafür, dass der Wiederaufbau nicht längst erfolgt war.

Daten aus Bauuntersuchungen und archäologischen Beobachtungen fehlen als Korrektiv sowie Ergänzungen für die Beurteilung. Bereits Walter Beck musste seinen Versuch, Häuser aus der Zeit um 1677 bzw. davor zu identifizieren, aufgrund der Unzulänglichkeit des Materials aufgeben.

### *Der Wiederaufbau*

Hinsichtlich des Wiederaufbaus nach dem Dreißigjährigen und dem Niederländischen Krieg entsteht für Lahr und andere Städte der allgemeine Eindruck, dass er nur langsam begonnen, dann verstärkt in den 1650ern bzw. Ende der 1670er und Anfang der 1680er Jahre betrieben wurde. Aufgrund der wirtschaftlichen Situation und der nachfolgenden Kriege ging er möglicherweise nur schleppend voran. Hinzuweisen ist jedoch darauf, dass im Fall von Heidelberg nach dem Brand von 1693 die Menschen erst drei Jahre später wieder in die Stadt zogen und trotz landesherrlicher Unterstützung der Wiederaufbau nur langsam vonstatten ging. Ähnlich scheint es auch in Lahr gewesen zu sein, worauf der rhetorische Topos in der Urkunde des Markgrafen von 1679 hindeuten könnte, dass die Jugend schon etliche Jahre in der Wildnis lebe.

Ein erster Plan für den Wiederaufbau des Spitals stammt von 1707.<sup>39</sup> Der Bau lag 1713 jedoch noch immer in Ruinen. Das

---

<sup>39</sup> Grundriss mit Begleitschreiben vom 14. 3. 1707, GLA, 211/755, fol. 44-45. Publiziert in: Wiedemann, Spital (Anm. 5), S. 13.

*Martin Straßburger*

Schloss wurde überhaupt nicht mehr aufgebaut und 1754 weitgehend abgebrochen (Abb. 5).



Abb. 5:  
Nordostturm des 1677 zerstörten und 1754  
weitgehend abgetragenen Schlosses.

Vor 1714 gab der Markgraf von Baden-Durlach als Stadtherr den Auftrag, die Gefälle des Lahrer Spitals neu aufzunehmen.<sup>40</sup> Die Institution befand sich in herrschaftlicher Hand, da die Regierung, trotz einer Bitte der Stadt, die Renovation selbst vornehmen zu dürfen, einen eigenen Renovator einsetzte. 1716 stand Holz bereit: *Als aber dem gewesenen Landsbreiber Krings dieses schöne Holtz in die Augen gelaufet, habe er den Hospital-Bau widerumb zurück getrieben, um die Tannenbalken anderswo zu verwenden.*<sup>41</sup> Neben der Ordnung der kommunalen und staatlichen Finanzen drängte die Stadt darauf, ein neues Spital zu erbauen.<sup>42</sup>

In Heidelberg und Durlach ergibt sich ein anderes Bild.<sup>43</sup> Am Wiederaufbau und an der weiteren Stadtentwicklung hatte Kurfürst Johann Wilhelm aus der jüngeren Neuburger Linie der Wittelsbacher den größten Anteil. Bereits nach der ersten Zerstörung im Jahre 1689 wurde mit dem Wiederaufbau des Schlosses begonnen. Nach 1693 zogen sich die Arbeiten über den Frieden von Rijswijk 1697 hin. 1702 waren Teile des Schlosses wieder bewohnbar.

Für die ebenfalls 1689 abgebrannte sowie Ende des 17. und im Verlauf des 18. Jahrhunderts wieder aufgebaute markgräfliche Stadt Durlach hat sich ein Bericht von 1698 über die *Modellen oder Häußlin* erhalten, der in sieben Abschnitten ein Bauprogramm beschreibt, in dem Anzahl und Höhe der Dach- und Traufenausbildung, Belichtung und Entwässerung der Höfe und anderes mehr geregelt werden. Erwähnung finden auch die erhaltenen Keller und deren Integrierung in den Modellhausbau, unter anderem durch hohe Sockelgeschosse. An Stelle des Fachwerkbaus sollten verputzte Steinbauten entstehen. Diese Vorgabe wurde für Heidelberg überwiegend eingehalten.<sup>44</sup> In Lahr finden sich dagegen noch zahlreiche Fachwerkhäuser, und auch in den Hinterhöfen sind mit Ziegelmauerwerk ausgefüllte Gefache sichtbar. Ein Aufbauprogramm vergleichbar denen für die Residenzstädte gab es nicht. Das

---

<sup>40</sup> GLA, 211/755, General-Kirchenvisitationsprotokoll von 1726.

<sup>41</sup> Ebd., fol. 8 ff.

<sup>42</sup> Vgl. Schreiben der Stadt Lahr an den Markgrafen vom 6. 12. 1727, in GLA, 211/755.

<sup>43</sup> Diruf, Heidelberg (Anm. 35), S. 12; Flum, Flum, Wiederaufbau (Anm. 35).

<sup>44</sup> Diruf, Heidelberg (Anm. 35), S. 14; Flum, Flum, Wiederaufbau (Anm. 35).

alte Straßennetz scheint weitestgehend beibehalten worden zu sein, so dass davon ausgegangen werden kann, dass Keller, Fundamente und Mauerreste wiederverwendet wurden. Daneben finden sich aber auch Fachwerkhäuser, denen zur Straßenseite Fassaden in jüngeren Architekturstilen vorgeblendet wurden.

Auch wenn der Wiederaufbau jeweils ortsspezifisch ablief, bildet die allgemeine Entwicklung in Lahr im Vergleich zu anderen Städten keine Ausnahme. Erst ab Mitte des 18. Jahrhunderts sind verstärkte Bautätigkeit im Barockstil und massivere Eingriffe ins Stadtbild zu verzeichnen.<sup>45</sup>

### *Schlussbetrachtung*

Ein abschließendes Urteil über den Ablauf der Ereignisse und das Ausmaß der Zerstörungen während der Kriege des 17. Jahrhunderts in Lahr bleibt weiter schwierig, insbesondere für das Jahr 1677. Festzuhalten ist aber, dass der 15. September 1677 für die gesamte Stadt ein einschneidendes Ereignis darstellt, das in der Erinnerungskultur einen besonderen Platz einnimmt. Die historische Quellenbasis ist dünn und von unterschiedlicher Qualität. In den wenigen erhaltenen Schriftquellen ist deutlich von einem Brand und einer wirtschaftlichen Notlage die Rede, wobei die jüngeren Darstellungen einer eingehenderen Prüfung zu unterziehen sind. Auch wenn das Kirchenbuch von 1680 von einer *gänzlichen Einäscherung* spricht, ist weiterhin unklar, welches Ausmaß der Brand tatsächlich hatte. Als wahrscheinlich kann jedoch gelten, dass keine systematische Zerstörung stattfand, wie es das Fensterbild vom Ende des 19. Jahrhunderts im Rathaus zeigt, das ein Gemälde der Zerstörung Heidelbergs durch Ezechieel du Mas, Comte de Melac, 1693 von Theodor Dietz (1813-1870) als Vorbild hat.<sup>46</sup> Insgesamt sind verschiedene Perspektiven in der Überlieferung und Interpretation des Brandes von 1677 zu beachten. Mit jeder Memoria der Ereignisse ist eine erneute Klassifizierung im Bewusstsein der Zeitgenossen und der Nachwelt verbunden. Das Beispiel Lahr zeigt, wie wichtig eine kritische Bearbeitung der vorhandenen Quellen

---

<sup>45</sup> Vgl. dazu Beck, Studie (Anm. 6).

<sup>46</sup> 1856 vollendetes Gemälde in der Kunsthalle Karlsruhe; jüngere Ausführung im Stadtmuseum Weinheim, Inv.-Nr. 89/121.

*Kriegszerstörungen in der Stadt Labr während des 17. Jahrhunderts*

und der Vergleich mit anderen Befunden im Einzelfall sind. Auch für andere Städte ist mit einem wesentlich differenzierteren Bild zu rechnen.

## Wenke Richter

### Die *Alma mater lipsiensis* im Dreißigjährigen Krieg (1630-1650).

#### Die Universität als ‚Subjekt‘ und ‚Objekt‘ in einer Krisenzeit

*In was für noth und Beschwerrungen aber nach des feindes anzüge die anwesenden Professoren, [...] was für Concussiones unndt marter aus den wörtliche unndt thätliche anfälle mit pistolen, Degen und anderen armis mann hier ausseben müssen, ist nicht genug zu beschreiben.*<sup>1</sup>

Kurz und prägnant beschreibt dieser Auszug aus dem Schreiben, welches die Universität Leipzig am 18. Dezember 1632 als Bericht über ihren Zustand nach der zweiten kaiserlichen Belagerung und Besetzung Leipzigs an den Landesherrn, den sächsischen Kurfürsten Johann Georg I., sandte, beispielhaft die Situation, in der sich die *Alma mater* zwischen 1630 und 1650, als der Dreißigjährige Krieg Kursachsen heimsuchte, befand. In diesen zwanzig Kriegsjahren wurde Leipzig und somit auch die Universität von zwei verschiedenen gegnerischen Parteien (der Kaiserlichen bzw. der Schwedischen) insgesamt fünfmal belagert. Viermal gelang es dem Feind, die Stadt mit einem Akkord einzunehmen. Aufgrund ihrer Exemption von der städtischen Rechtsverwaltung, die sich durch ihren Charakter als *privilegierte und partiell autonome, nach Fakultäten gegliederte Korporation mit begrenzter Selbstverwaltung und Gerichtsbarkeit sowie mit eigenen Graduierungsrechten*<sup>2</sup> begründete, war es für die *Alma mater Lipsiensis* existentiell notwendig, sich an den Übergabeverhandlungen zu beteiligen. Nur so konnte sie ihre eigenen Interessen gegenüber der gegnerischen Kriegspartei sowie gegenüber den

---

<sup>1</sup> UA Leipzig, Rektor B 15: Liber Academiae Lipsiensis, Liber actorum 1631-1639, fol. 51v-52v. Dieser Beitrag ist eine Zusammenfassung eines Teils meiner 2005 verfassten Magisterarbeit „Die Universität Leipzig im Dreißigjährigen Krieg. Studien zum Funktionieren der Hohen Schule in einer Krisenzeit“. Sie wird zurzeit zu einer Dissertation mit dem Arbeitstitel „Zwischen Krieg und Frieden. Eine Matrikelanalyse der mitteldeutschen Universitäten in Leipzig, Wittenberg, Jena und Erfurt“ ausgebaut.

<sup>2</sup> Peter Baumgart, Die deutschen Universitäten im Zeichen des Konfessionalismus, in: Alexander Patschovsky, Horst Rabe (Hrsg.), Die Universität in Alteuropa, Konstanz 1994, S. 147-168, hier S. 149.

vier anderen Entscheidungsträgern in der Stadt Leipzig – dem Festungskommandanten der Pleißenburg, dem Stadtkommandanten, dem Magistrat und der Bürgerdeputation – vertreten. Überdies hatte sie unter den Bedingungen des Krieges und seiner Folgen wie der Zerstörung der Universitätsstadt, der Verwüstung des Umlandes, dem Ausbruch von mehreren verheerenden Seuchen in Leipzig, der Flucht von Universitätsmitgliedern oder dem Ausbleiben neuer Studenten ihre Aufgabe als eine der beiden höheren kursächsischen Ausbildungsstätten für *die studierende Jugendt* zu erfüllen.<sup>3</sup>

Es ist daher sowohl für die allgemeine als auch für die lokale Universitätshistoriographie von besonderem Interesse, das Handeln und die Entwicklung der *Alma mater Lipsiensis* an den sächsischen ‚Brennpunkten‘ des Dreißigjährigen Krieges, wie sie die Blockaden und Besetzungen Leipzigs darstellen, herauszuarbeiten. Bisher ist dies in der Forschungsliteratur kaum geschehen.<sup>4</sup> Daher stehen eine ausführliche Darstellung der Kriegsergebnisse, die Interessen und Handlungen der Universität sowie ihre Rolle als ‚Subjekt‘ und

---

<sup>3</sup> Willem Frijhoff definiert die gesellschaftlichen Funktionen der Universitäten neben der Förderung der Wissenschaften als die Erziehung von Jugendlichen, die Vermittlung von Allgemeinbildung sowie die Ausbildung für die akademischen Berufe. An ihnen wurden dadurch gesellschaftliche Eliten geformt, deren Entstehung durch die Einübung eines entsprechenden Lebensstils an den Hohen Schulen gefördert wurde. Willem Frijhoff, Grundlagen, in: Walter Rüegg (Hrsg.), *Geschichte der Universität in Europa*. Bd. 2: Von der Reformation zur Französischen Revolution (1500-1800), München 1996, S. 53-102, hier S. 71.

<sup>4</sup> Bisher fehlt eine ausführliche Studie zur Geschichte der Universität Leipzig im 17. Jahrhundert. Folgende Werke beschäftigen sich entweder überblicksartig oder in Teilaspekten mit dieser Epoche: Rektor und Senat (Hrsg.), *Festschrift zur Feier des 500jährigen Bestehens der Universität Leipzig*, 5 Bde, Leipzig 1909; Wilhelm Bruchmüller, *Der Leipziger Student 1409-1909*, Leipzig 1909; ders., *Kleine Chronik der Universität Leipzig von 1409-1914*, Leipzig 1914; Herbert Helbig, *Universität Leipzig*, Frankfurt a. M. 1961; Georg Müller, *Die Visitationen der Universität Leipzig zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges*, in: *Neues Archiv für Sächsische Geschichte* 27 (1906), S. 18-59; Lothar Rathmann (Hrsg.), *Alma mater lipsiensis. Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig*, Leipzig 1984; Detlef Döring, *Das Leben in Leipzig in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges*. Dargestellt anhand der Annalen des Zacharias Schneider, in: *Leipzig aus Vergangenheit und Gegenwart. Beiträge zur Stadtgeschichte* 3 (1984), S. 150-175. Intensiver mit der Problematik haben sich meine Magisterarbeit und die von Robert Kudraß (*Nach dem Dreißigjährigen Krieg: Die Universität Leipzig zwischen Kontinuität und Neuordnung*, Leipzig 2006) beschäftigt.

„Objekt“ während des Krieges im Mittelpunkt der folgenden Betrachtungen. Beispielhaft wurden dafür die erste, kaiserliche Belagerung von 1631 und die zweite, schwedische von 1642 ausgewählt. Gründe für die Auswahl sind die unterschiedlichen Belagerer aufgrund des politisch bedingten Wechsels der militärischen Koalitionspartner im Prager Frieden, die lange Zeitspanne der Kriegsjahre und damit auch die Belastung durch die Kriegszeit.

*Es ist eine Zeit der Tränen und Not<sup>5</sup>  
Die erste Belagerung der Stadt Leipzig 1631*

Unmittelbar in der kursächsischen Nachbarschaft brach 1618 mit dem Prager Fenstersturz in Böhmen bekanntermaßen der Dreißigjährige Krieg aus. Die räumliche Nähe zum Ausgangsort des Krieges war für die weitere politische Entwicklung des protestantischen Kursachsens bedeutend.<sup>6</sup> Zunächst konnte Kursachsen für das erste Jahrzehnt mit seiner kaisertreuen Politik eine direkte Auswirkung des Krieges auf das eigene Territorium verhindern.<sup>7</sup>

---

<sup>5</sup> Friedrich von Schiller, Wallensteins Lager. Achter Auftritt, aus: Friedrich Schiller. Sämtliche Werke, Bd. 2: Dramen 2, hrsg. v. Peter-André Alt, München 2004, S. 292.

<sup>6</sup> Eine umfassende Studie zu Kursachsen im Dreißigjährigen Krieg ist ein dringendes Forschungsdesiderat. Erste Einblicke zur sächsischen Politik am Vorabend und während des Dreißigjährigen Krieges bieten Axel Gotthard, „Politice seint wir bapstisch“. Kursachsen und der deutsche Protestantismus im frühen 17. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Historische Forschung 20 (1993), S. 275-319; Karlheinz Blaschke, Sachsen im Dreißigjährigen Krieg, in: Sächsische Heimatblätter 6 (1995), S. 329-333; vor allem aber Frank Müller, Kursachsen und der Böhmisches Aufstand 1618-1622, Münster 1997. Zu Leipzig im Dreißigjährigen Krieg vgl. Elke Schlenkrich, „Tränen des Vaterlandes“ – Leipzig in den Wirren des Dreißigjährigen Krieges, in: Sachsen im Dreißigjährigen Krieg, Dresden 1998, S. 37-44.

<sup>7</sup> Um eine fürstliche Schutzmacht bemüht, boten die böhmischen Stände trotz der bekannten Nähe Kursachsens zum Kaiser seinem Kurfürsten Johann Georg I. als einem der mächtigsten Fürsten des Reiches die Wenzelskrone an. In konsequenter Fortführung der kaisertreuen Dresdner Politik des letzten Jahrzehnts lehnte Johann Georg I. die angebotene Krone ab. Die Wahl des calvinistischen Pfälzer Kurfürsten zum böhmischen König förderte in Dresden die Neutralitätspolitik, wenn nicht sogar den Anschluss an Kaiser Ferdinand. Rudolf Kötzschke, Hellmut Kretzschmar, Sächsische Geschichte. Werden und Wandlungen eines Deutschen Stammes und seiner Heimat im Rahmen der Deutschen Geschichte, 2 Bde, Dresden 1935, ND Augsburg 1995, S. 243 f.

Im Gegenteil sogar, es profitierte mit dem territorialen Zugewinn der beiden Lausitzen nicht unbedeutend vom Böhmischem Aufstand. Der erfolgreiche Verlauf des Niedersächsisch-Dänischen Krieges unter den kaiserlichen Generälen Tilly und Wallenstein in Norddeutschland ermöglichte Kaiser Ferdinand II. 1629 den eigenmächtigen Erlass eines Restitutionsediktes, mit dem die seit dem Passauer Vertrag von 1552 säkularisierten Kirchengüter in den protestantischen Territorien zurückgefordert wurden. Dieses Edikt bedrohte nun natürlich auch kursächsischen Besitz, nämlich die säkularisierten Bistümer in Naumburg, Merseburg und Meißen, die zwar nicht formell Bestandteile Kursachsens waren, aber von Dresden als solche angesehen wurden. Infolgedessen kam es zu einer allmählichen Abkehr des sächsischen Kurfürsten Johann Georg I. von der Politik des Habsburgers. Auf dem Regensburger Kurfürstentag im Juli 1630 protestierte er gegen das Edikt. Ein halbes Jahr später, im Frühjahr 1631, versuchte er auf dem von ihm einberufenen Leipziger Konvent mit einer Einigung der protestantischen Reichsstände und einer bewaffneten Neutralität gegenüber dem Kaiser einen dritten Weg einzuschlagen.<sup>8</sup> Dieser halbherzig geführte Versuch, den Krieg zu beenden, scheiterte letztlich. Den endgültigen Schritt in der Abkehr vom Kaiser stellte das sächsisch-schwedische Bündnis dar, das im Herbst 1631 zwischen Kurfürst Johann Georg I. und dem schwedischen König Gustav II. Adolf im Vertrag von Coswig /Anhalt eingegangen wurde. Als neuer Feind des Kaisers wurde Kursachsen nun von der ligistischen Partei militärisch heimgesucht. Nach mehr als zwölf innenpolitischen Friedensjahren wurde es in den nächsten zwanzig Jahren zu einem weiteren Kriegsschauplatz in diesem Großen Krieg.

Noch während der Koalitionsverhandlungen mit den Schweden wurde für das sächsische Territorium die Kriegsgefahr erstmals konkret. Der kaiserliche Feldherr Tilly wandte sich, nachdem er im Mai 1631 Magdeburg hatte plündern und zerstören lassen, Ende August gegen die südlich gelegene, wohlhabende Messestadt. In Leipzig war man nicht ganz unvorbereitet auf diesen Feldzug gewesen: Nach dem Leipziger Konvent wurden im Frühling und Sommer 1631 bereits verschiedene sächsische Defensionswerke

---

<sup>8</sup> Ebd., S. 246.

gemustert, Militär geworben und in Leipzig einquartiert.<sup>9</sup> Im August wurde vor dem Hallischen Tor das evangelisch-sächsische Feldlager aufgebaut, um der kaiserlich-ligistischen Armee besser begegnen zu können. In der Stadt wurden Betstunden wegen der Kriegsgefahr durch den kaiserlichen General Graf Tilly angeordnet.<sup>10</sup>

Währenddessen wandte sich Tilly nach der Einnahme von Halle brandschatzend und plündernd über Merseburg, welches er nach Bedrohungen mit einem Akkord eingenommen hatte, Naumburg, Zeitz, Weißenfels, Pegau, Borna und einigen anderen sächsischen Städten, Flecken und Dörfern zu. Diese Nachricht verursachte in Leipzig großen Schrecken: Ratsherren und wohlhabende Bürger flüchteten mit ihren Angehörigen und einem Teil ihres Besitzes und Vermögens nach Dresden oder in andere sichere Orte, ebenso auch etliche Universitätsangehörige, so dass nur wenige Professoren und Studenten in der Stadt verblieben. Die Bewohner der Vorstädte und des Umlandes hingegen suchten mit ihren *besten Sachen, so sie in aller Eyl fortbringen können* Schutz in Leipzig.<sup>11</sup> Als am 25. August Tillys Truppen Leipzig erstmals streiften, wurden die Stadttore gesperrt und die ganze Bürgerschaft aufgeboten. Unter dieser greifbaren Bedrohung erging einen Tag später sofort ein Schreiben der Universität an den Kurfürsten, in dem sie ihre Befürchtung vor einem Angriff Tillys gegen die Stadt und die Sorge um die äußerste Gefahr für sich selbst und ihre Angehörigen äußerte. Zudem fragte sie nach Verhaltensregeln und Schutzmaßnahmen.<sup>12</sup> Die weiteren, sich überschlagenden Ereignisse der folgenden Woche erübrigten schließlich eine kurfürstliche Resolution. Am Morgen des 29. August sandte Graf Tilly den Quartiermeister Lorenz München von Steinach mit der Forderung von täglich 80.000 Pfund Brot für die Versorgung der kaiserlichen Armee nach Leipzig, bei abschlägiger Antwort drohte er der Messestadt mit dem Schicksal Magdeburgs.

---

<sup>9</sup> Johann Jacob Vogel, *Leipzigisches Geschicht=Buch oder Annales, das ist Jahr= und Tage-Bücher der Weltberühmten König[lichen] und Churfürstlichen Sächsischen Kauff= und Handels=Stadt Leipzig*, Leipzig 1714, S. 434-445.

<sup>10</sup> Ebd., S. 444.

<sup>11</sup> UA Leipzig, Rep.: II/XIII 003: Acta die Übertragung der Stadt Leipzig 1631 und daß gewilligte churfürstliche Praesentgeld betreffend, fol. 43r, v.

<sup>12</sup> UA Leipzig Rep.: II/XIII 003 (Anm. 10), fol. 1r.

Der Leipziger Rat antwortete mit dem Hinweis fehlender Entscheidungskompetenz sowie mangelnder kurfürstlicher Resolution ausweichend. Als Reaktion auf diese hinhaltende Antwort ließ Tilly seine Truppen bis vor die Stadttore in den Vorstädten aufstellen und die umliegenden Dörfer plündern.<sup>13</sup> Zur gleichen Zeit kamen in Leipzig die zwei kurfürstliche Kommissare – Graf Philipp Ernst von Mansfeld und Hans von Ponickau – an, die sich vom Festungskommandanten der Pleißenburg, Hauptmann Vopelius, über den Zustand der Stadt berichten ließen. Daraufhin kehrten sie zur Unterrichtung und Erlangung einer Resolution zum Kurfürsten zurück, gedachten aber am folgenden Tag mit einem Befehl wiederzukommen.<sup>14</sup> Im gleichen Augenblick wandte sich die Universität mit dem Hinweis einer angeblichen kurfürstlichen Resolution an den Leipziger Rat, um mit ihm das weitere Vorgehen abzusprechen.<sup>15</sup> Als Abgeordnete wurden Doktor Bartholomäus Göllnitz, Doktor Johann Heintz und Philipp Müller bestimmt.<sup>16</sup> Einen Tag später drohte Tilly der Stadt abermals. Diesmal forderte er nicht nur die Proviantierung der kaiserlichen Armee, sondern obendrein auch die Einquartierung derselben. Wiederum gab der Rat mit Verweis auf die fehlende kurfürstliche Resolution eine abschlägige Antwort. Daraufhin ließ Tilly am 3. September sein gesamtes Heer

---

<sup>13</sup> Vogel, *Leipzigerisches Geschichtsbuch* (Anm. 8), S. 447. Nicht nur der Rat von Leipzig erwähnte in seinem Bericht diese Drohung Tillys, sondern auch die Universität nannte sie in ihrer Darstellung. UA Leipzig Rep.: II/XIII 003 (Anm. 10), fol. 35v, 48v, 49r. Vgl. dazu auch Döring, *Leben in Leipzig in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges* (Anm. 4), S. 158. Zu Magdeburg und seinem Schicksal vgl. pars pro toto Mathias Tullner, *Das Trauma Magdeburg – Die Elbestadt im Dreißigjährigen Krieg*, in: „... gantz verheeret!“ – Magdeburg und der Dreißigjährige Krieg. Beiträge zur Stadtgeschichte und Katalog zur Ausstellung des Kulturhistorischen Museums Magdeburg im Kunstmuseum Kloster Unser Lieben Frauen, Halle 1988, S. 13-24.

<sup>14</sup> UA Leipzig Rep.: II/XIII 003 (Anm. 10), fol. 44r, v.

<sup>15</sup> Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Universität Leipzig aus Dresden auf ihre Bitte um eine kurfürstliche Resolution noch keine Antwort erhalten.

<sup>16</sup> UA Leipzig Rep.: II/XIII 003 (Anm. 10), fol. 35r, v. Dr. Johann Heintz, Doktor der Medizin, stammte aus Joachimsthal, war Professor pathologicus, medizinischer Assessor und Mitglied des Großen Kollegs. Jeweils im Wintersemester 1626/27, 1634/35 und 1638/39 war er Rektor der *Alma mater Lipsiensis*. 1643 verstarb er. E. G. Gersdorf, *Beitrag zur Geschichte der Universität Leipzig. Die Rectoren der Universität Leipzig nebst summarischer Übersicht der Inscriptionen vom Jahre der Gründung bis zur Gegenwart*, Leipzig 1869, S. 46.

(40.000 Mann zu Fuß und zu Ross) vor die Stadt stellen, verwüstete die Vorstädte und machte die Umgebung durch Plünderungszüge unsicher. Dies zeigte Wirkung. Um größeren Schaden für die Stadt abwenden zu können, versuchte sich der Rat mit Unterstützung der Universitätsdeputierten noch am gleichen Tag eigenständig mit Tilly gütlich zu einigen. In den Verhandlungen drängten die Abgeordneten der Hohen Schule zum Schutz ihrer Privilegien und Rechte auf die für sie so wichtige *Salvia guardia*, die ihnen schließlich auch gewährt wurde.<sup>17</sup>

Dieses selbständige Vorgehen des Rates und der Universität war aber durchaus problematisch, denn die Entscheidung über einen Akkord mit Tilly oblag letztlich dem Stadtkommandanten Hans von der Pfordten. Trotz mehrfacher Bitten des Rates und der Hochschule entschloss er sich allerdings in der Hoffnung auf einen angeblich zu erwartenden Entsatz zum Kampf gegen die kaiserliche Armee.<sup>18</sup> Die Stadt und die Universität hatten also einen schon ausgehandelten, aber nicht ratifizierten Akkord mit Tilly und mussten nun den Folgen aus der Entscheidung des Stadtkommandanten mit offenem Auge entgegensehen! Noch am selben Tag erlitt Leipzig einen schweren Beschuss durch die kaiserliche Armee.<sup>19</sup> Am nächsten Morgen wiederholte sich das Spiel – wieder schickte Tilly einen Abgesandten mit der Aufforderung einer schnellen Übergabe nach Leipzig; der Magistrat und die Universität nahmen erneut die Verhandlungen auf, baten diesmal aber in der Hoffnung auf die Ankunft des erwarteten kursächsischen Entsatzes um eine Verlängerung der Bedenkfrist, die von den Belagerten abgelehnt wurde. Daraufhin ließ Tilly unter schwerem Beschuss der Stadt ein Exempel statuieren, indem er die von den Belagerten einzusehenden Gebäude des Georgenhospitals, der Nonnenmühle und der beiden Wasserkünste abbrennen ließ. Am Morgen des 5. Septembers erfuhr das Ganze noch eine Steigerung. Diesmal drohte Tilly mit den Worten, wenn man die Stadt mit einem gütlichen Akkord nicht *in continenti* aufgeben würde, sondern es *auff das eusserste, und zum Sturm würde kommen lassen, wollte er mit ihr*

---

<sup>17</sup> UA Leipzig Rep.: II/XIII 003 (Anm. 10), fol. 36r.

<sup>18</sup> Ebd., fol. 45r-47r.

<sup>19</sup> Ebd., fol. 47r, v.

*Die Alma mater lipsiensis im Dreißigjährigen Krieg*

*ärger, als mit dem elenden Magdeburg, und dero verderbten Inwohnern umgeben, daß nicht ein einiger Mensch vom Feuer und Schwert sollte verschonet und übrig bleiben.*<sup>20</sup>

Zur Untermauerung seiner Absicht ordnete er an, die Tuchberei-  
tere am Rosenthal einzunehmen und dort zwei große Geschütze  
aufzustellen. Der Ernst der Lage nahm für die Belagerten zu, vor  
allem da eine unmittelbare Ankunft des Entsatzheeres noch immer  
nicht in Sicht war. Aus diesen Gründen beratschlagten sich diesmal  
alle vier Entscheidungsträger<sup>21</sup> der Stadt über eine Aufgabe Leip-  
zigs bzw. eine Übergabe mit einem Akkord an die kaiserliche  
Armee. Schnell wurde man sich einig, Leipzig an Tilly unter folgen-  
der Bedingung zu übergeben:

- Abzug des Stadtkommandanten mit seiner Armee
- die Universität, Stadt und Bürgerschaft nur soweit mit  
kaiserlichem Volk zu belegen, wie zur Verwahrung der  
Stadttore notwendig sind
- die Universität, den Rat und die Bürgerschaft bei ihrem  
Herkommen, Privilegien, Rechten und Gerechtigkeiten zu  
lassen
- alle bis dahin vorgekommenen Tätigkeiten und Exzesse der  
Universität, dem Rat und der Bürgerschaft nicht zum  
Nachteil gereichen zu lassen
- die Stadt mit Plünderungen sowie Ranzionen zu verschonen
- den Handel nicht zu beeinträchtigen
- die Universität, den Rat und die Bürgerschaft nicht mit  
weiteren Pflichten zu belegen
- die Religion und den Gottesdienst nicht zu ändern
- den freien Ab- und Zuzug der Einwohner zu gewähren

---

<sup>20</sup> Zitiert nach Vogel, Leipzigerisches Geschichtsbuch (Anm. 8), S. 449.

<sup>21</sup> Als Abgeordnete auf Seiten der Belagerten wurden Dr. Göllnitz, L. Müller, Dr. Hermann, Johann Bahnen und Mag. Müller als Oberstadtschreiber bestimmt. Göllnitz und Müller waren Angehörige der Universität Leipzig. UA Leipzig Rep.: II/XIII 003 (Anm. 10), fol. 49v.

- den Einwohnern der Vorstädte und umliegenden Dörfer die Rettung ihres Hab und Gutes zu erlauben
- Geschütze, Munition, Glocken etc. beim Rat und der Bürgerschaft zu belassen
- keine Überlassung des Stadtkommandanten an den Hauptmann der Festung Pleißenburg
- schließlich die Einnahme von 200 kaiserlichen Soldaten in das Peterstor und
- keine unbotmäßige Beschwerung der Einwohner mit Einquartierungen.<sup>22</sup>

Am Abend des 6. September wurde der Akkord von Tilly, dem Stadtkommandanten, der Hohen Schule und dem Rat unterschrieben, besiegelt und vollzogen.

Trotz dieser Einigung verlief die Übergabe Leipzigs an Tilly nicht gänzlich problemlos, was vor allem an der Uneinigkeit der vier Entscheidungsträger lag. Während des Abzuges der sächsischen Truppen aus der Stadt, wurden mehr Anteile als im Akkord vorgesehen in die kurfürstliche Pleißenburg verlegt.<sup>23</sup> Dies bedeutete für Tilly ein hohes militärisches Risiko, da sein Feind unmittelbar in der Stadt lag. Verstimmt über diesen Vertragsbruch entschied sich der General, nun auch die Festung zusätzlich einzunehmen, zunächst auf dem Verhandlungsweg über den Leipziger Rat und die Universität, sonst durch gewaltsame Besetzung. Im letzteren Fall drohte er mit der Schleifung der Häuser um die Pleißenburg herum. Dies hätte auch die *Alma mater* stark betroffen, da sich das Gebäude der Juristenfakultät unmittelbar vor der Festung befand.<sup>24</sup>

---

<sup>22</sup> Vollständige Auflistung des Akkordes bei Vogel, *Leipzigerisches Geschichtsbuch* (Anm. 8), S. 449 f.

<sup>23</sup> Ebd., S. 450.

<sup>24</sup> Bei der zweiten kaiserlichen Belagerung von 1632 wurde das Gebäude völlig zerstört. Die Juristen mussten bei anderen Fakultäten um einige Räume ersuchen. 1641, neun Jahre später wurde der Grund und Boden vom damaligen Stadtkommandanten Joachim von Schleinitz beschlagnahmt, um dort Häuser für die Soldaten bauen zu lassen. Die Juristenfakultät wehrte sich dagegen vergeblich, auch eine Entschädigung wurde ihr nicht ausgezahlt. Noch im gleichen Jahr konnte durch die steten Bemühungen des Ordinarius Sigismund Finkelthaus die Fakultät in ein neues Auditorium ziehen, dessen Bau erst durch Spenden ermöglicht wur-

Erst nach mehrmaligen Aufforderungen Tillys und sehr widerstrebend gingen Rat und Universität mit dem Argument, nicht über den Hauptmann der Pleißenburg befehlen zu können, da dieser direkt dem sächsischen Kurfürsten unterstehe, in die Verhandlungen mit dem Festungskommandanten ein. Als Kompromiss entsandten sie den Stadtsyndikus mit dem Auftrag, das Tilly'sche Anliegen zu referieren, den Hauptmann aber nicht zur Aufgabe zu überreden. Zunächst gab Vopelius dem Rat und Tilly natürlich eine abschlägige Antwort, aber unter den Drangsalen und dem Beschuss durch die kaiserliche Armee wurde die Pleißenburg zwei Tage später doch dem Feind übergeben.<sup>25</sup>

Am selben Tag, als Leipzig mit Tilly akkordierte, fand im Kriegsverlauf eine Wende statt: Der Erlass des Restitutionsedikts, die Ungeduld des Kaisers mit seiner Forderung an Johann Georg I., sich mit seiner sächsischen Armee dem kaiserlichen Heer anzuschließen, und das gewaltsame Vorgehen Tillys gegen die *Leipziger Schlussverwandten*<sup>26</sup>, drängten den sächsischen Kurfürsten zum Bündnis mit dem schwedischen König Gustav II. Adolf, der an diesem Tag in der Schlacht von Breitenfeld dem kaiserlichen Heer eine empfindliche Niederlage bereitet hatte.<sup>27</sup> Die Kaiserlichen

---

de. Zwar hatte die kursächsische Regierung in Dresden der Juristenfakultät zugesagt, 300 Stämme Holz zum Bau zur Verfügung zu stellen, diese wurden aber erst nach dem Dreißigjährigen Krieg geliefert. Als zukünftige Unterkunft für die Juristenfakultät wurde das ehemalige Notariatszimmer mit den angrenzenden Räumen verbunden und mit Bildern der Ordinarien und zwei neugemalten Arbores (Stammbäume) ausgeschmückt. Emil Friedberg, *Die Universität Leipzig in Vergangenheit und Gegenwart*, Leipzig 1898, S. 46. Erich Franke, *Die Universitätsbauten nach 1547-1648*, in: Heinz Füßler (Hrsg.), *Leipziger Universitätsbauten. Die Neubauten der Karl-Marx-Universität seit 1945 und die Geschichte der Universitätsgebäude*, Leipzig 1961, S. 163.

<sup>25</sup> Vogel, *Leipzigisches Geschichtsbuch* (Anm. 8), S. 451. UA Leipzig Rep.: II/XIII 003 (Anm. 10), fol. 9v-11v.

<sup>26</sup> Als Leipziger Schlussverwandte werden diejenigen evangelischen Fürsten und Stände bezeichnet, die sich im Februar 1631 auf dem Leipziger Konvent zu einem losen Bündnis zusammenschlossen. Vgl. Bernhard Röse, *Herzog Bernhard der Große. Biographisch dargestellt*, Weimar 1828, S. 142.

<sup>27</sup> Zum militärischen Aspekt der sächsisch-schwedischen Koalition Gustav Droyen, *Über die Feldzüge der Sachsen im Bunde mit Schweden. Ein Beitrag zur Geschichte des dreißigjährigen Krieges*, in: *Archiv für sächsische Geschichte* 12 (1874), S. 113-192.

flüchteten nach Leipzig und sicherten dort das Schloss. Gemeinsam rückten die beiden Verbündeten, König Gustav II. Adolf und Kurfürst Johann Georg I., vor Leipzig, um nun die Stadt, in der der kaiserliche Offizier Wangeler mit 1.000 Mann lag, zu belagern. Jener begehrte von den beiden einige Tage Bedenkzeit für einen Akkord. Gustav II. Adolf, der den flüchtenden kaiserlichen Truppen nachsetzen wollte und sie schließlich in Merseburg schlug, übertrug die Rückeroberung Leipzigs dem sächsischen Kurfürsten. Nach drei Tagen Verhandlung konnte Johann Georg I. am 12. September 1631 seine Stadt mit einem Akkord wiedereinnehmen.<sup>28</sup>

Wenige Tage später erhielt Johann Georg I. bei der Neuordnung der Verhältnisse in der Stadt nach der Belagerung und Besetzung *ungleiche Berichte* darüber, dass die Universität, der Rat und die Bürgerschaft den Festungskommandanten Vopelius ohne Not zur Übergabe der Pleißenburg an den Feind gedrängt und so eine entscheidende Rolle in diesem Fall gespielt hätten. Daraufhin forderte der Kurfürst die Genannten auf, sich dazu innerhalb von vier Stunden ausführlich zu erklären.<sup>29</sup> Trotz einer erwirkten Fristverlängerung schafften es sowohl Universität als auch Rat, noch am selben Tag ihre jeweiligen Berichte an den Kurfürsten zu übergeben. In beiden Schreiben wurden die übergroße Gefahr für die Stadt und für die Bewohner sowie der sonst drohende totale Ruin Leipzigs hervorgehoben. Es hätte nicht an Mut, sondern an den notwendigen Verteidigungsmitteln und der Hoffnung auf einen schnellen Entsatz durch die schwedisch-sächsische Koalition gemangelt. Sowohl die Universität als auch der Rat wollten in ihren Berichten aufzeigen, dass sie alles Mögliche zur Gegenwehr getan hätten. Hervorgehoben wird auch, dass trotz des Sieges und der schnellen Rückeroberung durch das sächsische Heer bei der Belagerung und Besetzung Leipzigs ein beträchtlicher Schaden entstan-

---

<sup>28</sup> Vogel, Leipzigerisches Geschichtsbuch (Anm. 8), S. 455. Im Gegensatz zu Vogel schreibt Droysen dem sächsischen Kurfürsten Johann Georg eine aktive Rolle bei dieser Entscheidung zu. Vgl. Droysen, Feldzüge der Sachsen (Anm. 24), S. 116-121. Dies steht im Widerspruch zur heutigen Einschätzung des Kurfürsten in der Forschungsliteratur. Es unterstreicht des Weiteren die Notwendigkeit einer modernen, quellenkritischen Darstellung zur Person und Regierung Johann Georgs I.

<sup>29</sup> UA Leipzig Rep.: II/XIII 003 (Anm. 10), fol. 13r-15v.

den war: die abgebrannten Vorstädte, die vernichteten Wasser­künste sowie die Plünderung und Verwüstung der umliegenden Dörfer. Besonders die Universität berichtete, dass durch den erlittenen Schaden in den Universitätsdörfern und in den Häusern, Gärten und Vorwerken ihrer Angehörigen der Unterhalt der Akademie nicht mehr gewährleistet sei.<sup>30</sup>

Eine Woche später, am 28. September, erklärte Kurfürst Johann Georg I., dass er durch seine *churfürstliche Gütigkeit und Sanfftmuth* die Entschuldigung der Universität und des Rates annehme. Als Strafe hatten der Rat und die Universität ein freiwilliges kurfürstliches Präsentgeld zu zahlen, dass zunächst auf 20.000 Taler festgelegt, noch am selben Tag aber auf 25.000 Taler erhöht wurde. Von dieser hohen Summe mussten 12.000 Taler sofort, der Rest aber nach dem Ausgang des Michaelismarktes gezahlt werden. Die Hochschule musste sich mit 2.000 Talern beteiligen, die der Rektor und das *Consilium professorum* unter den Universitätsmitgliedern unter Androhung einer Strafe von jeweils zehn Talern und bei Vermeidung der Exekution einzusammeln hatten. Die Universität übergab dem Rat unter Ausstellung einer Quittung die Summe.<sup>31</sup>

Freilich war der Rat daran interessiert, dass die Universität, deren Mitglieder einen nicht unbedeutenden Anteil an der Einwohnerzahl Leipzigs ausmachten und unter denen sich fast 100 Personen befänden, die *ganz wohl gelegene heuser*<sup>32</sup> hatten, sich mit einer höheren Summe an dem kurfürstlichen Präsentgeld beteiligte. Dies lehnte allerdings die Universität mit dem Hinweis der ausstehenden Salarien ihrer Mitglieder und *anderer vielfeltiger Beschwerungen* vehement ab. Als zur Jahreswende 1631/1632 immer noch eine Restsumme von 3.000 Talern ausstand, versuchte der Rat diese der *Alma mater* zuzuschancen. Der Kurfürst musste schließlich einen Kommissar, den Kammerdiener und Bergrat David Döring, entsenden, um den nun bereits monatelang andauernden Streit zwis-

<sup>30</sup> Ebd., fol. 32r-41v (Bericht der Universität Leipzig an den Kurfürsten) sowie fol. 42r-60v (Bericht des Rates an Johann Georg I., als Kopie für die Universität in dieser Akte beigelegt!).

<sup>31</sup> Ebd., fol. 67r, Vogel, Leipzigisches Geschichtsbuch (Anm. 8), S. 458.

<sup>32</sup> In einem Schreiben des Rates an den Kurfürsten vom 21. Februar 1632 ist zu erfahren, dass die *Universitätsverwandten* den vierten Teil der Einwohnerschaft ausmachten. UA Leipzig Rep.: II/XIII 003 (Anm. 10), fol. 87r.

chen dem Rat und der Universität Leipzig schlichten zu lassen und die offene Summe bezahlt zu bekommen.

Anfang Februar 1632 beschwerte sich die Universität allerdings erneut energisch bei den kurfürstlichen Räten über das Verhalten des Magistrats: Der Rat hatte nach der Zahlung der 2.000 Taler mehrmals bei ihnen um eine höhere Summe angehalten, aber das *Consilium professorum* konnte eine Erhöhung nicht bewilligen, weil ihm dazu die nötigen finanziellen Mittel fehlten. Zudem nutzte der Rat mit der neuen Forderung – so die Klage der Universität – ihre bis dahin gezeigte Gutwilligkeit aus. Das Schreiben schloss mit den harschen und selbstbewussten Worten:

*Alß gelanget an die Herren unser dienstfreundliches bitten, sie geruhen großmüthig den rath zu Leipzig da ferner dergleichen zu suchen, sich unterstehen sollte, gesageten ursachen abzuweisen, undt das unß derselbe keinen der concludirten undt ihnen angekündigten verwilligung, so wir ad effectum lengsten erbracht, undt darüber gebührlich quittirt worden, geruhig verbleiben undt ferner deswegen unbelastigt lassen.<sup>33</sup>*

Auf dieses Schreiben antwortete der Rat am 21. Februar 1632 dem Kurfürsten mit einer eigenen Beschwerde, die die Not der Bürger Leipzigs, verursacht durch die Belagerung und Besetzung der Stadt sowie das nach dem Kriegsereignis in Leipzig grassierende Fieber, hervorhob. Dem stellte er die bessere finanzielle Situation der Universitätsangehörigen gegenüber, bedingt durch ihre Privilegien und der daneben betriebenen, nicht zu versteuernden *bürgerlichen Nahrung*. Nach mehreren Wochen des Schriftwechsels befahl der kurfürstliche Kommissar David Döring schließlich, dass sich beide Parteien im April vor ihm gütlich über die Zahlung der Summe einigen sollten. Es scheint bei dieser Verhandlung aber nicht zu einer Einigung gekommen zu sein, denn noch bis Ende Mai 1632 sind in der betreffenden Akte verschiedene Schreiben der Universität an den Kurfürsten und die Geheimen Räte enthalten, in denen sie sich mehrmals über die Aufforderung zur Zahlung dieser Summe und die Behandlung seitens des Rates beschwerte. Leider ist es abschließend aus dem hier verwendeten Quellenmaterial nicht möglich, die Lösung dieser Streitigkeit zu rekonstruieren.

---

<sup>33</sup> Ebd, fol. 92v.

*Die Alma mater lipsiensis im Dreißigjährigen Krieg*

Festzustellen ist aber, dass sich die Universität bis zum Schluss vehement gegen die Übernahme der Restsumme wehrte sowie selbstbewusst und sicher die ihr zur Verfügung stehenden Mittel nutzte, um den Rat mit seiner Forderung zurückzuweisen.<sup>34</sup>

*... ist fewer / pest / vnd todt der hertz vndt geist durchfehret*<sup>35</sup>  
*Die Besetzung Leipzigs durch den schwedischen General Torstensson*  
*1642*

In den nächsten zwölf Jahren erlitt die Pleißestadt Leipzig und somit auch ihre Universität drei weitere Belagerungen, von denen allein die schwedische unter General Baner 1637 scheiterte. Durch das Bombardement wurde die Stadt schwer beschädigt. Vor allem die Universität war stark getroffen, denn ihre Gebäude im Lateinischen Viertel lagen direkt an der Stadtmauer. Aber nicht nur durch die Beschießungen entstanden Schäden, sondern auch im Zuge von Verteidigungsmaßnahmen oder im allgemeinen Chaos während einer Belagerung und Krisenzeit.<sup>36</sup>

Die Stadt und die Leipziger Universität waren natürlich nach so vielen Kriegsjahren finanziell, materiell und auch mental erschöpft. In diesem Zustand mussten sie die letzte große Belagerung im Dreißigjährigen Krieg über sich ergehen lassen.

Ende der 1630er Jahre verlief der Krieg für die schwedische Armee recht schlecht, so dass sie sich zunächst nach Pommern zurückzog. Für Kursachsen brachte diese Phase eine kurze Ruhepause, aber schon 1639 diente es wieder als schwedisches Durchzugs- und Versorgungsgebiet. Im Mai 1641 verstarb General Baner in Halberstadt an den Folgen eines Fieberanfalls. Er gilt bis heute in der schwedischen Historiographie als Retter der Großmachtstellung für das nordische Reich. Das schwedische Heer war nun führungslos und zudem innerlich sowohl durch Aufstände der Soldateska wegen des ausstehenden Soldes als auch durch die Zweifel der

---

<sup>34</sup> Ebd., fol.103r-121v.

<sup>35</sup> Andreas Gryphius „Threnen des Vatterlandes / Anno 1636“, aus: ders., Gesamtausgabe der deutschsprachigen Werke, hrsg. v. Marian Szyrocki, Hugh Powell, Bd. 1, Tübingen 1963, S. 48.

<sup>36</sup> Als Beispiel sei noch mal die Zerstörung der Gebäude der Juristenfakultät genannt. Vgl. Anm. 22.

deutschen Offiziere im schwedischen Dienst bedroht. In dieser Situation sandte der schwedische Reichsrat als neuen Heerführer Lennart Torstensson mit der Order, in *Meißen* und in den kaiserlichen Erblanden Quartier für die Armee zu suchen, da Sachsen, Brandenburg, Magdeburg, Halberstadt, Thüringen, Mecklenburg und Pommern schon verwüstet waren. Zudem galt es aus politischen Gründen zurückhaltend gegenüber den Koalitionspartnern Mecklenburg, Lauenburg, Bremen, Hamburg, Lübeck und Brandenburg zu sein. Sachsen dagegen sollte solange als Feind behandelt werden, bis ein Friede und die Wiederherstellung des ‚guten‘ Verhältnisses erreicht worden wären. Nach einem halben Jahr des militärischen Interregnums begann Torstensson im Frühjahr 1642 seine Offensive in Schlesien und Mähren. Im Juli eroberte er Olmütz, aber statt nach Wien weiter zu ziehen, kehrte er über Zittau nach Sachsen zurück.<sup>37</sup>

Am 12. Oktober erhielt Leipzig mehrere Schreiben aus Dresden, in denen darüber informiert wurde, dass der schwedische General Torstensson mit seiner Armee aus Schlesien und der Lausitz nach Meißen zöge und hierbei den Versuch unternähme, Großenhain zu erobern. Zwei Tage später wurden die ersten feindlichen Vortruppen vor Leipzig gesichtet. Die ländliche Bevölkerung flüchtete deshalb wieder in die schützende Stadt. Die sich bewaffnende Bürgerschaft besetzte nun die Posten auf der Stadtmauer und den Verteidigungsanlagen. Knapp eine Woche später erschien Torstensson mit seinem Heer vor Leipzig und ließ die Grimmaische Vorstadt plündern. Um die Verteidigung der Stadt zu stärken, ließen sich 500 fränkische und andere Fuhrleute, 200 Kaufmannsdienner und 400 Handwerksburschen freiwillig unter einen Hauptmann stellen. Am 20. Oktober scheiterten die Schweden beim Versuch, unter hohen Verlusten am Paulinerkolleg Bresche zu schießen und Sturm zu laufen, wobei an dem Gebäude schwere Schäden ent-

---

<sup>37</sup> Inger Schuberth, Die Rolle Schwedens im Dreißigjährigen Krieg, in: Sächsische Heimatblätter 6 (1995), S. 333-337; Georg Schmidt, Der Dreißigjährige Krieg, München 2002, S. 65. Mit den Verwüstungen und Plünderungen der beiden Kurfürstentümer Brandenburg und Sachsen wollten die Schweden die Abkehr der beiden protestantischen Mächte vom Kaiser erreichen. Heinz Schilling, Aufbruch und Krise. Deutschland 1517-1648, Berlin 1998, S. 429-431, hier S. 448.

standen.<sup>38</sup> Währenddessen beschlossen Universität und Rat in der kleinen Hofgerichtsstube, sich über das weitere gemeinsame Vorgehen bei dieser erneuten Belagerung abzustimmen.<sup>39</sup> Am nächsten Tag sahen die Belagerten, wie größere Teile des schwedischen Heeres von Leipzig aufbrachen und sich nach Seehausen begaben. Die kaiserliche Armee unter der Führung von Erzherzog Leopold Wilhelm von Habsburg und dem Reitergeneral Piccolomini zog gemeinsam mit der sächsischen dem schwedischen Feind entgegen: Es kam am 24. Oktober zur zweiten Schlacht bei Breitenfeld, die die kaiserlich-sächsische Koalition vernichtend verlor.

Nach seinem Sieg konnte Torstensson nun ungehindert wieder Leipzig belagern.<sup>40</sup> Mehrmals forderte er die Stadt zum Akkord auf. Zur gleichen Zeit fand in der Steuerstube auf dem Rathaus ein weiteres Zusammentreffen der Universitätsdeputierten mit dem Rat statt. Hierbei beklagte letzterer, dass es an Mehl, Brot, Bier, Geld, Pulver und Löschwasser mangelte, dass die Adligen, Studenten und Fuhrleute<sup>41</sup> sich nicht beteiligen wollten und dass nur we-

---

<sup>38</sup> Vogel, *Leipzigerisches Geschichtsbuch* (Anm. 8), S. 583 f..

<sup>39</sup> UA Leipzig, Rektor B 16: *Liber Academiae Lipsiensis, Liber actorum 1639-1643*, fol. 395r, v.

<sup>40</sup> In der Universitätsbibliothek Leipzig befindet sich eine Druckschrift zur Darstellung der Belagerung, die von Torstensson selbst verfasst wurde. Lennart Torstensson, *Gründliche vnd Eigendliche Relation Von der harten vnd strengen Belagerung der vornehmen Kauff- vnnnd Handels-Stadt Leipzig, vnd der Vestung Bleissenburg, Wie solche von [...] Linnarth Torstensohn [...] 1642. hart belagert [...] auch eingenommen worden. Alles aus selbst eigener Erfahrung beschrieben vnd in Druck gegeben 1643*. Ein Jahr später wurde in Gera bei Andreas Manitzsch ein Gedicht des Johannes Thomasius, der damals als Student der Jurisprudenz die Belagerung in Leipzig miterlebt hatte, mit dem Titel gedruckt: *Tranriger Schanplatz des im Jahre 1642. belagerten Leipzigs dem billichen Mitleiden vorgestellt von Ihrem Trewen. Gedruckt Anno 1643*. Der Verfasser, nach seinem Studium Doktor beider Rechte und Herzoglicher Sächsischer Hofrat zu Altenburg, war der Onkel des Gelehrten Christian Thomasius. Ernst Kroker, *Leipzig in Liedern und Gedichten des dreißigjährigen Krieges*, in: *Schriften des Vereins für die Geschichte Leipzigs* 5 (1896), S. 33-99, hier S. 96.

<sup>41</sup> Eigentlich widerspricht sich der Leipziger Magistrat an dieser Stelle, da wenige Tage zuvor 500 fränkische und andere Fuhrleute sich freiwillig für die Verteidigung der Stadt gemeldet hatten. Über die Gründe für diese Aussage des Rates gegenüber der Universität ist in den Quellen nichts zu erfahren. Wohl wollte er die prekäre Situation unterstreichen. Dies ist aber letztlich spekulativ.

nige Soldaten zur Verteidigung in der Stadt seien.<sup>42</sup> Auch auf Seiten der Bürgerschaft gab es Probleme bei den Verteidigungsmaßnahmen. So schrieb sie am gleichen Tag an den Leipziger Magistrat, dass sie aufgrund des bisherigen Wachens und Verteidigens über zwei Tage und Nächte lang sehr erschöpft seien und deswegen die Bereitschaft und Solidarität der *Fremden und Freiwilligen* abnehme.<sup>43</sup> Problematisch sah der Ausschuss zudem die Einquartierung der Soldaten bei denjenigen Bürgern, die auf ihren Posten wachten. Diesen Einwohnern fehlten die Einnahmen, um sowohl für sich als auch für die Einquartierten sorgen zu können. Deswegen bat er den Rat, diese Bürger vor der Einlegung mit Soldaten zu verschonen und ihnen stattdessen Kommiss und den notwendigen Unterhalt zu geben. Nicht nur die problematische Versorgung der Soldaten spielte hier eine Rolle, sondern vor allem die Angst der Einwohner, dass die einquartierten Soldaten bei ihrer Abwesenheit die Häuser plündern und verwüsten oder ihren Besitz stehlen und verkaufen würden. Daraufhin wandte sich der Leipziger Magistrat mündlich und schriftlich an den Stadtkommandanten Joachim von Schleinitz, um ihn auf die schon aufgetretenen Schwierigkeiten bei der Verteidigung der Stadt hinzuweisen, und bat ihn, sorgfältig die nächsten Schritte in dieser Belagerungssituation zu überdenken. Noch konkreter formulierte es am gleichen Tag die Universität in ihrem Memorial an den Stadtkommandanten: Zunächst bekundete sie neben ihren eigenen Interessen ihre Sorge um die Wohlfahrt der Stadt. Dann hob sie die hoffnungslose Situation für die Stadt hervor: Ein übermächtiger Feind, der vor kurzem erst in der Schlacht über das kaiserlich-sächsische Entsatz-

---

<sup>42</sup> UA Leipzig, Rektor B 16 (Anm. 36), fol. 395v, 396r. In einem Memorial der Bürgerschaft ist vermerkt, dass bei Ankunft der Schweden die Schleinitzsche Garnison sich nur auf 200 Mann belief, von denen viele Stabsoffiziere waren. Dazu: Ueber die Uebergabe der Stadt Leipzig an den schwedischen General Torstenssohn von dem General Kriegskommissarius Johann von Schleinitz im Jahre 1642, in: Neues Museum für die Sächsische Geschichte, Litteratur und Staatskunde 1 (1800) Heft 1, S. 79-90, hier S. 80. Dieser Aufsatz gibt paraphrasierend den Inhalt des Memorials wieder, in dem die Bürgerschaft im September 1645, nach dem Frieden von Kötzschenbroda, beim Kurfürst über die zweite schwedische Belagerung Leipzigs und deren Übergabe berichtet und sich dabei über das Vorgehen des Rates, des Stadtkommandanten und der Universität beschwert.

<sup>43</sup> UA Leipzig, Rektor B 16 (Anm. 36), fol. 396v.

heer einen bedeutenden Sieg errungen hatte, belagerte nun Leipzig. Nach der vernichtenden Niederlage der eigenen Armee war auf eine schnelle Hilfe nicht mehr zu hoffen. Die eigenen Mittel reichten aber auch nicht für eine längere Verteidigung der Stadt aus. Um aber ein *Magdeburgisches Blutvergießen und total Ruin* der Stadt zu vermeiden, bot sich die Universität an, Verhandlungen mit dem schwedischen Feind zu führen. Als erste drängte sie somit aufgrund der hoffnungslosen Gesamtsituation nachdrücklich auf schnelle Verhandlungen.<sup>44</sup>

Der Stadtkommandant willigte insofern in den Vorschlag der Hochschule ein, als dass er um ein Geleitschreiben für die Universitätsdeputierten bei Torstensson ersuchte, welches ihm gewährt wurde. Am 26. Oktober wurde im *Consilium professorum* beschlossen, dass als Abgeordnete der Hohen Schule der Prorektor Dr. Johann Philippi, Dr. Christian Lange, Pastor Dr. Johann Michaelis und Mag. Friedrich Leibnitz zu den Verhandlungen mit den Schweden abgeschickt werden sollten. In der entsprechenden Instruktion der Universität wurden folgende Punkte als Verhandlungsziele festgelegt:

- der Erhalt eines Schutzbriefes für die Hohe Schule, ihrer Mitglieder und für die ihr unterstehenden acht Dörfer
- Verschonung vor Einquartierungen, Kontributionen und anderen Kriegsbeschwerden
- Ersetzung der durch die beiden schwedischen Belagerungen entstandenen Schäden an den Gebäuden, vor allem am Großen Fürstenkolleg und am Paulinerkolleg
- Schonung der Universität, da sich an ihr mehrere schwedische Studenten aufhielten.

Schließlich endete das Schreiben mit den ermahnenden Worten:

*Weil der königlichen Schwedischen Armee mit reinigung dieser Academi [...] nicht das geringste gedienet, hingegen denen Catholischen ein ewiges frolocken zugerichtet würde, wenn durch Evangelische Glaubensgenossen diese alte hohe und weitberühmbte Universität an ihren privi-*

---

<sup>44</sup> Ebd., fol. 397r-401r.

*legien, auch ihren Collegien und anderen gliedern schaden leiden oder auch wohl ruiniret werden solte.*<sup>45</sup>

Daher – so die Hoffnung der Universität – möge Torstensson, der für seine Förderung der akademischen Lehre weithin gerühmt würde, diese Universität sowie die Stadt, in der sie sich befindet, verschonen sowie ihre Privilegien und Rechte bestätigen.

Am nächsten Tag fuhren neben den Abgeordneten der Universität, auch die des Stadtkommandanten und des Rates ins schwedische Hauptquartier nach Stötteritz.<sup>46</sup> Sie wurden nun aber nicht wie erhofft persönlich von Torstensson empfangen, sondern mussten mit seinen Vertretern General Königsmark und Generalmajor Wittenberg verhandeln. Aber schon zu Beginn der Verhandlungen ließ der Stadtkommandant über seine Deputierten übermitteln, dass er zur Aufgabe der Stadt und des Schlosses nicht bereit sei, da ihm beide von seinem Landesherrn, dem Kurfürsten von Sachsen, anbefohlen waren, und er sie im Gegensatz zu den Darstellungen der Stadt oder der Universität zu verteidigen gedenke.<sup>47</sup> Diese Antwort verärgerte die schwedischen Vertreter sehr. Denn mit dieser Erklärung hätte letztlich auf das Treffen verzichtet werden können. Daraufhin schalteten sich die Universitätsabgeordneten ein und trugen ihr Anliegen um Verschonung der Hochschule, der Kirchen und Schulen vor. Sie wurden aber von General Königsmark daran erinnert, dass die Übergabe der Stadt nicht in den Händen der Universität läge. Deshalb hätten sie bei Verweigerung der Aufgabe der Stadt dieselben Konsequenzen wie Leipzig zu erleiden. Zumindest konnten die Abgeordneten der Hochschule erreichen, dass der

---

<sup>45</sup> Ebd., fol. 405v, 406r.

<sup>46</sup> Als Abgeordnete des Stadtkommandanten wurden Herr Dr. Pinckert und der Oberwachmeister Nitzsche ernannt. Dr. Finckelthaus, Dr. Ziegler, Baumeister Hermann und der Stadtschreiber Barthel Hahnen waren die Abgeordneten des Rates. Vogel erwähnt in seiner Chronik nicht, wie es aus dem Rektorenbuch ersichtlich ist, dass bei den Verhandlungen die Deputierten des Generals von Schleinitz anwesend waren. Vogel, *Leipzigerisches Geschichtsbuch* (Anm. 8), S. 591. Die Bürgerschaft beschwerte sich in ihrem 1645 verfassten Memorial, dass sie zu diesen Verhandlungen keine eigenen Deputierten absenden durften, wie sie auch bei den späteren Zusammenkünften mit den Schweden nur bedingt und unter Behinderungen des Rates oder der Universität teilnehmen durften. *Uebergabe der Stadt Leipzig 1642* (Anm. 37), S. 82.

<sup>47</sup> UA Leipzig, Rektor B 16 (Anm. 36), fol. 407v.

*Alma mater* ein Schutzbrief überreicht wurde.<sup>48</sup> Die gleiche Antwort bekamen die Ratsdeputierten, nachdem auch sie um Schonung der Stadt gebeten hatten. Der Vorschlag, mittels Kontributionen und der Erlegung einer hohen Summe Geldes die Neutralität für Leipzig zu erkaufen, wurde den Abgeordneten abgeschlagen. Daraufhin baten sie um einen vierundzwanzigstündigen Waffenstillstand, um in dieser Zeit den Stadtkommandanten zum Akkord überreden zu können, der ihnen gewährt wurde. Zwar konnte der Rat noch am 27. Oktober mit dem Kommandanten von Schleinitz über die Forderungen der Schweden sprechen, ihn aber nicht zum Akkord überreden, so dass die Belagerung und der starke Beschuss der Stadt durch den schwedischen Feind fortgesetzt wurde.

In den darauf folgenden Tagen versuchten sowohl der Rat als auch die Universität – entsprechend ihrem Beschluss im *Consilium professorum* – nach gemeinsamen Beratungen mehrmals, den Stadtkommandanten zum Akkord zu bewegen. Zugleich führten sie wiederholt Verhandlungen mit Torstensson, wobei der Rat am 2. November mit Hilfe der Universitätsabgeordneten sogar gute Bedingungen für eine Übergabe schuf: Neutralität des Schlosses und der Stadt, Abzug der sächsischen Garnison und Einzug einer schwedischen Besatzung, Zahlung von Diskretionsgeld und monatlichen Kontributionen, aber Verschonung von konföderierten Einquartierungen. Auch diese gute Ausgangsbasis lehnte der Stadtkommandant mit der Begründung ab, dass die Verteidigungsmängel teilweise durch die Bürgerschaft behoben werden könnten, und dass es bei diesen langwierigen Verhandlungen auch auf Seiten der Belagerer zu Ermüdungen kommen würde.<sup>49</sup>

Bei genauerem Hinsehen erkennt man recht schnell die Widersprüche in den Verhandlungen zwischen den Rats- und Universitätsabgeordneten einerseits sowie den schwedischen Belagerern andererseits, die letztlich immer wieder zum Scheitern der Gespräche führten: Bei allen Besprechungen argumentierten erstere damit, dass Leipzig dem Stadtkommandanten unterstellt wäre und ihnen daher die Übergabe der Stadt nicht obliege. An der ablehnenden Haltung des Stadtkommandanten scheiterten trotz der

---

<sup>48</sup> Ebd., fol. 410v-411r.

<sup>49</sup> Ebd., fol. 416r.

Vermittlungsversuche seitens des Rates und der Universität die Verhandlungen mit den Feinden. Diese Widersprüche und Uneinigkeiten auf Seiten der Belagerten verhinderten jeglichen Fortschritt in den Verhandlungen. Trotz der angespannten Situation erhielten Rat und *Alma mater* von den Schweden die Erlaubnis, eine Ratsperson zum Kurfürsten nach Dresden zu entsenden, um dem Landesherrn von der gefährlichen Notlage der Stadt durch die Belagerung zu berichten und eine entsprechende kurfürstliche Resolution zu erhalten. Im *Consilium professorum* wurde dafür Friedrich Kühlwein ausgewählt, Doktor beider Rechte, Rat- und Stadtrichter in Leipzig sowie späterer Bürgermeister der Messestadt.<sup>50</sup> Ursprünglich sollte ihn Gottfried Stahl, Mitglied des Bürgeausschusses, begleiten, um die Not und die Belange der Leipziger Bürgerschaft während der Belagerung darzustellen. Kurz vor der Abreise wurde er aber an der Fahrt nach Dresden gehindert, da er unter dem Verdacht stand, heimlich den Schweden zugetan zu sein.<sup>51</sup>

Die Verhandlungen mit Torstensson wurden unterdessen weitergeführt, der nun aber die Bedingungen für einen Akkord verschärfte: Die Stadt und das Schloss sollten sich in die Devotion der Krone Schwedens begeben, eine Garnison aufnehmen, die Schlüssel zur Hälfte den Schweden übergeben, die Abführung der schwedischen Soldaten finanzieren und monatlich Kontributionen zahlen. Abermals gingen die Abgeordneten auf diesen Akkordvorschlag nicht ein. Daraufhin wurde in den nächsten drei Wochen nicht nur Leipzig von den Schweden schwer beschossen, sondern auch die Vorstädte verwüstet und abgebrannt, wodurch den Einwohnern der Stadt und den Mitgliedern der Universität erheblicher Schaden entstand.<sup>52</sup>

---

<sup>50</sup> Zu Kühlwein vgl. Karin Kühling, Doris Mundus, Leipzigs regierende Bürgermeister vom 13. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Eine Übersichtsdarstellung mit biographischen Skizzen, Beucha 2000, S. 34.

<sup>51</sup> UA Leipzig, Rektor B 16 (Anm. 36), fol. 419v, 420r. Uebergabe der Stadt Leipzig 1642 (Anm. 37), S. 83.

<sup>52</sup> Vogel hat für jeden Tag dieser drei Wochen die verschiedenen Schüsse der Schweden auf die Festung, die Basteien und Stadttore aufgezählt. Überwiegend waren es täglich über 200, am 20. November sogar 600 Kanonenschüsse, 688 Schüsse aus anderen Geschützen, 5 Granaten und 15 Steinwürfe gewesen. Vogel, Leipzigerisches Geschichtsbuch (Anm. 8), S. 593-598.

Am 15. November kehrte der Stadtrichter Friedrich Kühlwein aus Dresden mit einem eigenhändig geschriebenen, mehrseitigen Schreiben des Kurfürsten an Rat und Universität zurück.<sup>53</sup> Darin lobte der Landesherr zunächst die bisherige Standhaftigkeit und Pflichterfüllung der Leipziger, bekundete aber seinen Unwillen über das Vorhaben, die Stadt mit einem Akkord an die Schweden zu übergeben. Formelhaft sah Kurfürst Johann Georg I. die Belagerung der Stadt als eine gerechte Bestrafung Gottes für ein zu sündiges Verhalten der Bewohner an, der nur mit Pflichterfüllung gegenüber dem Landesherrn und gottgefälligem Leben begegnet werden könne. Deswegen riet er mit dem Hinweis, dass die kaiserliche Armee sich wieder reorganisiert und so Leipzig in nächster Zeit entsetzen könnte, zum Ausharren. Außerdem würde der schwedische Feind die Stadt ihrer Glaubensgenossen nicht völlig zerstören, da dies der bisher von ihnen verbreitete Kriegspropaganda zuwider liefe. Aus diesen Gründen mahnte er sie eindringlich, nicht mit den Schweden zu verhandeln und die Stadt auch nicht an sie zu übergeben.<sup>54</sup>

Kühlweins Bericht, der in den Universitätsakten überliefert ist, ergänzt differenzierend die Entscheidungsfindung am Dresdner Hof. Danach hätten alle Geheimen Räte außer Sebottendorf den Akkordplänen des Magistrats und der Leipziger Universität zugestimmt und neben Marschall Tauben dem Kurfürsten angeraten, den kaiserlichen Verbündeten nicht zu trauen. Wenig später forderte der Kurprinz, der spätere Kurfürst Johann Georg II., Kühlwein auf, ihm entgegen der Anweisung des Vaters über die Belagerung Leipzigs zu berichten. Darauf teilte er dem Leipziger Deputierten mit, dass sowohl er als auch der Erzbischof den Kurfürsten bedrängt hätten, der Stadt den Akkord zu erlauben, und deswegen mit dem Vater in Streit geraten wären. Um eine Verständigung mit den Schweden doch noch zu erreichen, wollte er mit Kenntnis seines Vaters mit den Feinden einen Vergleich über die Stadt Leipzig aushandeln. Aus diesem Grund hatte er den Obristleutnant Knochen zu General Torstensson entsandt. Schon zwei Tage nach der Ankunft Kühlweins in Leipzig erhielten der Magistrat und die

---

<sup>53</sup> UA Leipzig, Rektor B 16 (Anm. 36), fol. 427r.

<sup>54</sup> Ebd., fol. 26r-29v.

Universität die Nachricht, dass der kursächsische Abgeordnete nicht vom schwedischen Feldherrn empfangen worden und somit der Rettungsplan des Kurprinzen gescheitert war. Der Vorgang zeigt aber, dass entgegen allen Ratschlägen Kurfürst Johann Georg allein die Entscheidung traf, was im Gegensatz zur historiographischen Bewertung seiner Person ein Anzeichen für eine größere Eigenständigkeit seiner Politik sein kann.<sup>55</sup>

Angesichts der zunehmenden Bedrohung der Stadt durch den starken Beschuss der Schweden ließ der Rat bei der Universität anfragen, ob man entgegen dem kurfürstlichen Befehl dennoch die Akkordverhandlungen mit dem Feind aufnehmen sollte. Zunächst weigerte sich die Akademie, änderte aber schon wenige Stunden später ihre Meinung. Am 17. November wurden die Verhandlungen mit Torstensson seitens des Magistrats, der Universität und der Bürgerschaft trotz des Einspruchs und Widerstandes des Stadtkommandanten fortgeführt. Die Belagerten wollten dem Feind bei der Übergabe die Zahlung von Diskretionsgeld und Kontributionen sowie den Abzug der eigenen Stadtgarnison zugestehen, aber als Gegenleistung eine Bestätigung ihrer Privilegien, Rechte und Gerechtigkeiten, den Abzug der schwedischen Truppen vor der Stadt, die Verschonung der Stadt von der Einlegung einer Garnison sowie den Erhalt der Festung Pleißenburg für die kursächsische Seite erwirken, letztere mit der Zusicherung, die Schweden und ihre Konföderierten nicht zu behindern. Diese Forderungen und Zugeständnisse, die größtenteils schon vor dem kurfürstlichen Verbot bestanden, bedeuteten aber kaum einen Fortschritt in den Verhandlungen. Daher gingen die Schweden auf dieses Angebot auch nicht ein, da sie ja das Schloss zur Versicherung der Neutralität einzunehmen beabsichtigten. Am darauf folgenden Abend sandte der Rat wiederum mit der Bewilligung der Schweden den Stadtrichter Friedrich Kühlwein nach Dresden, um beim Kurfürsten nochmals um eine Resolution zu bitten. In einer mitgegebenen Supplikation erbat die Universität flehentlich die Rettung der Stadt.<sup>56</sup>

---

<sup>55</sup> Ebd., fol. 432r-434v. Zur Einordnung von Kurfürst Johann Georg I. in die Historiographie vgl. Anm. 28.

<sup>56</sup> UA Leipzig, Rektor B 16 (Anm. 36), fol. 438r-439v.

Nach mehr als drei Wochen Belagerung war auch die Universität zunehmend von den Kriegsbeschwerden betroffen. So klagten verschiedene Mitglieder beim *Consilium professorum* über die militärischen Einquartierungen, über Verwüstungen der Kollegien, über das Verhalten der Marktvögte und Ratsdiener ihnen gegenüber und über die unrechtmäßigen Beschlagnahmungen ihrer Mobilien und Güter, vor allem von Getreide und Holz, seitens des Leipziger Magistrats. Letzteres stellte laut den Privilegien der Universität einen klaren Übergriff des Rates dar.<sup>57</sup> Daraufhin protestierte die Universität in einem Memorial beim Rat über diese Missstände. Auch das Verhältnis zu den Soldaten des Stadtkommandanten, die zur Verteidigung die Gebäude der *Alma mater* nutzen durften, war recht angespannt, wie ein Beschwerdeschreiben des *Consiliums* an den Stadtkommandanten zeigte. Darin heißt es, dass der Botanische Garten am Paulinum nach der Öffnung für die Verteidigungskräfte erheblich beschädigt worden war, da die Soldaten die Gebäude abbrechen und die jungen Bäume fällten. Der Versuch der Schweden, an dieser Stelle Breschen zu schießen, zerstörte ihn schließlich fast gänzlich. Zudem raubten und verwüsteten fremde Bauern und andere den nun geöffneten Garten mit seinen Gelassen, wobei sie von den Wachsoldaten kaum daran gehindert wurden. Schließlich wurde der *Hortus* auch als Rennbahn und als Friedhof für die toten Pferde und andere Kadaver genutzt. In ihrem Memorial forderte die Hohe Schule daher den General von Schleinitz auf, den Botanischen Garten zu verschließen, um seine völlige Zerstörung zu verhindern.<sup>58</sup>

Die fortwährende Dauer der Belagerung und der schwere Beschuss der Stadt durch die Schweden sowie die Aussichtslosigkeit auf einen baldigen Entsatz durch kaiserliche oder sächsische Truppen veranlasste den Stadtkommandanten – General von Schleinitz – schließlich doch dazu, dem Rat und der Universität nun ernsthafte Akkordverhandlungen mit den Schweden zu gestatten.

Nach dieser Aufforderung führten der Magistrat und die Universität die Verhandlungen mit dem schwedischen General Torstens-

---

<sup>57</sup> Rudolph Rentzsch, Die Gerichtsbarkeit der Universität Leipzig bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1829, Diss. phil., Leipzig 1921, S. 113.

<sup>58</sup> UA Leipzig, Rektor B 16 (Anm. 36), fol. 439 f.

son am 24. November fort. Die Hochschule forderte folgende für sie relevante Punkte:

- Verbleib in der kurfürstlich-sächsischen Devotion
- Erhalt ihrer Privilegien, Rechte, Gerechtigkeiten und Jurisdiktion
- zum Erhalt der Lehre Verschonung mit Einquartierungen und Kontributionszahlungen, vor allem der acht Universitätsdörfer, Kollegien, Häuser des Rektors, Prorektors, der Ordinarien, des Syndikus' und der geistlichen Akademiemitglieder
- Erhalt der Universitätseinnahmen und Beihilfe bei der Eintreibung der Außenstände sowie
- ungehinderter Zu- und Abzug der akademischen Untertanen.

Noch am gleichen Tag erhielten die Belagerten eine Antwort Torstenssons, in der er seine bisherigen Forderungen wiederholte.<sup>59</sup> Am nächsten Abend erhielten die Abgeordneten der Universität und des Rates die überraschende Nachricht, dass der Stadtkommandant und der Festungskommandant der Pleißenburg, Christoph von Drandorff, mit dem schwedischen General unerwartet einen Akkord ausgehandelt hatten, dessen Inhalt folgender war:

- ehrenvoller Abzug der sächsischen Garnison nach Dresden unter schwedischer Begleitung
- die Auslieferung der in Leipzig gebliebenen kaiserlichen Soldaten
- Abgabe der Munition, der Geschütze und des Proviantes sowie
- Beibehaltung der kursächsischen Dienstmänner in der Verwaltung.

Der Magistrat und die Universität waren nun ob des geschlossenen Akkordes ohne ihre Beteiligung über das weitere Fortgehen sehr besorgt und warfen dem General von Schleinitz deswegen vor, sie durch seinen ohne Vorabsprache geschlossenen Akkord den Schwe-

---

<sup>59</sup> Ebd., fol. 441r-449v.

den schutzlos ausgeliefert zu haben. Darauf erbot er sich, die Übergabe erst nach dem Akkord der Stadt und der Universität zu vollziehen.<sup>60</sup> Am folgenden Vormittag, dem 27. November, versuchten die Abgeordneten der Universität und des Magistrats<sup>61</sup> mit dem Feldmarschall Torstensson einen Akkord abzuschließen, wurden aber nach längerem Warten auf den nächsten Tag vertröstet. Unterdessen forderten die Schweden den Stadtkommandanten auf, ihnen die Festung zu übergeben, wie es ihnen auch nach dem Vertrag zustand, und drohten bei einer erneuten Verzögerung mit dem weiteren Beschuss des Schlosses. Am Abend gab schließlich General von Schleinitz der berechtigten Forderung nach. Der in der Nacht geschehene Einzug der schwedischen Garnison versetzte die Universität, den Rat und die Bürgerschaft in großen Schrecken, da sie von diesen Vorgängen überrascht wurden. Zudem hatte sich dadurch ihre Ausgangsbasis für die Verhandlungen mit den Schweden deutlich verschlechtert.

Am nächsten Tag gingen die Deputierten wieder in das schwedische Feldlager zu Torstensson hinaus. Nun endlich wurde ein Akkord zwischen den Abgeordneten und dem Feldmarschall geschlossen, der durch die kurfürstliche Resolution, die Friedrich Kühlwein erst einen Tag später aus Dresden überbringen konnte, nachträglich legitimiert wurde. Die Stadt hatte zwei schwedische Regimenter unter dem Kommando des Generalmajors Axel Lilie aufzunehmen, der wenige Tage später neben der monatlichen Kontribution von 2.500 Talern die Zahlung einer einmaligen Summe von 70.000 Talern forderte.<sup>62</sup> Die Versorgung der schwedischen Garnison regelte Feldmarschall Torstensson mittels einer Kammerordnung vor seinem Aufbruch am 23. Dezember 1642. Zudem forderte er von der Stadt die Zahlung eines Diskretions-

---

<sup>60</sup> Ebd., fol. 453r.

<sup>61</sup> Als Deputierte der Universität wurden Prorektor Dr. Johann Philipp, Dr. Weber, Dr. Schwendendörffer, Dr. Michels und Lic. Corvinus entsandt. Bürgermeister Dr. Finkelthaus, Dr. Ziegler, Baum und Schacher waren die Abgeordneten des Leipziger Rates. Die Bürgerschaft sandte als Vertreter Franz Beck, Zippel, Teuberlin und Kaupdorff. Ebd., fol. 453v. Vogel bemerkt, dass auch der Rektor an den Verhandlungen beteiligt war. Dieses Faktum ist aber im Rektorbuch nicht verzeichnet. Vogel, *Leipzigisches Geschichtsbuch* (Anm. 8), S. 600.

<sup>62</sup> Ebd., S. 602.

geldes von zunächst 400.000, dann 300.000 Reichstalern. Darauf sandte die Universität an ihn ein Memorial, in dem sie ihn als evangelisch-lutherischen Glaubensgenossen um Milderung der Summe bat, da die Stadt seit 1631 durch die verschiedenen Kriegsläufe

*unterschiedene belagerungen, Einnehmungen, Ranzionen, vielfältige Einquartierungen, unaufhörliche Verpflegungen und contributionen, wie auch anderen Kriegsbeschwerden undt Pressuren dermaßen erschöpffet und außgesogen, daß sehr viel bürger undt Einwohner in eußerster armuth und unvermögen gerathen. Dabero auch ein großes theil der häußer in der Stadt ganz verlaßen undt unbewohnet stehen.*<sup>63</sup>

Deshalb sei es der Stadt unmöglich, diese hohe, *unerträgliche* Summe abzustatten. Trotz dieses und anderer Einwürfe, gelang es dem Rat und der Universität nicht, diese Summe von zwei Tonnen Gold an Bargeld und einer halben Tonne Goldes an Waren mindern zu lassen.<sup>64</sup> Die Frage war nun daher, wie diese hohen und belastenden Forderungen auf die Einwohner Leipzigs aufgeteilt werden sollten und ob sich die Universitätsverwandten entgegen ihren Privilegien und dem Schutzbrief Torstenssons daran beteiligen mussten. Wie schon bei den ersten Kontributionszahlungen zehn Jahre zuvor, entbrannte über die Verfahrensproblematik ein hitziger Streit zwischen dem Magistrat, der Universität und der Bürgerschaft.

Die erste Beschwerdeschrift über die Eintreibung der schwedischen Forderungen schickte die Universität am 12. Dezember 1642 an Torstensson. Hierin führte sie an, dass sie zwar durch ihre Privilegien und seiner Resolution von der Zahlung der Kontributionen befreit wäre, sich aber nach begehrliehen Bitten und Flehen des Rates an den Forderungen beteiligt und dem schwedischen Kommissar Branden eine anteilige Summe gegen Quittung ausgehändigt habe. Dagegen verlangten die Deputierten der Bürgerschaft eine noch höhere Beteiligung der Universitätsverwandten, veränderten eigenmächtig das Abgabeverfahren und drohten den Akademiemitgliedern unter Aberkennung der schon geleisteten

---

<sup>63</sup> UA Leipzig, Rektor B 16 (Anm. 36), fol. 455r-456v.

<sup>64</sup> In der archivalischen Überlieferung (UA Leipzig, Rektor B 16) wird zunächst der Wert in Reichstalern, dann in Tonne angegeben.

Zahlungen die militärische Exekution bei Verweigerung an. Dies stellte ein unbefugtes Eingreifen in die Privilegien der *Alma mater* dar. Die Hochschule forderte daher nun den Beistand und die Hilfe Torstensson gegen dieses eigenmächtige Vorgehen der Bürgerschaft.<sup>65</sup>

Ein ähnliches Schreiben sandte sie vier Tage später an den Rat. Darin erinnert sie ihn daran, dass vor allem in Krisenzeiten die Wahrung von Privilegien und Rechten absolut notwendig sei. Da die Universität auf diese Beschwerde keine Antwort erhielt und um ihren Forderungen größeren Nachdruck zu verleihen, schrieb die Universität eine Woche später an den Bürgermeister zu Leipzig, Dr. Sigmund Finkelthaus, der als Professor der Juristischen Fakultät zugleich auch Mitglied der *Alma mater* war. In dem Brief forderte sie ihn auf, als Universitätsmitglied durch ein schnelles Einschreiten weitere Verletzungen der akademischen Privilegien und Jurisdiktion zu unterbinden und so größeren Schaden zu vermeiden.<sup>66</sup>

Die Verwirrungen und Streitigkeiten zwischen den drei Parteien über die Zahlungsmodalitäten der schwedischen Forderungen entstanden vor allem aufgrund der fehlenden Anordnung Torstenssons, der damit unklare Verhältnisse in Leipzig schuf. Erst mit der Kammerordnung vom 23. Dezember 1642 erließ er genaue Vorgaben über die monatlichen Zahlungen der Stadt für die schwedischen Soldaten und die Anlage der Kontributionszahlungen. Danach hatte ein jeder vor der Obrigkeit einen Eid über sein Vermögen zu leisten. Den daraus berechneten Anteil hatte er ohne sonderbaren Verzug den dazu deputierten Bürgern zu entrichten oder, *da er sein Vermögen zu offenbaren bedenken trüge*<sup>67</sup>, in einen hierzu verordneten und verschlossenen Kasten einzuwerfen, zu dem nur bestimmte Personen Zugang hatten. Zur Anlage wurden folgende Mobilia hinzugezogen: Waren, Viktualien zum Wiederverkauf, Barschaft, Obligationen, Wechselbriefe, das tatsächliche jährliche Einkommen und alle Arten von Lohn. Von diesen Posten sollten zehn Prozent entrichtet werden. Geringer war die Berechnung bei

---

<sup>65</sup> Ebd., fol. 465r-467v.

<sup>66</sup> Ebd., fol. 476v.

<sup>67</sup> Vogel, Leipzigerisches Geschichtsbuch (Anm. 8), S. 603.

Schmuckstücken, Kleinodien, Silbergeschirr, Geschmeide, Schatzgeld oder nicht *werbende[r]* Barschaft. Hier hatten die Bewohner fünf Prozent zu zahlen. Schon geleistete Zahlungen durften von der Ranzion abgezogen werden. Von der Anlage ausgenommen waren der Hausrat an Zinn und Kupfer, Betten, Geräte, Kleider, Schulden und die nicht verzinsbaren Gelder. Da auf Immobilien oder Häuser schon fünf Prozent entrichtet worden waren und überdies auch noch eine weitere Kontributionszahlung auf diese angelegt werden sollte, wurden sie von dieser Anlage erst einmal ausgenommen, bis man wusste, ob die zusammengetragene Summe die Forderung deckte.<sup>68</sup>

Ausgelöst durch die Übergriffe der Bürgerschaft beanstandete die Universität eine Woche später in einem Schreiben an den Rat diese Modalitäten, da zur Anlage ausschließlich die Mobilia hinzugezogen wurden, die aber bei den Hochschulangehörigen unter die akademische Jurisdiktion fielen. Weiterhin führte sie an, dass die übermäßige Erhöhung des Steuerschocks auf die Häuser für die Witwen, Waisen und anderen *armen* Universitätsverwandten, *welche keine Nahrung, Handlung und Gewerbe haben, auch bis anher ohne das sehr mitgenommen*<sup>69</sup>, deren vollkommenen Ruin darstellen würde. Die Übergriffe, der Aufbau der Ranzionsanlage sowie die Steuererhöhung stellten ihrer Meinung nach mehrere Verletzungen der Kompaktaten von 1580 dar, gegen die die Universität aufs energischste protestierte.<sup>70</sup>

Dieser zunehmend aggressiver ausgetragene Streit zwischen der Universität, dem Magistrat und der Bürgerschaft um die Modalitäten der Anlage, bzw. den Anteil der einzelnen Parteien daran, währte mehrere Wochen und Monate, in denen die verschiedenen Fraktionen eine Vielzahl an Beschwerdeschriften an den schwedischen Kommandanten von Leipzig Axel Lilie verfassten. Aus diesem Grunde ordnete er am 29. Juni 1643 zur *Wahrung der Harmonie zwischen Universität, Rat und Bürgerschaft von Leipzig* eine Kommission an, um den Streit zu schlichten und die ausstehende Restsumme

---

<sup>68</sup> Ebd.

<sup>69</sup> UA Leipzig, Rektor B 16 (Anm. 36), fol. 479v.

<sup>70</sup> Ebd., fol. 478r-482v.

### *Die Alma mater lipsiensis im Dreißigjährigen Krieg*

ausgezahlt zu bekommen.<sup>71</sup> Nach mehreren Verhandlungen zwischen der schwedischen Kommission und den Streitparteien, die sich wiederum über mehr als acht Wochen hinzogen, wurde am 29. August 1643 die monatliche Kontributionszahlung an die Besatzer festgelegt. Danach hatte die Stadt Leipzig pro Monat 3.000 Taler zu zahlen, aufgeteilt zu je 1.000 Taler am ersten, am zehnten und am zwanzigsten eines jeden Monats. Zusätzlich konnten noch weitere Finanz- oder Sachforderungen von den Schweden erhoben werden, wie z. B. die Auslieferung von 600 Scheffel Roggen am 30. August. Die Universität konnte sich letztlich entgegen ihrer Privilegien und Befreiungen durch General Torstensson der Beteiligung an den Anlagen nicht entziehen. In den Akten über die Kontributionen sind mit Einzelpositionen für die Kollegien, Hausbesitzer, Wirtsleute, Ministerien der beiden Kirchen St. Thomas und St. Nikolai und für einzelne Personen Abrechnungen für mehrere Monate enthalten, die einen Einblick über die geleisteten Zahlungen geben. So entrichtete die *Alma mater* für das Jahr 1643 insgesamt 12.188 Reichstaler, zwei Groschen und vier Pfennige. Dabei hatten einzelne Universitätsmitglieder monatlich zwischen wenigen Groschen und 20 Talern zu zahlen. Natürlich führte die über 1650 hinaus andauernde, starke finanzielle Belastung zu zahlreichen Beschwerden der Universitätsmitglieder der *Alma mater* beim Rektor, deren Spannweite über Bitten eines Aufschubes bis zu Verweigerung der Zahlungen reichte, oftmals mit der Begründung, dass dies den Privilegien der Universität widerspreche, sie aufgrund der wirtschaftlichen Not und ausstehender Salarien nicht mehr in der Lage seien, die Summen zu entrichten oder sich zum Studium hier aufhalten würden.<sup>72</sup>

### *Resümee*

Die Krisenzeit des Dreißigjährigen Krieges, in der Leipzig seit 1630 insgesamt fünfmal, davon viermal erfolgreich, belagert wurde, stellte für die Universität Leipzig eine besonders große Herausforderung und starke Belastung dar. Beispielhaft wurden die erste von 1631 durch den kaiserlichen Feind, und die letzte, die schwedische

---

<sup>71</sup> UA Leipzig, Rep. II/XIII 023, fol. 42r-43r.

<sup>72</sup> Ebd., fol. 74r-168v.

Belagerung von 1642, vorgestellt. Die Hohe Schule erlitt dadurch wie die Stadt und das Umland schwere Beschädigungen an ihren Gebäuden und Universitätsdörfern, starke Verluste und finanzielle Einbußen. Zudem musste sie aufgrund ihrer Exemption aus der städtischen Gerichtsbarkeit darauf bedacht sein, ihre korporativen Rechte und Privilegien aufrecht zu erhalten und sowohl gegenüber den anderen Herrschaftsträgern in der Stadt (dem Festungs- und dem Stadtkommandanten, dem Rat und dem Bürgerausschuss) als auch gegenüber den gegnerischen Kriegsparteien zu verteidigen. Diese eigene Verfügungsgewalt bot ihr aber auch die Möglichkeit, in begrenztem Maße auf die Entwicklung der Geschehnisse einzugehen und sie zu ihrem Vorteil zu beeinflussen. Daher lag es in ihrem Interesse, in die Verhandlungen zwischen den städtischen Obrigkeiten und dem Kriegsgegner einbezogen zu werden und als (juristischer) Ratgeber zu fungieren. Dieses Ziel konnte sie zu jeder Zeit erreichen. Sie war jedes Mal maßgeblich an den Entscheidungsfindungen in der Stadt und an den Akkordverhandlungen beteiligt. Natürlich hatte sie dabei die sich oft und schnell verändernde Situation zu beachten und darauf zu reagieren, wie es beispielsweise in den letzten Tagen bei der zweiten schwedischen Belagerung 1642 geschah. Das Professorenkolleg der Hochschule traf nach Beratungen die hierzu notwendigen Anordnungen. Eine entsprechende kurfürstliche Resolution, die der *Alma mater* bei der Entscheidungsfindung hilfreich gewesen wäre oder die nötigen Anweisungen gegeben hätte, stand der Universität dagegen nicht zur Verfügung. Somit stellt diese Zeit auch einen Erfahrungs- und Lernprozess für die Hochschule dar, dessen Erkenntnisse ihr im weiteren Kriegsverlauf zunehmend nützlicher wurden.

In den Beratschlagungen mit den anderen städtischen Obrigkeiten und während der Verhandlungen mit den feindlichen Parteien traten oftmals dieselben Universitätsdeputierten auf. Dies lag einerseits daran, dass sich die Träger bestimmter Hochschulämter, wie der Universitätsnotar, an den Gesprächen zu beteiligen hatten, andererseits verfügte die Hohe Schule nur im begrenztem Maße über dafür geeignete Personen. Das hatte aber auch den Vorteil, dass durch wiederholte Beteiligung die Abgeordneten auf ihre Erfahrungen in den Akkordverhandlungen zurückgreifen konnten.

### *Die Alma mater lipsiensis im Dreißigjährigen Krieg*

Die *Alma mater lipsiensis* erreichte es nicht nur, sich an den Treffen mit den Belagerern zu beteiligen, sondern auch, von ihnen Schutzbriefe für sich, ihre Mitglieder und Untergebenen zu erhalten, in denen ihre Privilegien, Rechte und Gerechtigkeiten bestätigt wurden. Dies war für sie als eigenständige Korporation existentiell notwendig. Auch versuchten weder die kaiserliche noch die schwedische Partei in die Organisation, in das Personal oder in die Lehrinhalte einzugreifen und Veränderungen vorzunehmen. Hierbei darf aber nicht unerwähnt bleiben, dass die Verfügungsgewalt der Kaiserlichen über die Stadt und somit auch über die Hohe Schule nur von kurzer Dauer war. Dagegen handelte es sich bei den Schweden, die wesentlich länger in der Stadt waren, um Glaubensgenossen, die wohl kein Interesse gehabt haben dürften, in den Ablauf einer lutherischen Universität einzugreifen, solange die Hohe Schule nicht gegen sie als Besatzer handeln würde. Im Gegenteil, sie traten sogar als Vermittler im Streit um die Kontributionszahlungen zwischen der Hochschule, dem Leipziger Magistrat und dem Bürgerausschuss der Stadt auf oder als Unterstützer bei der Eintreibung der Schulden für die Hohe Schule.

Die Beteiligung der Universität an den Kontributionszahlungen war immer ein Streitpunkt. Zwar erreichte sie immer eine *Salvia gurdia*, eine Befreiung von den Abgaben durch die Belagerer, musste sich letztlich aber dennoch an den Zahlungen beteiligen, teils aufgrund kurfürstlicher Anordnung, teils nach Bitten und Flehen seitens des Rates. Inwiefern eine rechtliche Vermischung der Besitzverhältnisse bei den Universitätsangehörigen (Eigentum, das unter städtischer Jurisdiktion stand, wurde natürlich kontributionsmäßig beanschlagt) hierbei eine Rolle spielte, kann nicht endgültig geklärt werden. Ambivalent ist daher der Erfolg der Durchsetzung ihrer Privilegien und Rechte bei den Kontributions- und Strafgeldzahlungen zu werten. Trotz allem gelang es der Universität Leipzig, sich in der Krisenzeit sowohl gegenüber den anderen Herrschaftsträgern der Stadt, als auch gegenüber den Belagerern zu behaupten.

# Projekte

**Hanna Sonkajärvi**

Vorbild Dänemark – Lehrmeister Preußen? Die Heeresreformen des Comte de Saint-Germain in Dänemark (1762-1766) und in Frankreich (1775-1777) im Vergleich<sup>1</sup>

Dieses Projekt widmet sich den Heeresreformen, die der Franzose Comte de Saint-Germain in Dänemark (1762-1766) und in Frankreich (1775-1777) durchzusetzen versuchte. Das Beispiel Saint-Germains bietet die Möglichkeit, innerhalb eines zeitlich stark begrenzten Rahmens vertieft die parallelen Entwicklungstendenzen und Unterschiede in der zentralen Armeeorganisation mehrerer frühmoderner Staaten zu untersuchen. Inwieweit rekurrierte Saint-Germain bei seinen französischen Reformen auf seine früheren Pläne und Erfahrungen in Dänemark? Und inwiefern waren diese dänischen Vorbilder durchdrungen von Ideen und Vorbildern, die aus Frankreich und Preußen nach Dänemark transportiert worden waren? Schließlich war die Spitze der dänischen Armee mit Militärs und Beamten aus dem Reich besetzt.<sup>2</sup> Damit stellt sich auch die Frage des Austausches von Personen und der Zirkulation von Wissen zwischen den europäischen Militäreliten.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Kleinprojekt gefördert durch die Gerda Henkel Stiftung.

<sup>2</sup> Vgl. Ole Feldbæk (Hrsg.), *Dansk identitetshistorie*, Bd. 1: *Fædreland og modersmål 1536-1789*, Kopenhagen 1991; Gunner Lind, *Elites of the Danish Composite State, 1460-1864. Zones of fracture, mixing, and the struggle for hegemony*, in: Almut Bues (Hrsg.), *Zones of Fracture in Modern Europe: the Baltic Countries, the Balkans, and Northern Italy*, Wiesbaden 2005, S. 111-136.

<sup>3</sup> Vgl. Eva Anklam, *Wissen nach Augenmaß. Militärische Beobachtung und Berichterstattung im Siebenjährigen Krieg*, Berlin 2007; Bernhard R. Kroener, *Wirtschaft und Rüstung der europäischen Großmächte im Siebenjährigen Krieg. Überlegungen zu einem vergleichenden Ansatz*, in: *Friedrich der Große und das Militärwesen seiner Zeit*, Herford u. a. 1987, S. 143-175; Daniel Hohrath, *Die „Bildung des Officiers“ im 18. Jahrhundert*, in: Ders. (Hrsg.), *Die Bildung des Offiziers in der Aufklärung. Ferdinand Friedrich von Nicolai (1730-1814) und seine Enzyklopädischen Sammlungen. Eine Ausstellung der Württembergischen*

Claude Louis, Comte de Saint-Germain (1707-1778), diente zunächst in kurpfälzischen, österreichischen, bayerischen und holländischen Truppen. Beim Ausbruch des Siebenjährigen Krieges wurde er 1756 zum französischen Feldmarschall ernannt, fiel jedoch beim Hof in Ungnade und schied daraufhin aus französischen Diensten aus. 1761 akzeptierte er den Posten des Feldmarschalls in dänischen Diensten und wurde ab 1762 von König Frederick V. mit der Neuorganisation der dänischen Armee beauftragt. Von 1762 bis 1766 und erneut 1767 führte er weitgreifende Reformen im dänischen Militär durch. Diese Reformbestrebungen trafen auf massiven Widerstand des Militärs, blieben jedoch teilweise auch nach der Absetzung Saint-Germains als Oberbefehlshaber des dänischen Heeres bestehen.<sup>4</sup> In Frankreich erhielt Saint-Germain die Unterstützung wichtiger Reformer wie Turgot und Malesherbes und wurde daraufhin von Ludwig XVI. am 25. Oktober 1775 zum Kriegsminister ernannt, verließ seinen Posten jedoch bereits im September 1777. Seine in Frankreich initiierten Reformen scheiterten zwar sehr schnell am Widerstand der Armee, wurden aber von seinen Nachfolgern nur zum Teil rückgängig gemacht und in Teilen weitergeführt.<sup>5</sup> Auf den ersten Blick ist z. B. auffällig, dass Saint-Germain in seinen Memoiren für Frankreich die gleiche Behördenorganisation vorschlägt, die unter seiner Leitung in Dänemark 1663 eingeführt wurde.<sup>6</sup> Eine der Maßnahmen, die besonde-

---

Landesbibliothek, Stuttgart 1990, S. 28-63; Daniel Hohrath, Klaus Gerteis (Hrsg.), *Die Kriegskunst im Lichte der Vernunft. Militär und Aufklärung im 18. Jahrhundert*, Hamburg 1999. Zur Zirkulation von Wissen auf der Ebene von einfachen Soldaten siehe Ralf Pröve, *Unterwegs auf Kosten der Kriegskasse. Formen des sozialen Kulturtransfers im Europa des 18. Jahrhunderts*, in: Thomas Fuchs, Sven Trakulhun (Hrsg.), *Das eine Europa und die Vielfalt der Kulturen. Kulturtransfer in Europa 1500-1850*, Berlin 2003, S. 339-351.

<sup>4</sup> Einen Überblick bietet Knud J. V. Jespersen, *Claude Louis, Comte de Saint-Germain: Professionel soldat, dansk militær reformator og fransk krigsminister*, in: *Scandia* 49 (1983), S. 87-102.

<sup>5</sup> Vgl. Claudia Opitz-Belakhal, *Militärreformen zwischen Bürokratisierung und Adelsreaktion. Das französische Kriegsministerium und seine Reformen im Offizierkorps von 1760 bis 1790*, Sigmaringen 1994, S. 168-175.

<sup>6</sup> Claude Louis comte de Saint-Germain, *Mémoires*, o. O. [Schweiz] 1779. Vgl. auch Claude Louis comte de Saint-Germain, *Correspondance particulière du comte de Saint-Germain [...] avec M. Paris du Verney, conseiller d'état*, 2 Bde, London 1789, S. 137-139. Vorgeschlagen wurde ein Conseil de guerre mit vier

ren Widerstand in Frankreich erregten, war die im März 1766 nach preußischem Vorbild eingeführte Strafmethode der Hiebe mit der flachen Seite des Schwertes.<sup>7</sup> Insgesamt nahm Preußen breiten Raum in seinem Reformwerk ein; so organisierte er die Versorgung von Regimentern in Dänemark nach preußischem Modell.<sup>8</sup> Auch in Frankreich griffen die Reformen weit in die Organisationsstruktur der einzelnen Regimenter hinein. Inwieweit diese Maßnahmen mehr als nur nominelle Ähnlichkeiten aufweisen, wird sich erst nach einer detaillierten Untersuchung der jeweiligen Projekte und deren Umsetzung in den Verordnungen klären lassen. Dabei soll Saint-Germain als historischer Akteur innerhalb eines größeren Wirkungszusammenhangs betrachtet werden. Denn er agierte sowohl in Dänemark als auch in Frankreich im Kontext historisch gewachsener behördlicher Strukturen und war jeweils abhängig von der Kooperation der führenden Eliten innerhalb der Ministerialbürokratien und der Armee.

Die dänischen und französischen Militärreformen unter Saint-Germain sind bisher nie systematisch verglichen worden. Während Saint-Germain in Dänemark als Initiator großangelegter Reformen gilt – reiht er sich in Frankreich in den Kontext mehrerer nacheinander folgender Kriegsminister ein, die alle auf ihre Weise versuchten, die französische Armee effizienter zu gestalten. Zu den französischen Reformen des 18. Jahrhunderts existieren vor allem Untersuchungen von Rafe Blaufarb<sup>9</sup> und Claudia Opitz-Belakhal.<sup>10</sup> Während sich die Arbeit von Blaufarb vor allem auf die Frage der Einbindung des Adels ins Militär beschränkt, analysiert Opitz-Belakhal den Inhalt von Saint-Germains Maßnahmen im Kontext der französischen Militärreformen. Beide Arbeiten ziehen jedoch

---

Departements, deren Zuständigkeiten derjenigen der vier dänischen Departements glichen.

<sup>7</sup> Rafe Blaufarb, *The French Army, 1750-1820. Careers, Talent, Merit*, Manchester u. a. 2002, bes. S. 32 f.

<sup>8</sup> K. C. Rockstroh, *Udviklingen af den nationale Hær i Danmark i det 17. og 18. aarhundrede*, Bd. 3, Kopenhagen 1926, S. 206.

<sup>9</sup> Blaufarb, *The French Army* (Anm. 7), bes. S. 24-37 zu den Reformen unter Saint-Germain und seinem Nachfolger Guibert.

<sup>10</sup> Opitz-Belakhal, *Militärreformen* (Anm. 5), S. 147-184. Vgl. R. Villatte, *Le mouvement des idées militaires en France au XVIIIe siècle*, in: *Revue d'histoire moderne* 10 (1936), S. 226-260.

keinerlei Bezüge zum dänischen Wirken Saint-Germains, obwohl Opitz-Belakhal – in Anlehnung an zeitgenössische Beobachter – feststellt, dass *seine Reformen auf wohlüberlegtem System beruhten*.<sup>11</sup> Zur Person Saint-Germains gibt es auch eine weitgehend veraltete Untersuchung von Léon Mention,<sup>12</sup> die hauptsächlich – und zuweilen wortwörtlich – auf die Memoiren Saint-Germains<sup>13</sup> und den kritischen Veröffentlichungen und Memoiren seiner Gegner und Zeitgenossen rekurriert.<sup>14</sup>

Auch in der dänischen Historiographie kommen die Reformen Saint-Germains nur am Rande vor.<sup>15</sup> Die wenigen überblicksartigen Beiträge von K. C. Rockstroh, Lars B. Struwe und John Dansrup gehen nur am Rande auf den Inhalt der Reformpolitik ein und beschäftigen sich vorrangig mit dem institutionellen Kontext und den Beziehungsnetzwerken innerhalb der Armeeverwaltung.<sup>16</sup> Um den Bezug auf die preußische Armee und deren Vorbildfunktion

---

<sup>11</sup> Opitz-Belakhal, Militärreformen (Anm. 5), S. 148.

<sup>12</sup> Léon Mention, *Le Comte de Saint-Germain et ses réformes, 1775-1777, d'après les archives du Dépôt de la guerre* (thèse présentée à la Faculté des lettres de Paris), Paris 1884.

<sup>13</sup> Saint-Germain, *Mémoires* (Anm. 6).

<sup>14</sup> U. a. Pierre Victor baron de Besenval, *Mémoire écrits par lui-même [...] contenant beaucoup de Particularités et d'Anecdotes sur la Cour, sur les Ministres et les Règnes de Louis XV et Louis XVI, et sur les Evénemens du temps. Précédés d'une Notice sur la Vie de l'Auteur*, hrsg. v. A. J. P. de Ségur, 3 Bde, Paris 1805; Charles de Hesse, *Mémoires de mon temps*, Copenhague 1861; Jacques-Antoine-Hippolyte comte de Guibert, *Écrits militaires, 1772-1790*, hrsg. v. Ménard, Paris 1977; Félix-Louis baron de Wimpfen, *Commentaires des mémoires de M. le comte de Saint-Germain*, London 1780; Breve fra Grev St. Germain til Grev Herm. Vald. Schmettow, hrsg. v. C. A. Trier, in: *Danske Magazin* 4 (1925), S. 1-75.

<sup>15</sup> Tine Damsholt, *Fædrelandskærlighed og borgerånd. Patriotisk diskurs og militære reformer i Danmark i sidste del af 1700-tallet*, Kopenhagen 2000, S. 197-201; Gunner Lind, *Den dansk-norske hær i det 18. århundrede. Optimering, modernisering og professionalisering*, in: *Historisk Tidsskrift* 86 (1986), S. 26-72. Zu den Einflussmöglichkeiten des Offizierkorps siehe Gunner Lind, *Military and Absolutism. The Army Officers of Denmark-Norway as a Social Group and Political Factor, 1610-1848*, in: *Scandinavian Journal of History* 12 (1988), S. 221-242.

<sup>16</sup> Rockstroh, *Udviklingen*, S. 195-262; Lars B. Struwe, *Claude Louis de Saint Germain's rolle ved overgangen til en national værnepligtig hær*, in: *Militært tidsskrift* 132 (2003), S. 425-448; John Dansrup, *Kampen om den danske Hær 1740-66*, in: *Historisk Tidsskrift* 11 (1947), S. 1-60.

herzustellen, kann vor allem auf die klassischen Arbeiten von Max Jähns, Curt Jany und Gerhard Papke zurückgegriffen werden.<sup>17</sup>

Ziel des Vergleichs von Saint-Germains Politik in Dänemark und Frankreich ist es, nach den Kontinuitäten und Diskontinuitäten in seiner Politik zu fragen. Welche Rolle spielten französische und preußische Ideen für die dänische Heeresreform? Und hat Saint-Germain aus Dänemark gelernt? Modifizierte er seine Politik in Frankreich nach den in Dänemark gemachten Erfahrungen oder lassen sich identische Elemente feststellen? Verglichen werden sollen einerseits seine Konzepte und Memoranden für die jeweiligen Heeresreformen und andererseits die Umsetzung dieser Ideen in Ordonnanzen, Reglements, Deklarationen und Arrêts.<sup>18</sup> Zugleich wird anhand der Forschungsliteratur untersucht, inwieweit preußische Einflüsse festzustellen sind.

---

<sup>17</sup> Max Jähns, *Geschichte der Kriegswissenschaften, vornehmlich in Deutschland*, Bd. 3: Das XVIII. Jahrhundert seit dem Auftreten Friedrichs des Großen, 1740-1780, München u. a. 1891; Curt Jany, *Geschichte der Königlich Preussischen Armee bis zum Jahre 1807*, 3 Bde, 2., ergänzte Auflage, hrsg. v. Eberhard Jany, Osnabrück 1967; Gerhard Papke, *Von der Miliz zum stehenden Heer. Wehrwesen im Absolutismus*, München 1979, S. 1-311. Siehe auch Wolfgang Neugebauer, *Staatsverfassung und Heeresverfassung in Preußen während des 18. Jahrhunderts*, in: *Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte*, N.F. 13 (2003), S. 83-102; Gerhard Oestreich, *Zur Heeresverfassung der deutschen Territorien von 1500 bis 1800*, in: ders. (Hrsg.), *Geist und Gestalt des Frühmodernen Staates. Ausgewählte Aufsätze*, Berlin 1969, S. 290-310; ders., *Soldatenbild, Heeresreform und Heeresgestaltung im Zeitalter des Absolutismus*, in: *Schicksalsfragen der Gegenwart*, hrsg. v. Bundesministerium für Verteidigung, Bd. 1, Tübingen 1957, S. 295-321; Helmut Schnitter, *Thomas Schmidt, Absolutismus und Heer. Zur Entwicklung des Militärwesens im Spätfeudalismus*, Berlin (Ost) 1987.

<sup>18</sup> Vgl. Marc Bloch, *Pour une histoire comparée des sociétés européennes*, in: *Revue de Synthèse Historique* 46 (1928), S. 15-50; Heinz-Gerhard Haupt, Jürgen Kocka, *Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung*, in: Dies. (Hrsg.), *Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung*, Frankfurt a. M. 1996, S. 9-46; Matthias Middell, *Kulturtransfer und Historische Komparatistik – Thesen zu ihrem Verhältnis*, in: *Comparativ* 1 (2000), S. 7-41; Johannes Paulmann, *Internationaler Vergleich und interkulturelles Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts*, in: *Historische Zeitschrift* 267 (1998), S. 649-685.

Es stellt sich zunächst die Frage nach der *Policy*<sup>19</sup> – das heißt nach der politischen Agenda – dieser Reformvorhaben. Diese soll anhand der Memoranden und Korrespondenzen untersucht werden, die im dänischen Nationalarchiv, Bestand *Krigskancelliet 1679-1763*, zu finden sind. Dazu zählen vor allem durch Saint-Germain in der Vorbereitungsphase der Reformen selbst verfasste Pläne und Konzepte sowie Vorschläge und Konzepte seiner engsten Mitarbeiter. In Bezug auf Frankreich sollen Memoranden, Korrespondenzen und Verwaltungsarchive des *Service Historique de l'Armée de Terre* (SHAT) in Vincennes konsultiert werden. Ergänzend werden die posthum erschienenen Memoiren von Saint-Germain sowie Schriften seiner Mitstreiter und Gegner hinzugezogen.

Auf der Ebene der *Politics*, der Durchsetzung der *Policy*, beschränkt sich diese Studie auf die Analyse der normativen Vorgaben, die in Form von Gesetzen und Verordnungen erlassen wurden.<sup>20</sup> Dabei sollen dänische und französische Erlasse, die unter der Leitung Saint-Germains entstanden sind, miteinander verglichen werden.

Am Ende des Projekts sollte sich am Beispiel der Reformen Saint-Germains klären lassen, inwieweit es am Ende des 18. Jahrhunderts einen internationalen Reformdiskurs bezüglich des Militärs gab

---

<sup>19</sup> Politik, in den Dimensionen Polity, Policy und Politics, kann als ein System interdependenten Faktoren verstanden werden. Die politikwissenschaftliche Policy-Analyse ist bestrebt herauszufinden, *what governments do, why they do it, and what difference it makes*. Thomas R., *Policy Analysis. What Governements Do, Why They Do It. And What Difference It Makes*, Alabama 1976, S. 1. *Politik [ist] die Verwirklichung von Politik – Policy – mit Hilfe von Politik- Politics – auf der Grundlage von Politik – Polity –*, Karl Rohe, *Politik. Begriffe und Wirklichkeiten*, Stuttgart u. a. 1994, S. 67. Die praxisorientierte Trennung von Polity, Policy und Politics dient hier lediglich der Fokussierung der Fragestellung. Die Untersuchung strebt keine nach politikwissenschaftlichen Methoden durchgeführte Policy-Analyse an.

<sup>20</sup> Auf eine Untersuchung von Normendurchsetzung auf der lokalen Ebene wird verzichtet, da das Erkenntnisinteresse der Ideen und Zirkulation des Wissens in den Armeespitzen gilt. Die Konzentration auf Policy and Politics impliziert dabei jedoch nicht, dass die Ebene der Polity, des politischen Handlungsrahmens von Verfassung, Gesetzen und politischer Kultur, gänzlich vernachlässigt wird. Bereits rein strukturell bestand ein großer Unterschied zwischen der dänischen Armee, die zwar auf Söldner aus dem Reich zurückgriff, sich aber vor allem auf Milizen stützte, und dem stehenden Heer Frankreichs, das eine reine Söldnerarmee darstellte.

*Hanna Sonkajärvi*

und inwieweit Reformen von Einzelnen angestoßen werden konnten.

## Thomas Kossert

### Zwischen Schweden, Mainz und Sachsen. Erfurt als kulturelles Zentrum im Dreißigjährigen Krieg (Dissertationsprojekt)\*

*Non capitur, capitur quae Erphordia, libera sed fit.  
Non fuit ante, puta, libera, capta fuit.  
[Nicht erobert wird Erfurt, das erobert wird, sondern es wird frei.  
Vorher, bedenke, war es nicht frei: Es war erobert.]  
(Paul Fleming, 1631)*

Mit diesen Worten kommentierte der gekrönte Dichter Paul Fleming (1609-1640), der in diesem Jahr 400 Jahre alt geworden wäre, den Einzug des schwedischen Königs Gustav II. Adolf in Erfurt kurze Zeit nach der siegreichen Schlacht bei Breitenfeld im September 1631. Für den Lutheraner Fleming war dies keine Eroberung, sondern vielmehr eine rettende Erlösung. Nach Jahren der Gefangenschaft unter kurmainzischer Herrschaft sei die Stadt nun endlich wieder frei gewesen. Flemings Worte stehen stellvertretend für die Aufbruchstimmung und die Hoffnung unter den deutschen Protestanten in jenen Jahren, die auch in Erfurt geherrscht haben muss, als die Stadt mitten im Krieg eine, wenn auch kurze, kulturelle Blütezeit erlebte. Im Rahmen der Dissertation soll untersucht werden, wie das kulturelle Leben Erfurts in jenem Krieg ausgesehen hat und wie sich die dreißig Kriegsjahre auf die dortige kulturelle Entwicklung ausgewirkt haben. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Zeit der schwedischen Besatzungsherrschaft, die in Erfurt – mit einer Unterbrechung – von 1631 bis 1650 dauerte.

Zwar nahm und nimmt sich eine unüberschaubare Menge historischer Untersuchungen bis heute der *Schwedenzeit* in Deutschland an, so dass wir mittlerweile ein recht detailliertes Bild dieser Phase

---

\* Dissertationsprojekt im Rahmen des vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur geförderten Projektes „Handbuch Kulturelle Zentren der Frühen Neuzeit“ am Interdisziplinären Institut für Kulturgeschichte der Frühen Neuzeit in Osnabrück. Ich bin dankbar für Anregungen und Kommentare an <thomas.kossert[at]uni-osnabrueck.de>.

des Dreißigjährigen Krieges haben. Das Hauptaugenmerk der meisten Studien liegt dabei jedoch auf den militärischen Operationen und diplomatischen Schachzügen der Schweden und ihrer Nebenarmeen, was nicht zuletzt der Person ihres charismatischen Führers König Gustav II. Adolf geschuldet ist. Auch Erfurt findet in diesem Zusammenhang immer wieder Erwähnung. Neben Frankfurt am Main und Mainz war die Stadt an der Gera einer der schwedischen Hauptstützpunkte im Reich. Bereits bei seinem ersten Aufenthalt in Erfurt gab der schwedische König den Befehl zum Ausbau der städtischen Verteidigungswerke. Zahlreiche weitere Belege, dass die Stadt *basis et fundamentum* des schwedischen Vormarsches im mitteldeutschen und fränkischen Raum werden und zum *propugnaculum Thuringiae* ausgebaut werden sollte, sind in den Quellen zu finden.

Abgesehen von dieser strategischen Bedeutung hatte die Einnahme Erfurts aber vor allem einen symbolischen Charakter: Nach dem Kaiser und dem erwählten römischen König war der Mainzer Erzbischof und Kurfürst in seiner Funktion als Reichserzkanzler der drittmächtigste Mann im Reich. Die Einnahme der Wahl- und Krönungsstadt Frankfurt und die Besetzung des Mainzer Territoriums untermauerten daher die Machtansprüche des vorher noch als *Schneekönig* verspotteten Gustav Adolf. Folgerichtig wurde Frankfurt auch zur schwedischen Hauptstadt im Reich.

Daneben sollte Erfurt zu einem kulturellen Zentrum für das protestantische Deutschland ausgebaut werden. Neben der strategischen Bedeutung wollte Gustav Adolf auch an andere Zentralitätsfunktionen der Stadt anknüpfen und sie konfessionell eng an das schwedische System anbinden. Beim Rat der Stadt, der sich schon seit jeher um den Status einer freien Reichsstadt bemüht hatte, rannte er damit offene Türen ein. Mit dem schwedischen König stand die Reichsunmittelbarkeit nun auf einmal zum Greifen nahe, und man hoffte auf die Unabhängigkeit und die Loslösung vom ungeliebten katholischen Landesherrn in Mainz. Ausdruck dieses neuen Selbstvertrauens ist vor allem die Reform der Universität Erfurt, die im ersten Teil der Arbeit untersucht werden soll.

Der protestantische Rat der Stadt führte – gemeinsam mit dem schwedischen Residenten Alexander von Erskine und finanziert

durch konfisziertes Mainzer Eigentum – eine bis dato beispielelose Universitätsreform im Sinne der *allein selig machenden evangelischen Religion* durch. Vor allem die evangelisch-lutherische theologische Fakultät sollte durch ihren Ausbau bald ein Aushängeschild der Reformuniversität werden. Die Zahl der immatrikulierten Hochschüler stieg in den ersten Jahren der schwedischen Herrschaft trotz des tobenden Krieges auf mehr als das Vierfache an, was die neu gewonnene Attraktivität der Universität eindrücklich demonstriert. Die Zunahme der Immatrikulationen ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass die neu berufenen Professoren – allen voran Johann Matthäus Meyfart – nur zweite Wahl gewesen waren und man eigentlich andere, prominentere Namen wie Johann Himmel oder Andreas Keller holen wollte. Trotzdem strömten die Studenten in den Jahren 1633/34 nach Erfurt, denn die verstärkte Befestigung der Stadt versprach Sicherheit und Schutz. Daneben versuchte der Rat der Stadt durch die Errichtung einer ‚*Communität zu Tisch*‘ den Studenten das Studium buchstäblich schmackhafter zu machen. Weitere soziale Maßnahmen in Form von Studentenwohnheimen und Stipendien folgten. Als letzter Faktor, der anziehend auf die Studenten wirkte, ist der fehlende Pennalismus in Erfurt zu nennen. Dieser teure und erniedrigende Dienst jüngerer Studenten für ihre älteren Kommilitonen war besonders an protestantischen Universitäten verbreitet und kostete neben Geld auch Studienzzeit. Da diese beiden Ressourcen in Kriegszeiten noch knapper ausfielen, wechselten die Studenten gerne an die Gera, wo die Unsitte des Pennalwesens aufgrund der katholischen Vergangenheit der Universität nicht existierte.

Dazu muss in der Stadt eine ungeheure Aufbruchsstimmung geherrscht haben, die offenbar ansteckend wirkte und die Fleming in die eingangs zitierten Verse gefasst hat. Dies mag nicht zuletzt daran gelegen haben, dass in Erfurt auf Grund der günstigen geostrategischen Lage auch zahlreiche Fürsten und Feldherren zu Gesprächen zusammenkamen. Mit Wilhelm IV. von Sachsen-Weimar, Ernst von Sachsen-Gotha, Ludwig von Anhalt-Köthen oder auch dem schwedischen Reichskanzler Axel Oxenstierna hielten sich dabei aber nicht nur hochrangige Militärs, sondern auch führende Köpfe der *Fruchtbringenden Gesellschaft* oft in Erfurt auf.

Nach Auswertung erster Quellen widmeten sie sich dabei nicht nur militärischen und politisch-diplomatischen Aufgaben, sondern diskutierten auch über die kulturellen Ziele der Sprachgesellschaft. Diese Rolle Erfurts als ein Ort des kulturellen Austausches und des Kulturtransfers ist – nicht nur in dieser Frage – bislang von der Forschung kaum ausreichend in den Blick genommen worden und soll in einem zweiten Teil der Arbeit untersucht werden.

Der dritte und letzte Teil wird sich der Bedeutung Erfurts als Presse- und Druckort widmen. Spätestens seit der Einnahme Frankfurts im Winter 1631 und der Wiedereinrichtung des wichtigen, über Erfurt führenden Postkurses zwischen der Mainmetropole und Leipzig wurde die Stadt an der Gera zu einem Schrittmacher der schwedischen Propagandapolitik. Auch die Buch- und Druckproduktion erlebte in den letzten zwei Jahrzehnten des Krieges einen merklichen Anstieg und behielt bis zum Ende der schwedischen Besetzung eine große Bedeutung. Zwar hatte der Rat der Stadt auf Drängen Kursachsens 1635 dem Prager Frieden beitreten müssen, doch bereits ein Jahr später wendete sich das Blatt wiederum zugunsten der Schweden, die nach der Schlacht bei Wittstock erneut vor den Toren der Stadt standen. Diese musste nun gegen ihren Willen eine schwedische Besatzung aufnehmen, die bis zum Jahr 1650 blieb. Da Erfurt damit offiziell wieder von Mainz regiert, aber von Schweden besetzt gehalten wurde und von Kursachsen im Zuge des Prager Friedens eine erneuerte Schutzzusage erhalten hatte, war die Stadt im Grunde genommen für alle Kriegsparteien unantastbar geworden. Dieses Machtvakuum und die ungeklärten Zuständigkeiten machten sich vor allem Autoren kritischer Texte zunutze, die nun nicht trotz, sondern gerade wegen der verworrenen Verhältnisse nach Erfurt kamen. Wo sonst hätte in dieser Zeit eine derart heftige Kritik an den Fürsten und ihren Beamten, wie sie beispielsweise Meyfart in seiner 1636 erschienenen *Christlichen Erinnerung von der auß den Evangelischen Hohen Schulen [...] entwichenen Ordnungen* formuliert, gedruckt werden können?

Das Dissertationsprojekt knüpft an die Untersuchungen anderer Städte in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges an und erweitert diese um eine kulturelle Perspektive. Neben den Quellen der Erfurter

*Zwischen Schweden, Mainz und Sachsen*

Archive werden dabei vor allem die Aktenbestände der Staatsarchive in Gotha, Weimar, Dresden und Stade sowie des Landeshauptarchivs Wernigerode und des Reichsarchivs in Stockholm ausgewertet.

## Karsten Süß

„mit bestande nicht geurtheilet werden mag...“<sup>1</sup>  
Berliner Strafjustiz bei Deserteurshelfern

Die Landesherren des 18. Jahrhunderts waren zur Übermittlung ihres Willens von der höfischen Zentrale an die ländliche Peripherie auf eine Vielzahl von Helfern angewiesen. Auf diese Weise wurden Dorfpfarrer, die Edikte verlasen, oder Richter, die Gesetze anwendeten, zu Vermittlern von Herrschaft. Seitens der Obrigkeit beanspruchte hierarchische Machtverhältnisse blieben so an Kommunikationsstrukturen gebunden, wurden aber von den Beteiligten als Verständigungsrahmen durchaus akzeptiert.<sup>2</sup>

Das Projekt untersucht die Funktion und Reichweite königlicher Strafjustiz für die Vermittlung von Herrschaft in Brandenburg-Preußen im 18. Jahrhundert. Es bewegt sich dabei an einer von der historischen Praxis geschaffenen außergewöhnlichen Schnittstelle. Das Inventar der „Ersatzüberlieferung des Brandenburg-Preußischen Heeresarchivs 1713-1806“ verzeichnet 67 Archivakten des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz mit weit über 200 Fällen der Desertionsteilnahme für die Kurmark. Mit ihnen beschäftigte sich das Kriminalkollegium in letzter Instanz vor der königlichen Bestätigung. Es war zuständig für die bürgerlichen Strafsachen und wurde später zum Kriminalsenat des Berliner Kammergerichts. Die Überlieferung der Desertionsteilnahmefälle setzt 1727 ein und reicht bis 1806. Das Kriminalkollegium hatte zu jedem dieser Fälle eine sogenannte Relation anzufertigen. Überliefert sind hauptsächlich die archivierten Kopien dieser Rechtsgutachten, die Konzepte der anschließend erlassenen königlichen Reskripte sowie die Anschreiben der mit den Untersuchungsver-

---

<sup>1</sup> GStA PK, I. HA Geheimer Rat, Rep. 63 - Neuere Kriegssachen, Nr. 2232, S. 6 r; Das Folgende behandelt der Autor im Rahmen seiner Magisterarbeit an der Universität Potsdam bei Herrn Prof. Dr. Ralf Pröve am Lehrstuhl für Militärgeschichte/Kulturgeschichte der Gewalt.

<sup>2</sup> Vgl. Markus Meumann, Ralf Pröve, Faszination des Staates und die historische Praxis. Zur Beschreibung von Herrschaftsbeziehungen jenseits teleologischer und dualistischer Begriffsbildungen, in: dies. (Hrsg.), Herrschaft in der Frühen Neuzeit, Münster 2004, S. 11-49, hier S. 46.

fahren beschäftigten Regimentsauditeure, Stadtgerichte und Obergerichte.

Zentralisierungsbestrebungen im Allgemeinen und der Ausbau des Bestätigungsrechts im Besonderen trugen zur Einrichtung dieses Kriminalkollegiums bei. Seine Existenz aber begründete ein landesväterliches Pflichtgefühl, aus Sorge um das Wohl der Untertanen, *in Sachen, die ihr Leib und Leben, Ehre, Gut und Blut* betrafen, geregelte Verfahrensweisen zu gewährleisten.<sup>3</sup> Die Kriminalräte wurden auf dem Wege des Bestätigungsrechts gleichsam zu Agenten königlicher Strafjustizpflege und vermittelten dabei den herrschaftlichen Anspruch, für gute Justiz zu sorgen. Untersucht werden sollen die Möglichkeiten und Grenzen des Kriminalkollegiums, dies in die Tat umzusetzen, sowie die Folgen, die daraus entstehen konnten. Denn neben diesem engagierte sich eine Vielzahl Beteiligter unter dem maßgeblichen Ziel der Sanktionierung (norm)abweichenden Verhaltens. Zwischen den Hauptrollen von Urteilsgeber und -empfänger nahmen untersuchende Auditeure Verhörprotokolle auf, machten Zeugen ihre Aussagen, wurden Sachverständigengutachten eingebracht, Aktenexzerpte angefertigt, Defensionsschriften verfasst, Stellungnahmen gegeben und vieles mehr. Diese Vorgänge können als *ein durch Verfahren geregelter kommunikativer Prozess in institutionellem Rahmen* beschrieben werden.<sup>4</sup>

Niklas Luhmann definiert allgemein ein Verfahren als einen Komplexität reduzierenden, zeitlich begrenzten Handlungszusammenhang mit dem Ziel, eine einmalige, verbindliche Entscheidung zu erarbeiten.<sup>5</sup> Seine Untersuchungen dienten der Kriminalitäts- und Rechtsgeschichte in der Vergangenheit dazu, komplexe Abläufe

---

<sup>3</sup> Corpus Constitutionum Marchicarum, Oder Königl. Preußis. und Churfürstl. Brandenburgische in der Chur- und Marck Brandenburg, auch incorporirten Landen publicirte und ergangene Ordnungen, Edicta, Mandata, Rescripta [et]c. : Von Zeiten Friedrichs I. Churfürstens zu Brandenburg, [et]c. biß ietzo unter der Regierung Friderich Wilhelms, Königs in Preußen [et]c. ad annum 1736. inclusivè / ... colligiret und ans Licht gegeben von Christian Otto Mylius. - Berlin und Halle, Zu finden im Buchladen des Waysenhauses, [1737]-1755, II. Teil, 3. Abt., Sp. 109 (Reskript vom 2. März 1717); Vgl. Jürgen Regge, Kabinettsjustiz in Brandenburg-Preußen, Berlin 1977, S. 139 ff.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Karl Härter, *Policey und Strafjustiz in Kurmainz*, 2 Halbbde, Frankfurt a. M. 2005, S. 416.

<sup>5</sup> Niklas Luhmann, *Legitimation durch Verfahren*, <sup>3</sup>Frankfurt a. M., S. 40 f.

wie Strafgerichtsverfahren zu beschreiben. Karl Härter arbeitete für Kurmainz im 17. und 18. Jahrhundert auf dieser Grundlage mehrere Entscheidungsebenen und -faktoren heraus.<sup>6</sup> Hierbei wurden die Einflussnahmen und Gestaltungspotentiale der Beteiligten bei der Anwendung obrigkeitlicher Normen (Etikettierung von Devianz) ebenso wie die außerrechtlichen Kriterien der Entscheidungsfindung erkennbar.<sup>7</sup>

Als Desiderat erwies sich dabei die Praxis der Verteidigung im Inquisitionsprozess.<sup>8</sup> Sie wurde bisher nur auf normativer Ebene untersucht.<sup>9</sup> In erster Linie waren dafür der *Defensor* und *Inquirent* zuständig. Im Inquisitionsprozess des 18. Jahrhunderts kam letzterem als *dreyfache Person* die Funktionen des Richters, Anklägers und Verteidigers gleichermaßen zu.<sup>10</sup> Forschungspraktisch werden unter Verteidigung zunächst alle Maßnahmen verstanden, die dem Strafanspruch des ‚Staates‘ entgegenwirken.<sup>11</sup>

Defensionsschriften der Desertionsteilnahmeprozesse sind nicht überliefert. Hingegen spielte das Einräumen einiger Verteidigung bei der Anfertigung der Kriminalrelationen eine Platz einnehmende Rolle. Der standardisierte Aufbau einer Relation sah unmissverständlich eine inhaltliche Zweiteilung vor. In Form von Rede und Gegenrede wurden Argumentationsketten auf die Anwendung oder Abwendung einer bestimmten Strafe hin formuliert. Ihre Reihenfolge bestimmte die vorab gefasste Entscheidung des Referenten. Sprach er sich beispielsweise für den Reinigungseid aus, formulierte er erst eine Verteidigung und argumentierte dann im zweiten Teil für dessen Anwendung. Sah er eine Milderung vor, kehrte sich die Reihenfolge um. Alle Relationen des Kriminalkollegiums in Fällen der Desertionsteilnahme folgten diesem Schema.

---

<sup>6</sup> Härter, *Policey* (Anm. 4), S. 469 ff.

<sup>7</sup> Ebd., S. 1154 ff.

<sup>8</sup> Ebd., S. 480.

<sup>9</sup> Klaus Armbrüster, *Die Entwicklung der Verteidigung in Strafsachen*, Berlin 1980; Johann Friedrich Henschel, *Die Strafverteidigung im Inquisitionsprozeß des 18. und im Anklageprozeß des 19. Jahrhunderts*, Freiburg 1972; Julius Vargha, *Die Vertheidigung in Strafsachen*, Wien 1879.

<sup>10</sup> Anselm von Feuerbach, *Lehrbuch des gemeinen in Deutschland gültigen peinlichen Rechts*, 10. Aufl., Gießen 1828, § 623.

<sup>11</sup> Armbrüster, *Entwicklung* (Anm. 9), S. 20.

Im Rahmen der Verteidigung wurden abgesehen von strafmildern- den Auslegungen der Tatumstände vielfach Kritiken an dem je- weiligen Strafverfahren vorgebracht und als ‚Fehlerquellen‘ von entscheidendem Einfluss auf das Strafmaß einbezogen. Deren Be- rücksichtigung entsprach der kontrollierenden Funktion des Kolle- giums, das die zur Bestätigung eingesandten Strafjustizsachen zu begutachten hatte. Die ausgemachten ‚Fehlerquellen‘ zeigen ex ne- gativo eine kommunikative Praxis jenseits ‚normierter‘ Verfahrens- abläufe, die an Strukturen und Gesetzmäßigkeiten frühneuzeit- licher Vermittlung von Herrschaft gebunden blieben.<sup>12</sup>

Grundsätzlich lassen sich drei Bereiche herausstellen, die der Kritik unterlagen. Erstens stellten sich hier und da Fragen hinsichtlich der Intentionen und Rollen der Prozessbeteiligten. Auf diese Weise kommen vor allem Formen der Justizinstrumentalisierung in den Blick.<sup>13</sup> Regimentsinhaber versuchten auf dem Wege der Supplika- tion wegen Nachlässigkeit bei Deserteurswache ihre eigenen Unter- tanen zu disziplinieren. Einzelne Denunzianten machten sich die Offizialmaxime zu nutzen, um Gegner persönlicher Konflikte in Notlagen zu bringen. Eingebraachte Deserteure verteidigten sich mit dem Argument, zur Desertion verleitet worden zu sein.

Zweitens stellten die Referenten verschiedene Formen von Verfah- rensfehlern anlässlich der Urteilsfindung in Rechnung. Dazu ge- hörten verloren gegangene Verhörprotokolle, Verhörfragen, die nicht gestellt wurden, oder Defensionsmöglichkeiten, die nicht ein- geräumt wurden. Drittens gab es Nachfragen des Kriminalkolle- giums zu einzelnen Sachverhalten bestimmter Tatumstände. Hie- raus ergaben sich befohlene Untersuchungen vor Ort. Pfarrer wurden von Amtsmännern befragt, ob sie die Desertionsedikte ver- lesen hätten. Einzelne Fiskale oder Magistrate wurden beauftragt, widersprüchlichen Sachlagen auf den Grund zu gehen. Sachver- ständige Offiziere hatten Deserteurswachen zu inspizieren.

---

<sup>12</sup> Vgl. Stefan Brakensiek, Herrschaftsvermittlung im alten Europa. Praktiken lokaler Justiz, Politik und Verwaltung im internationalen Vergleich, in: ders., Hei- de Wunder (Hrsg.), *Ergebene Diener ihrer Herren?*, Köln u. a. 2005, S. 1-21, hier S. 11; Vgl. Meumann, *Pröve, Faszination* (Anm. 2), S. 46 f.

<sup>13</sup> Martin Dinges, *Justiznutzungen als soziale Kontrolle in der Frühen Neuzeit*, in: Andreas Blauert, Gerd Schwerhoff (Hrsg.), *Kriminalitätsgeschichte*, Konstanz 2000, S. 503-544.

Die aus der räumlichen Distanz heraus entscheidenden Kriminalräte mussten sich dabei zunächst mit den angefertigten Untersuchungsprotokollen und Gutachten begnügen, um sich ein Bild zu verschaffen. Die lokalen Amtsträger hatten auf ihre Weise explizit oder implizit Einfluss auf die Informationserhebung genommen. Zu Protokoll gegebene Situationen stellten sich nach den Überprüfungen der Kriminalräte des Öfteren in einem vollkommen anderen Zusammenhang dar. Die Referenten zogen daraus Konsequenzen und *absolvierten* die Angeklagten oder bestraften andere Prozessbeteiligte. Ihnen wurde immer wieder vor Augen geführt, wie behutsam sie die Informationen für die Feststellung materieller Wahrheit zu interpretieren hatten. Denn kommunale Autoritäten und Amtsträger nutzten die Strafjustiz, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Dem gegenüber standen die begrenzten Möglichkeiten der Kriminalräte, die ‚wirklichen‘ Sachverhalte zu ermitteln. Sie reichten von einfachen Punkten der Verfahrenskritik bis hin zu Kontrollanfragen, Inspektionen oder der Beauftragung einzelner Juristen mit der Verfahrensführung vor Ort.

Gezeigt werden soll, wie die Überwachungspraxis der Strafjustiz in zweifacher Weise zu einem Prozess der Herrschaftsverdichtung beitrug. Die Kriminalräte prüften gemäß ihrer Aufgabe die Arbeit der unteren Behörden und bewirkten so eine Verfahrensregulierung, um Fehler und Missbräuche zu vermeiden. Das Kriminalkollegium griff zudem bei seinen Nachforschungen von der Zentrale auf die Peripherie aus und delegierte dabei ad hoc lokale Untersuchungen. Hier gilt es herauszufinden, welche Kommunikationskanäle dafür genutzt wurden. Es wird vermutet, dass die zentrale Justizbehörde in der Regel lokale Strukturen nutzte und in Angelegenheiten der Desertionsteilnahme nur in Ausnahmefällen auf die Delegation eines Fachmannes zurückgriff. Zugleich sollen Grenzen behördlichen Einflusses auf lokale und regionale Justizträger und Autoritäten in den Blick genommen werden. Die Zahl der überlieferten Fälle ist für das gesamte 18. Jahrhundert gering, und es zeigen sich des Öfteren Formen der Justiznutzung. Sind weitere Fälle nicht aufbewahrt worden oder hatte die Bereitschaft der Gerichte Akten einzusenden hier ihre offensichtlichen Grenzen? Verfolgten die Beteiligten die Deserteurshelfer oder eher ihre

eigenen Interessen? Denn es gibt Beispiele für Obristen, die sich erhofften, durch die Denunziation der Helfer, die Unkosten für einen Desertierten wieder herausholen zu können. Es scheinen sich außerdem lokale Schwerpunkte der Verfolgung von Deserteurshelfern abzuzeichnen. Der Magistrat in Frankfurt an der Oder schickte beispielsweise häufiger Akten ein. Lag das an dem vielen Militär vor Ort, existierte hier eine besser ausgebildete Strafjustiz als anderswo, oder gab es eine besonders starke Bereitschaft mit der Zentrale zusammenzuarbeiten?

Das ausgemachte Ziel der Untersuchung ist, Einflussmöglichkeiten und Reichweite der obersten Strafjustizbehörde anhand des Deliktes Desertionsteilnahme auszuloten, um so die Möglichkeiten und Grenzen behördlich vermittelter Herrschaft des brandenburg-preußischen Territorialstaates im 18. Jahrhundert aufzuzeigen.

## Mario Kaun

### Die Einwohner der Exklave Cottbus und deren Beziehung zum Militär in der Zeit von 1740 bis 1806 (Dissertationsprojekt)<sup>1</sup>

Dem Titel nach zu urteilen, könnte der Leser schnell zu dem Rückschluss kommen, dass erneut eine Arbeit entstehen soll, die eine schon häufig und genügend erforschte Thematik aufgreift. So ergaben bisher vorliegende Arbeiten doch ziemlich einheitliche Befunde, was die Beziehung zwischen Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit angeht.<sup>2</sup> Im Rahmen meiner vor kurzem abgeschlossenen Masterarbeit konnte ich für die brandenburg-preussische Exklave Cottbus jedoch Sonderentwicklungen feststellen, welchen in meinem Dissertationsprojekt genauer nachgegangen werden soll.

Es gelangten dabei nicht nur die beiden Städte Cottbus und Peitz in den Fokus der Betrachtungen, sondern ebenso die ländlichen Gebiete der Exklave. Auf Grundlage dieser Betrachtungen soll erstmalig eine Arbeit entstehen, die sich umfassend mit dem Cottbuser Kreis in der Zeit des 18. Jahrhunderts beschäftigt. Das zu betrachtende Gebiet erfuhr bisher keinerlei Forschungsinteresse und stellt somit ein besonderes Desiderat in der brandenburg-preussischen Geschichte dar.

Die bisherige Forschung geht davon aus, dass Garnisonen – unbeschadet der Unzuträglichkeiten, die sich zwischen Militär und Gesellschaft ereigneten – einen positiven Wirtschaftsfaktor darstellten. Aufgrund des hohen ökonomischen Nutzens waren die

---

<sup>1</sup> Dieser Titel entstammt meiner Masterarbeit und dient hier lediglich als vorläufiger Arbeitstitel. Da die Arbeit noch ganz am Anfang steht und im Oktober 2009 begann, werden hier bisher nur schemenhaft erste Ideen und Vorstellungen kurz benannt. Die Betreuung der Arbeit hat Prof. Dr. Ralf Pröve (Universität Potsdam) übernommen.

<sup>2</sup> Exemplarisch genannt seien Ralf Pröve, *Stehendes Heer und städtische Gesellschaft im 18. Jahrhundert. Göttingen und seine Militärbevölkerung 1713- 1756*, München 1995 oder auch Stephan Schwenke, *Die gezähmte Bellona? Bürger und Soldaten in den hessischen Festungs- und Garnisonsstädten Marburg und Ziegenhain im 17. und 18. Jahrhundert*, Marburg 2004.

Stadteliten bereit, über Vieles hinwegzusehen, was bisweilen das städtische Leben störte. An dieser Stelle bildete die Stadt Cottbus jedoch eine Ausnahme, denn gegen Ende des 18. Jahrhunderts baten der Magistrat, die Stadtältesten nebst den Viertel- und Handwerksmeistern sowie dem Kolonierichter darum, *den hiesigen Ort mit keiner Guarnison weiter zu belegen*.<sup>3</sup> Sowohl vor als auch nach dieser Bitte waren im Kreis Cottbus Soldaten stationiert. Zudem ergibt die bisherige sporadische Forschung zu Cottbus kaum Abweichungen bezüglich der Beziehungen zwischen Militär und Gesellschaft gegenüber anderen brandenburg-preußischen Städten dieser Zeit. Die oben genannte Bitte stellt dennoch ein Alleinstellungsmerkmal nach dem bisherigen Forschungsstand dar und wird daher als zentraler Ausgangspunkt der Dissertation fungieren. Nachstehende Bereiche erhalten dabei eine besondere Berücksichtigung:

Als erstes wird die wirtschaftliche Situation und der Anteil des Militärs an selbiger untersucht werden. Haben die stationierten Soldaten einen geringeren positiven Einfluss auf die ökonomische Entwicklung der Exklave gehabt als in anderen vergleichbaren Gebieten Brandenburg-Preußens, sodass ein Verzicht auf diesen Wirtschaftsfaktor keine Einbuße darstellte? Waren die Soldaten gar eine zu große Konkurrenz für den Handel im Kreis Cottbus?

Zum Zweiten wird die besondere geografische Lage des Untersuchungsraumes in der Arbeit thematisiert, denn die umgebende und daher stets nahegelegene Grenze zu Kursachsen bot den Einwohnern besondere Möglichkeiten: Beginnend mit dem Entzug vor Werbemaßnahmen der preußischen Armee über den Handel mit Kursachsen bis hin zu grenzüberschreitenden Partnerschaften, wurde die Grenze je nach Situation als mehr oder weniger durchlässiges Konstrukt angesehen. Fernerhin scheint der Kreis Cottbus aufgrund seiner Lage ein für die grenzübergreifende preußische Werbung dienliches Rekrutensammelbecken gewesen zu sein. Möglicherweise entstand unter anderem hieraus der Missmut gegen die Stationierung des Militärs.

---

<sup>3</sup> BLHA, Rep. 19 Züllichau Nr. 124, unpag. Die Bitte erfolgte im Jahr 1790 im Zuge der Verlegung des Depot-Bataillons des Regiments Prinz Heinrich von Preußen von Cottbus nach Spandau.

Die wirtschaftliche und geografische Lage der Exklave soll Aufschluss darüber geben, auf welchen Bedingungen das Verhältnis zwischen beiden Protagonisten fußte. Mithilfe dieser Erkenntnisse wird als Drittes die Lebenswelt<sup>4</sup> der Einwohner und Soldaten näher beleuchtet. Zu prüfen ist, wie die Bewohner der Exklave die Soldaten erlebten und analog dazu, wie die Soldaten die Einwohner des Cottbuser Kreises wahrnahmen. Analysen von Taufpatenbeziehungen, Partnerschaften, Heiratsverhalten oder auch der Sesshaftwerdung, die in der Regel mit dem Hauserwerb und der Ausübung einer Profession einherging, sollen Rückschlüsse auf In- als auch Exklusionsprozesse seitens der Bewohner hinsichtlich des Militärs gewähren.

Im Rahmen dieser Betrachtungen und der Beantwortung nachstehender Fragen soll herausgefunden werden, warum sich die Cottbuser Stadteliten gegen eine weitere Belegung der Stadt durch Soldaten aussprachen. Welche Besonderheiten betreffs des Militärs brachte die geografische Lage als Exklave mit sich? Welches Konglomerat an Umständen führte dazu, dass das Militär ein anscheinend geringes Ansehen besaß?

Die Analyse der ökonomischen Entwicklung der Region, der besonderen geografischen Lage und der Beziehungen zwischen Militär und Gesellschaft wird anhand der noch vorhandenen Aktenbestände<sup>5</sup> zur Exklave Cottbus erfolgen. Sie finden sich im Ge-

---

<sup>4</sup> Der Terminus „Lebenswelt“ wird von Rudolf Vierhaus übernommen. Er versteht unter dem Begriff Lebenswelt eine *gesellschaftlich konstruierte, kulturell ausgeformte, symbolisch gedeutete Wirklichkeit*. Rudolf Vierhaus, Die Rekonstruktion historischer Lebenswelten. Probleme moderner Kulturgeschichtsschreibung, in: Hartmut Lehmann (Hrsg.), Wege zu einer neuen Kulturgeschichte, Göttingen 1995, S. 7-28, hier S. 14.

<sup>5</sup> Auch wenn die erhaltenen Aktenbestände zu Cottbus Rückschlüsse auf die Mikroebene der Gesellschaft dieser Region zulassen, ist zu berücksichtigen, dass gravierende Aktenverluste aufgrund der Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg zu verzeichnen sind. Hierbei bildet die Exklave Cottbus allerdings keine Ausnahme. Allgemein ist im Hinblick auf wissenschaftliche Abfassungen, die sich mit den Städten auf dem heutigen Gebiet Brandenburgs befassen, festzustellen, dass die Quellenlage eher mig ist, was zu einem großen Teil auf die Zerstörung der Akten während des Zweiten Weltkrieges zurückgeführt werden muss. Exemplarisch genannt seien Martin Winter, Untertanengeist durch Militärpflicht? Das preußische Kantonsystem in brandenburgischen Städten im 18. Jahrhundert, Bielefeld 2005, S. 27 oder auch Stefan Kroll, Soldaten im 18. Jahrhundert zwischen

*Die Einwohner der Exklave Cottbus und deren Beziehung zum Militär*

heimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin, im Brandenburgischen Landeshauptarchiv in Potsdam, im Stadtarchiv Cottbus, im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden sowie in den Kirchenarchiven der Stadt Cottbus.

---

Friedensalltag und Kriegserfahrung. Lebenswelten und Kultur in der kursächsischen Armee 1728-1796, Paderborn u. a. 2006, (=Krieg in der Geschichte, Bd. 26), S. 18, die von gravierenden Quellenverlusten im Fall Preußen sprechen.

## Rezensionen

Michaela Binder, Der Soldatenfriedhof in der Marchettigasse in Wien. Die Lebensbedingungen einfacher Soldaten in der thesesianisch-josephinischen Armee anhand anthropologischer Untersuchungen  
(= Monographien der Stadtarchäologie Wien, Bd. 4), Wien 2008, 163 S., 38 € [ISBN 978-3-85161-000-0].

Der Titel ‚Der Soldatenfriedhof in der Marchettigasse in Wien‘ lässt zunächst vermuten, dass es sich bei dem vorliegenden Band von Michaela Binder um eine in erster Linie lokal- und militärhistorisch ausgelegte Arbeit handelt. Bereits das Stichwort ‚Anthropologie‘ im Untertitel zeigt jedoch, dass die Herangehensweise der Autorin an ihren Forschungsgegenstand weit weniger konventionell ist. In der Tat handelt es sich bei der 2008 veröffentlichten Arbeit nicht in erster Linie um eine geschichtswissenschaftliche Schrift. Die Autorin stellt vielmehr die Ergebnisse einer von ihr unternommenen pathologischen Untersuchung an Skelettfunden aus dem 18. Jahrhundert vor und versucht anhand der gesammelten Daten und im Vergleich mit schriftlichen Quellen, die Lebensbedingungen einfacher Soldaten im österreichischen Militär zu rekonstruieren. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass der Band sprachlich wie formal aus dem Rahmen der geschichtswissenschaftlichen Monographien fällt. Die 160 Seiten umfassende Schrift ist entsprechend einem naturwissenschaftlichen Paper gegliedert; Aufgabenstellung, Einführung, Methoden, Ergebnisse und Diskussion sind ihrerseits mit kleinteiligen Unterpunkten versehen, das Literaturverzeichnis ist vergleichsweise kurz. Der Band weist aber einen umfangreichen Katalog auf, der eine systematische Aufstellung der untersuchten Skelette, fehlender Knochen und diverser gehobener Gegenstände sowie einige Fotografien der Funde enthält.

Bei den 60 untersuchten Körpern handelt es sich um Überreste von Militärangehörigen, die auf dem zwischen 1769 und 1784 genutzten Soldatenfriedhof in Wien bestattet wurden. Es ist anzu-

nehmen, dass die Mehrzahl von ihnen im nahegelegenen Militärspital behandelt wurde und sie dort auch verstorben sind. Die Toten waren teilweise in Mehrfachgräbern, die vermutlich aus der späteren Phase der Friedhofsnutzung stammen. Auf diesen Tatsachen basieren die Annahmen der Autorin, dass zumindest ein Teil der Bestatteten erst nach Ende des Siebenjährigen Krieges im Jahre 1763 in das Militär eingetreten war. Für die Frage nach den Lebensbedingungen im Militär ist dies von zentraler Bedeutung, da Kriegsverletzungen und die verschärften Bedingungen im Feld bei der Auswertung der Ergebnisse damit außen vor gelassen werden konnten.

Die geborgenen Knochen wurden unter Anwendung paläopathologischer Methoden auf sogenannte Stressmarker untersucht, also auf Anzeichen von Erkrankungen, die sich zu Lebzeiten auf Knochen und Zähne des Menschen ausgewirkt haben. Anzeichen für sogenannten physiologischen Stress sind u. a. Veränderungen an Zahnschmelz, Schädelknochen oder Restskelett, Zahnverlust, geringe Körperhöhe oder ein geringes Sterbealter. Infektionskrankheiten, Traumata und Mangelerscheinungen durch Unter- oder Fehlernährung sowie deren Folgeerkrankungen wie Parasitenbefall lassen sich so anhand paläopathologischer Untersuchungen nachweisen. Um Erkenntnisse bezüglich der sozialen Herkunft der in der Marchettigasse Bestatteten zu gewinnen, zieht die Autorin die Sterbematrikeln des Militärspitals heran. Diese zeigen, dass es sich bei den Patienten beinahe ausschließlich um Gemeine und Unteroffiziere handelte.

Die Ergebnisse der pathologischen Untersuchung erbrachten, dass Infektionskrankheiten und Folgen von Fehl- oder Mangelernährung die häufigsten Ursachen für Veränderungen an den Skeletten waren. Die Verstorbenen waren zum Zeitpunkt des Todes durchschnittlich 27 Jahre alt, keiner von ihnen erreichte ein Lebensalter von mehr als 60 Jahren. Diese Daten weichen nicht wesentlich von denen aus den Sterbematrikeln ab. Bei 93 Prozent der Skelette wurden Veränderungen am Gebiss gefunden, die bereits auf Stress im frühen Kindesalter hindeuten. Ein weiterer Indikator hierfür ist die allgemein geringe Körperhöhe der Verstorbenen, rund 77 Pro-

zent der untersuchten Körper weisen Spuren bereits überwundener Infektionskrankheiten auf.

Im Vergleich mit Untersuchungsreihen aus dem 19. Jahrhundert fällt auf, dass der Gesundheitszustand der österreichischen Soldaten als ungewöhnlich schlecht bezeichnet werden kann. Binder gibt jedoch zu bedenken, dass diese Untersuchungen an Skeletten aus den USA und Frankreich vorgenommen wurden, wo die Ständestruktur in den Heeren erheblich von der in Österreich abwich. Binder zufolge gehörten die Gemeinen hier viel eher der Unterschicht an, während in Frankreich und den USA eine stärkere gesellschaftliche Durchmischung vorlag. Außerdem waren die untersuchten Personen in einer Großstadt stationiert, was ein erhöhtes Risiko der Ansteckung mit Infektionskrankheiten mit sich bringt.

Abgesehen von den Spuren, die verschiedene Krankheiten an den untersuchten Skeletten hinterlassen haben, weisen zahlreiche teilweise oder ganz verheilte Läsionen an Skelett und Schädel darauf hin, dass Verletzungen behandelt und überlebt wurden. Um Kriegswunden handelt es sich aber laut der Autorin wahrscheinlich nicht, da viele der untersuchten Personen zu jung waren, um an den Kampfhandlungen im Siebenjährigen Krieg aktiv teilgenommen zu haben. In der Gesamtheit scheinen die prekären Lebensbedingungen der einfachen Soldaten den Ausbruch und die Verbreitung von Krankheiten gefördert zu haben.

Die Ergebnisse der vorgenommenen Untersuchungen sind informativ, äußerst sorgfältig erarbeitet und als solche sehr aufschlussreich. Dennoch scheitert der Band an dem Anspruch, aus einem interdisziplinären Ansatz neue Erkenntnisse oder Perspektiven auf die Materie zu gewinnen. Die Betrachtung und Bewertung von Material und Quellen bleibt innerhalb der fachspezifischen Spannweite der Autorin und kann so der interdisziplinären Fragestellung nicht gerecht werden. Dies zeigt sich auch in gelegentlichen methodischen Unsicherheiten im Umgang mit historischen Sachverhalten. Zwar wird eine Einführung in das Österreich des 18. Jahrhunderts und die Lage des Militärs vorgenommen, doch wird hierauf im Laufe der Auswertung und Diskussion nur noch marginal Bezug genommen. Auch vermisst der Leser im Hinblick auf schriftliche Quellen das kritische Handwerkszeug des Historikers,

insbesondere bezüglich der Berichte von Zeitgenossen, die häufig ohne Kontext und Relativierung zitiert werden. An dieser Stelle wäre die Kombination von statistischer Auswertung und orthodoxer Quellenkritik sicher fruchtbarer gewesen als die bloße Wiedergabe der Quelleninhalte.

Von diesen Schwächen abgesehen ist der Vergleich von Sterbematrizen eines Krankenhauses mit Funden vom dazugehörigen Friedhof in dieser Form bislang einzigartig. Hier liegt der wahre Wert der Arbeit. Damit können konkrete Informationen in einer Form verifiziert werden, die dem Geschichtswissenschaftler sonst in der Regel verschlossen bleiben.

*Sarah Edding*

Jürgen Kloosterhuis, *Katte – Ordre und Kriegsartikel. Aktenanalytische und militärhistorische Aspekte einer „facheusen“ Geschichte*, (Teildruck aus den Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte 15), Berlin 2005, 112 S., 14,80 € [ISBN 3-428-12193-7].

*Es gibt kaum einen Abschnitt in unserer Historie, der öfter behandelt worden wäre als die Katte-Tragödie. Aber so viele Schilderungen mir vorschweben, das Ereignis selbst ist bisher immer nur auf den Kronprinzen Friedrich hin angesehen worden. Oder wenigstens vorzugsweise. Und doch ist der eigentliche Mittelpunkt dieser Tragödie nicht Friedrich, sondern Katte. Er ist der Held, und er bezahlt die Schuld.<sup>1</sup>*

So formulierte Theodor Fontane im 19. Jahrhundert seine Sicht auf die versuchte Flucht des Kronprinzen Friedrich mit Hilfe des dafür später hingerichteten Premier-Leutnants Hans Herrmann von Katte. Auch wenn die Einschätzung des Schriftstellers heute nicht mehr zu teilen ist, verweist sie auf bis heute strittige Aspekte in der Erforschung und Darstellung der Ereignisse des Jahres 1730: Die bisherige Forschung widmete sich vor allem der Rolle des Kronprinzen Friedrich, dessen Bedeutung als späterer König diese Posi-

---

<sup>1</sup> Theodor Fontane: *Wanderungen durch die Mark Brandenburg*. Teil 2: Das Oderland: Barnim-Lebus, <sup>8</sup>Stuttgart und Berlin 1905, S. 302.

tion auch lange zu rechtfertigen schien. Eine detaillierte Analyse der Prozesse aus der Sicht des hingerichteten Delinquenten Katte fehlte bislang ebenso, wie auch eine aktenfundierte militär- und rechtshistorische Untersuchung der Strafjustiz König Friedrich Wilhelms I.

Um diese Lücken zu schließen, legte der Direktor des Geheimen Preußischen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, Jürgen Kloosterhuis, 2005 eine Untersuchung der Aktenvorgänge und Briefwechsel zu den Prozessen um Hans Herrmann Katte vor dem Hintergrund militärrechtlicher Bestimmungen und innenpolitischer Verantwortlichkeiten vor. Der Verfasser nähert sich der Thematik in drei systematischen Abschnitten: nach einer Übersicht zur schier überbordenden Rezeptionslage im I. Kapitel, wird im folgenden Kapitel II zunächst der Geschäftsgang der Akten untersucht. Dabei werden die internen Positionen der Verwaltung, des Kabinetts sowie des Königs detailliert vorgestellt.

Kloosterhuis verweist zudem auf die erfolgreichen Reformen Friedrich Wilhelms, der auf Grund der effizienten Neugestaltung der Verwaltungsstrukturen wohl zu Recht als Preußens ‚größter innerer König‘ gilt. Er erhob Anspruch auf die persönliche Regierung durch Einflussnahme auf alle Sektoren seiner Herrschaft und forderte von seinen Untergebenen und Ministern Leistungsbereitschaft, Loyalität und Effizienz. Diese Ambitionen kulminierten besonders in seinem Verhältnis zum Militär, das unter dem ‚Soldatenkönig‘ zunehmend an Gewicht erlangte.

Der wichtigen Charakterisierung der Akten im königlichen Kabinett schließt sich eine Beschreibung des Bestandes der ‚Küstriner Akten‘ mit den Verhörprotokollen des Kronprinzen und Kattes sowie des Schriftwechsels zwischen den Behörden und dem König an. Diese Bestände erweisen sich laut Kloosterhuis als ein *lückenhaftes Pertinenzgemenge* (S. 18-28). Es verblüfft, dass die brisanten Unterlagen über 20 Jahre in dem Hause des gewesenen Generalauditeur-Leutnants Christian Otto-Mylius verbleiben konnten und dass weitere, bedeutende Dokumente zu den Prozessen noch nicht einmal in einer Akte zusammen geheftet wurden (S. 19). Der legere zeitgenössische Umgang führte dazu, dass einzelne Teile der Vorgänge in Küstrin und in Bezug auf die Urteilsfindung durch den König

nicht mehr erhalten sind. Aus dem jedoch noch immer weitreichenden Material lässt sich eine Abfolge der Ereignisse ablesen, welche die juristische und politische Bedeutung des ‚Verbrechens‘ für Preußen belegen.

Um auf die Position und den Schuldanteil des Hans Herrmann von Katte einzugehen, beleuchtet Kloosterhuis in Kapitel IV den Werdegang und die charakterlichen Eigenschaften des Leutnants, der einer einflussreichen magdeburgischen Adelsfamilie entstammte und zahlreiche Angehörige hatte, die ebenfalls in preußischen Militärdiensten standen. Der weltgewandte Hans Herrmann hatte sich nach dem Studium auf weitläufige Kavaliertouren begeben und galt zu dieser Zeit bereits als tollkühner *Bonvivant* (S. 35). Seine militärische Karriere verlief nicht ohne Reibereien, da Katte, seit 1726 als Kornett im Regiment zu Pferd Nr. 10 in Berlin, als *vielseitig begabt, deutsch wie französisch gebildet, und schon weitgereist – freilich auch unausgeglichen, überheblich, leichtsinnig und für Eskapaden bekannt* (S. 39) war. Außerdem besaß er eine Risikobereitschaft, die ihn auch dahin brachte, den späteren Freund und Kronprinzen Friedrich bei dessen Fluchtplanung zu unterstützen. Dazu analysiert Kloosterhuis im V. Kapitel die Verbindung der Beiden, die wichtige Einflussnahme des charismatischen Friedrich und schließlich die konkreter werdenden Vorbereitungen zur Flucht vor dem strengen Vater.

Bemerkenswert ist das dargestellte Spannungsfeld zwischen Regimentskultur und persönlichem Dienstverständnis sowohl bei Katte als auch bei Friedrich: Während sich in Preußen eine militärische Kultur herausbildet, deren adlige Vertreter ihre standesgemäße Position dem Pflichtgefühl gegenüber dem König unterordnen, sind die beiden jungen Militärs durch den Einfluss der Prädestinationslehre in der Religion und von hohem Standesbewusstsein geprägt. Vor dem Hintergrund von Interessenskämpfen zwischen der pro-habsburgischen und der für England eintretenden Partei am preußischen Hof jeweils hinter Friedrich Wilhelm I. auf der einen sowie der Königin Sophie Dorothea und Friedrich auf der anderen Seite führte der Fluchtversuch des Kronprinzen zu einem Gefüge von Fallstricken, die in dem Todesurteil für Katte zusammenliefen.

In dem letzten Kapitel nähert sich Kloosterhuis der Frage nach der Rechtmäßigkeit des Urteils mit Blick auf einen König, der das jun-

ge preußische Staatsgebilde von innen bedroht sah. Nach dem Kriebsrecht stand auf die versuchte Fahnenflucht ebenso wie auf eine tatsächlich geschehene Desertion die Todesstrafe. Und dass es sich in diesem Fall darum handelte, konnte auch Friedrich in den Befragungen mit seiner Argumentation, er habe sich bloß für eine kurze Zeit entziehen wollen, nicht entkräften. Zudem kam der Verdacht des *crimen lasae majestatis*, des Hochverrates hinzu, da Hans Herrman von Katte über Kontakte zum französischen Botschafter Rottembourg verfügte, der offen über das Ende der Herrschaft Friedrich Wilhelms sinnierte. Diese schwerwiegenden Tatbestände hätten an sich schon die Todesstrafe zur Folge gehabt und so lässt sich der Argumentation des Verfassers durchaus folgen, dass Friedrich Wilhelm I. angesichts der Fakten, auf Grund der Geständnisse von Friedrich und Hans Herrmann von Katte, aber auch im Interesse seiner Politik zur Stabilisierung Preußens nach innen und nach außen entschied, das von dem Kriegsgericht in Köpenick gefällte Urteil zu lebenslanger Haft für Katte zu verschärfen.

Dieses Kriegsgericht unter Vorsitz des Achaz von der Schulenburg hatte sich in der Urteilsbegründung zwar auf die Tatsache berufen, dass die Desertion letztlich nicht durchgeführt wurde, hatte den Verdacht des Hochverrats aber in keinem Punkt berührt (S. 71). Diese Gegebenheiten führten auch dazu, dass der König von dem nur ihm zustehendem Gnadenrecht keinen Gebrauch machte. Wie Kloosterhuis treffend feststellt, *katapultierten Friedrichs Pläne den König in die sensibelsten Bereiche der preußischen Außen-, Innen-, Adels- oder Militärpolitik* (S. 73) und bedrohten das noch im Aufbau begriffene Staatsgefüge. Dennoch darf der Aspekt der abschreckenden Wirkung nicht unterschätzt werden. Noch wurden Gesetze nicht zu zwingenden rechtlichen Grundlagen: Deserteure der preußischen Armeen konnten mitunter mit dem Leben davon kommen, wenn sie entweder nach Aufforderung durch ein General-Pardon oder unter bestimmten Umständen zurückkehrten, denn der Bedarf an Soldaten war groß. Den Offizieren wurde gar die Besonderheit des ‚Ausbleibens‘ zugestanden, die dem Betroffenen die straffreie Rückkehr in das Regiment nach einer bestimmten Dauer der unerlaubten Abwesenheit zugestand. Den Anspruch Friedrich

Wilhelms aber, sich gegen den rebellierenden Kronprinzen als Machtinhaber durchzusetzen und die Einhaltung der Kriegsartikel zu bekräftigen, konnte und wollte der König durch das Exempel der Hinrichtung Hans Herrman von Kattes dem Kronprinzen vor Augen führen. Das Todesurteil beruhte somit zum Teil auf dem andauernden Konflikt zwischen König und Thronfolger.

Aber die versuchte Desertion Kattes wurde mit dem Tatbestand des Desertionskomplottes auch *zu einem Tatkomplex verknüpft, der in seinen zwei Bestandteilen wie insgesamt die reguläre Bestrafung eines Soldaten erzwang, der den Kriegsartikeln unterworfen war.* (S. 74). Demnach entsprach das Urteil der Todesstrafe den militärrechtlichen Bestimmungen. Mochte die Planung zur Flucht durch den Kronprinzen und mit Kattes Hilfe auch anfangs einem jugendhaften impulsiven Handeln entsprungen sein, so betraf sie in der Konsequenz doch die Grundlagen militärischer Disziplin. Friedrich Wilhelm ließ sowohl den Kronprinzen als auch Hans Herrmann von Katte als Militärangehörige vor das Kriegsgericht in Köpenick stellen. Nachdem das Gericht in traditionellem Verständnis von der ‚Persona sacra‘ des Kronprinzen die kriegsrechtliche Beurteilung über diesen ablehnte, wurde Katte an Stelle der drei Hauptverschwörer der Militärjustiz unterstellt. Die Beschränkung des Kriegsgerichtes auf den Tatbestand der Desertion schlug zu Gunsten des Delinquenten aus, die militärrechtliche Konsequenz der verschiedenen stichhaltigen Delikte folgte dann durch die Verschärfung des Urteils durch den König.

Jürgen Kloosterhuis hat durch die eingehende Analyse der Fallakten in den ‚Küstriner Akten‘ die Ursachen, Umstände und Konsequenzen der ‚Kattetragedie‘ erarbeitet. Die Argumentation für die Entscheidung des Königs, das Urteil zur Hinrichtung Kattes zu schärfen, ist durch Quellen gut belegt und verweist auf eine Problematik in der preußischen Historiographie, die bis heute noch wenig beleuchtet scheint. Das Militärrecht war zur Zeit des ‚Soldatenkönigs‘ bereits genau definiert, in den Instruktionen für die Waffengattungen sowie für einzelne Regimenter ausgearbeitet und durch zahlreiche Kriegsartikel und Dekrete ergänzt. Damit war das Kriegs- und Militärrecht eines der umfangreichsten vorhandenen juristischen Regelwerke, und die Umsetzung desselben ein wesent-

## Rezensionen

licher Legitimationsgrund für einen Staat, dessen Macht zunehmend aus dem Militärsystem erwuchs. Die Spannung zwischen der Gesetzgebung und Normdurchsetzung, die das 18. Jahrhundert prägten, zeigten sich auch im militärischen Bereich durch die Kollision adliger Standesvorstellungen mit einer sich immer mehr formierenden Regimentskultur.

Hans Herrmann von Katte wurde im 19. und 20. Jahrhundert romantisiert und sein Schicksal, auch etwa bei Theodor Fontane, zu dem eines Opfers stilisiert. Dass diese Sicht mit der tatsächlichen Aktenlage, den realen außenpolitischen Bedrohungen sowie den möglichen innenpolitischen Konsequenzen nicht übereinstimmte, hat Jürgen Kloosterhuis zur Genüge bewiesen und somit einmal mehr gezeigt, wie fruchtbar die Auswertung von Gerichts- und Kriminalsachen für die militärhistorische Forschung sein kann.

*Janine Rischke*

Christoph Kampmann, Europa und das Reich im  
Dreißigjährigen Krieg. Geschichte eines europäischen  
Konflikts, Stuttgart 2008, 225 S., 28 € [ISBN 3-17-018550-0].

Nachdem in den 1990er Jahren, nicht zuletzt anlässlich des 350. Jubiläums des Westfälischen Friedens, zahlreiche Überblicksdarstellungen zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges erschienen sind, ist es in letzter Zeit wieder ruhig um diesen Krieg geworden. Die Einführung Christoph Kampmanns kommt daher – zehn Jahre nach der Hochkonjunktur von 1998 – gerade richtig, um die Forschung zum Dreißigjährigen Krieg aus ihrem Dornröschenschlaf zu wecken und zu überprüfen, welche der damals benannten Desiderata und Perspektiven weiterverfolgt wurden.

Kampmann konzentriert sich dabei auf zentrale *politisch-militärische Entwicklungslinien* und will den Dreißigjährigen Krieg bewusst als europäischen Konflikt verstanden wissen, der lediglich auf dem Boden des Reiches ausgetragen worden sei. Folgerichtig nehmen die zwischenstaatlichen Beziehungen und Verhandlungen einen breiten Raum in seiner Darstellung ein, aktuelle kulturwissenschaftliche Fragen bleiben dagegen weitgehend unberücksichtigt. Wäh-

rend in den bisherigen Überblickdarstellungen der Fokus auf dem Böhmisches-pfälzischen Krieg und der dritten Kriegsphase, dem sogenannten Schwedischen Krieg, gelegen hat, widmet Kampmann dem Dänisch-niedersächsischen Krieg größere Aufmerksamkeit. Dieser wurde allzu oft nur als Intermezzo mit einer kurzen Beschreibung der Schlacht bei Lutter am Barenberge 1626 abgetan. Kampmann räumt nun dieser und der letzten Kriegsphase endlich einen gleichberechtigten Platz gegenüber den anderen Kriegsschnitten ein und zeigt, wie eng diese Konflikte mit anderen europäischen Schlüsselkonflikten im Umfeld des Reiches verknüpft waren. Dies wird – auch das ein Novum – durch fünf Karten und eine Stammtafel sehr anschaulich illustriert, die unter anderem die ‚Spanische Straße‘ um 1610 oder den Aufstieg des Hauses Oldenburg zeigen.

Daneben gilt das besondere Interesse des Autors den Friedensbemühungen der einzelnen Kriegsparteien. Er schreibt damit auch die Geschichte dreißigjähriger Friedensverhandlungen, die aufgrund ihrer Beschränkung auf das Reich bis 1635 nach Kampmann immer zum Scheitern verurteilt gewesen sein mussten. Erfolgreich konnten diese erst sein, nachdem auch ausländische Mächte mit einbezogen und sie damit europäisch geworden waren.

Bei dieser Thematik kann der Autor durch eine souveräne Darstellung überzeugen. Schwierig wird es, wenn er diesen sicheren Boden verlässt und sich anderen, z. B. eher militärgeschichtlichen Aspekten des Krieges widmet. Hier ist die Arbeit nicht immer auf dem neuesten Stand der Forschung. Dies gilt beispielsweise für die Schilderung der Eroberung Magdeburgs (S. 77), bei der spätestens seit der Arbeit Barbara Stadlers aus dem Jahr 1991 auch der Name Pappenheim fallen müsste, oder auch bei der Erwähnung des von Jan Peters mittlerweile identifizierten Söldners Peter Hagendorf im gleichen Zusammenhang, der für den Autor immer noch *ein anonymer Landsknecht* (S. 206, Anm. 21) ist.

Christoph Kampmann legt eine sehr lesenswerte Diplomatiegeschichte dieses Krieges vor, die traditionellen politikgeschichtlichen Ansätzen verpflichtet ist und diese – nicht zuletzt durch die starke Betonung der europäischen Perspektive – sinnvoll erweitert. Die Einführung spiegelt dabei die Forschung der letzten Jahre wider,

## Rezensionen

die sich vor allem auf dem Feld der historischen Friedensforschung und Diplomatiegeschichte bewegt hat. Ob sich Kampmanns Einführung neben anderen Überblicksdarstellungen durchsetzen kann, ist dagegen aufgrund des – freilich nicht vom Autor festgelegten – hohen Preises fraglich. Dieser scheint zwar nicht zuletzt in Anbetracht der hervorragenden Karten als gerechtfertigt, wird aber vermutlich einer Rezeption des Buches durch das im Vorwort erwähnte ‚größere Publikum‘ eher abträglich sein.

Thomas Kossert

Václav Bůžek, Ferdinand von Tirol zwischen Prag und Innsbruck. Der Adel aus den böhmischen Ländern auf dem Weg zu den Höfen der ersten Habsburger, Wien u. a. 2009, 378 S., 53 Abb., 35 € [ISBN978-205-77776-2].

Fragt man nach dem Zusammenhang von Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit, so denkt man wohl zunächst an die zahlreichen Kriege, an Lagerleben und Schlachtengetümmel, Besatzung und Niederlage, Einquartierungen und vagierende Söldner – eben an all das, was unmittelbar im Zusammenhang mit Kriegen und seinen Protagonisten stand. Und auch die Frage nach der Bedeutung militärischer Aspekte für die Begründung, Sicherung und Durchsetzung von Herrschaftsansprüchen wurde bisher vor allem – und dies ist ohne Frage auch naheliegend – über die Untersuchung konkreter kriegerischer Auseinandersetzungen bzw. deren Inszenierung, Wiedererinnerung etc. untersucht.

Das hier zu besprechende Werk widmet sich nicht den Kriegen oder dem Militär als Gruppe. Václav Bůžek fragt vielmehr nach dem Verlauf und den Mechanismen der Integrationsprozesse des böhmischen Adels an den Hof Erzherzog Ferdinands. Und wenn dies bei Bůžek zunächst wenig mit Militär und Krieg zu tun hat, so soll in dieser Rezension dennoch gefragt werden, ob bei den behandelten Integrationsprozessen militärische Aspekte von Bedeutung waren. Implizit steht hier also auch die Frage im Raum, wie weit die Rolle des ‚Militärischen‘ für die Präsenz und Repräsen-

tation von Herrschaft reicht, wenn es eben nicht direkt um Krieg und Heer ging. Untersuchungsräume sind v. a. die Höfe Erzherzog Ferdinands, der nach der Niederschlagung des Aufstandes der böhmischen Stände 1546/47, die sich u. a. geweigert hatten, Truppenkontingente für die Habsburger im Schmalkaldischen Krieg zu stellen, von seinem Vater Ferdinand I. als Statthalter in Böhmen eingesetzt wurde. Ziel dieser Maßnahme war die stärkere Kontrolle und Einbindung Böhmens in das ‚Reich‘ der Habsburger. Erzherzog Ferdinand wirkte von 1547 bis 1567 als Statthalter Böhmens, von 1567 bis 1595 war er dann Landesherr in Tirol und Vorderösterreich.

Inhaltlich unternimmt Václav Bůžek eine räumliche Dreiteilung: zunächst widmet er sich in einem ersten analytisch angelegten Kapitel den Mitteln der Integration des böhmischen Adels am Hof Ferdinands I. in Wien (Kap. II). Hier sieht Bůžek das notwendige Fundament, um sich darauf aufbauend der Ebene der Integrationsprozesse des böhmischen Adels am Prager Hof (Kap. III-VI) und später am Innsbrucker bzw. Ambraser Hof in Tirol (Kap. VII u. VIII) zuzuwenden und somit der Figur Erzherzogs Ferdinands. Inhaltlich folgt dieser Aufbau in gewisser Weise zugleich chronologischen Mustern: so werden die Zeit von 1526-1547, die böhmische Statthalterschaft und die Tiroler Regentschaft nacheinander abgehandelt. In dieses Muster eingeschoben sind thematische Schwerpunktsetzungen, die zeitlich übergreifend angelegt sind: so etwa Betrachtungen zur Architektur (S. 80-88), die Bedeutung von Inszenierungsformen von Herrschaftsansprüchen auf Reichstagen (Kap. V) oder die vielfältigen Formen von Ritterspielen an den Höfen Ferdinands I. und Erzherzog Ferdinands (Kap. VI).

Methodisch lehnt sich Václav Bůžek an zwei Konzepte an, die in den letzten Jahren intensiv diskutiert wurden: zum einen arbeitet er mit dem Ansatz ‚akzeptanzorientierter‘ Herrschaft, in dem davon ausgegangen wird, dass der Erfolg von Herrschaft auf lokaler Ebene nicht unwesentlich durch die Integration lokaler Eliten bedingt war.<sup>1</sup> Zudem waren die personellen Beziehungen durch klienteläre

---

<sup>1</sup> Erstaunlich ist, dass hier nicht auf die Ergebnisse des von Václav Bůžek mitgetragenen Forschungsprojekts „Frühneuzeitliche Institutionen in ihrem sozialen Kontext. Praktiken lokaler Politik, Justiz und Verwaltung im internationalen Ver-

Strukturen getragen. (etwa S. 53 f., 56, 61 f., 121 f. u. ö.) Ganz in diesem Sinne werden dann auch Heiratsmuster zwischen dem böhmischen und habsburgischen Adel, aber die gezielte Belehnung kaisertreuer Adliger mit böhmischen Besitzungen und somit deren ‚Einschleusung‘ in den böhmischen Landtag oder die Einbindung böhmischer Adliger in die Habsburger Verwaltung behandelt. Allerdings verfällt der Autor hier mitunter in eine bloße Aufzählung der verschiedenen Beispiele, eine deutlichere Analyse der Bedeutung von Klientelismus und Netzwerkstrukturen für Prozesse der herrschaftlichen Integration fehlt hingegen.

Das zweite Konzept, auf das sich die Arbeit Václav Bůžeks stützt, ist das der symbolischen Kommunikation. Hier ergibt sich ein ähnliches Problem wie schon beim letztgenannten Punkt: Es werden eine Reihe von Beispielen zusammengetragen und vorgestellt – etwa zu Rangordnungen, Herrschaftseinsetzungen und Belehnungen, zur Architektur und Gestaltung von Wandmalereien, aber auch zur Jagd und herrschaftlichen Trinkgelagen. Deren mögliche Bedeutung für die (symbolische) Einbindung des böhmischen Adels in das System der Habsburger Herrschaft liegt auch häufig auf der Hand. Allein die Frage, inwieweit diese Formen der symbolischen Kommunikation für die Integrationsprozesse des böhmischen Adels von Bedeutung waren und wie diese Integration von statten ging, der eigentliche ‚Clou‘ also, bleibt immer vage und liegt gleichsam nur in der Luft. Dies soll ein Beispiel verdeutlichen, mit dem zugleich eine Hinwendung zur Frage nach der Bedeutung militärischer Aspekte für die Integrationsprozesse abzuhandeln ist.

Die Möglichkeit der Einbindung des Adels in Herrschaftssysteme über militärische Strukturen ist wohl unbestritten.<sup>2</sup> Das Interessante im Fall des böhmischen Adels ist, dass zu Beginn der habsburgischen Herrschaft, eine Phase der dezidierten Verweigerung einer

---

gleich“ an den Universitäten Kassel, České Budejovice (Tschechien) und Miskolc (Ungarn) verwiesen wurde, zumindest nicht auf die Ergebnisse der anderen Projektmitarbeiter. Zu diesem Projekt siehe URL: [http:// www. lokaleherrschaft.de](http://www.lokaleherrschaft.de) (zuletzt 25. September 2009).

<sup>2</sup> An dieser Stelle mag der Verweis auf Ronald G. Asch, *Europäischer Adel in der Frühen Neuzeit*, Köln u. a. 2008, hier bes. S. 193-234 genügen. In diesem Kapitel beschäftigt sich Asch mit der Bedeutung von Militärdienst und Hof als die zentralen Bereiche der Integration des Adels.

derartigen Einbindung stand, die schließlich 1546/47 zum Aufstand der Stände führte. Wie sich der Adel nach 1547 zum Habsburger Militärdienst positionierte erwähnt Václav Bůžek nicht, nur beiläufig werden einzelne Fälle angeführt, in denen böhmische Adlige nach 1547 im Dienst habsburgischer Armeen standen. (S. 131 f., 186 u. ö.) Generell ist aber wohl von böhmischer Seite in vorweißbergischer Zeit eher mit einer distanzierten Grundhaltung zu rechnen.

Bemerkenswert ist jedoch, dass auf einem besonderen Spielfeld herrschaftlicher Präsentation und – wie der Autor immer wieder betont – auch der symbolischen Kommunikation, Krieg und Militär eine herausragende Rolle zukam: in den Turnieren und Ritterspielen. Mit zahlreichen Beispielen stellt Bůžek vor, wie in den Turnieren und Ritterspielen eine Re-Inszenierung von kriegerischen Ereignissen und Situationen erfolgte. Turniere boten sich dabei als Untersuchungsgegenstand ohne Frage an, da in ihrer Dramaturgie Herrschaft inszeniert wurde und dabei zugleich die ‚Ritter‘ des Landes zur Teilnahme geladen waren. Bůžek kann dann auch die rege Beteiligung böhmischer Adliger an Turnieren nachweisen.

Nach der inhaltlichen Ausrichtung können drei Turniertypen unterschieden werden: Zum einen wurden mythologisch-historische Schlachten inszeniert, hier v. a. immer wieder der Kampf um Troja, dessen Untergang sowie die Flucht Aeneas' nach Westen und damit die Gründung Rom. Wobei hier zugleich auf die dynastischen Wurzeln des Hauses Habsburg verwiesen werden konnte, die in den Gründern Roms gesehen wurden. Zum anderen wurde motivisch der Kampf zwischen Venus und Mars als ein Kampf von Gut gegen Böse variiert. Ganz dem Ideal der friedensstiftenden Herrschaft verpflichtet, gewann selbstredend das Gute in Gestalt der Venus, die es mit ihren Künsten verstand, den grimmiigen Kriegsgott zu besänftigen.

Zum Dritten tauchte in den Turnieren und Spielen das Motiv des Kampfes gegen die Osmanen und damit des Kampfes gegen den gemeinsamen Feind der Christenheit auf. Die Teilnehmenden traten dabei als christliche Ritter auf, die für ihren Glauben in den Kampf zogen. Und gerade dieses Motiv dürfte ein Element mit

integrativer Bedeutung gewesen sein – ein Element das der Autor dann nicht mehr weiterverfolgt. Aber interessant wäre doch die Frage gewesen, wann bestimmte ‚Turniergeschichten‘ erzählt wurden und ob es ggf. einen gezielt böhmischen Kanon gab. Zugleich scheint es durchaus von Bedeutung, dass man konfessionell geprägte militärische Auseinandersetzungen gerade nicht inszenierte, sondern auf das verbindende Thema der Türkenkriege zurückgriff, das für die Habsburger eben nicht nur als Problem vor der Haustür stand, sondern als militärischer Großkonflikt ein beträchtliches Integrationspotential sowohl innerhalb des Habsburger Machtbereiches als auch innerhalb des Alten Reiches hatte. Die Besinnung auf den gemeinsamen Feind dürfte also als verbindendes Thema auch integrative Wirkung in der Inszenierung von Herrschaft entfaltet haben. Und noch ein weiterer Punkt rückt die Ritterspiele in den Fokus: Die Turniere fanden nämlich nicht nur an den Höfen des Böhmisches Königs bzw. des Statthaltes in Prag, Innsbruck oder Wien statt, sondern eben auch an den Höfen böhmischer Adliger. Hier läge aus meiner Sicht im Vergleich der Formen thematischer Ausgestaltung oder auch in der Frage, wer zu den von böhmischen Adligen ausgerichteten Turnieren geladen wurde, noch ungehobenes Potential für die Untersuchung des Verlaufs der anvisierten Integrationsprozesse.

Resümierend kann festgehalten werden, dass vor allem bei der Präsenz und Repräsentation von Herrschaft die Re-Inszenierung militärischer Ereignisse von Bedeutung waren und dies ungeachtet der Tatsache, dass der böhmische Adel (noch) nicht systematisch in das Habsburger Militär eingebunden war. Bůžek liefert hierfür eine Fülle von Material und kann damit als Ausgangspunkt für weitere Betrachtungen dienen. In diesem Sinne hat er Kärnerarbeit geleistet.

Einschränkend ist jedoch zugleich festzustellen, dass Fragestellung und bearbeitetes Quellen des vorliegenden Bandes zwar innovativ und interessant sind, man sich beim Lesen allerdings mitunter eine pointiertere Zuspitzung der Analyse gewünscht hätte, um zu fassbareren Antworten zu gelangen.

*Ulrike Ludwig*

# Tagungsbericht

**Janine Rischke**

Militärische Erinnerungskulturen vom 14. bis zum 19.  
Jahrhundert  
Gießen, 10. bis 12. September 2009

Wie entwickelten sich „Erinnerungskulturen“ des Militärischen in der Frühen Neuzeit, wie wurden diese institutionalisiert und in welcher Weise schrieben sie sich in das Gedächtnis frühneuzeitlicher Gesellschaften ein? Welche Rolle spielten Traditions- und Vergangenheitsbezüge für Selbstverständnis und Identität militärischer Gruppierungen, wenn die Erinnerungsforschung davon ausgeht, dass solche gelebten und gepflegten Traditionen für soziale Gruppen konstitutiv sind? Diesen Fragen widmete sich die Tagung „Militärische Erinnerungskulturen vom 14. bis zum 19. Jahrhundert“ und verband dabei unter der Leitung der Organisatoren HORST CARL (Gießen) und UTE PLANERT (Wuppertal) Forschungsperspektiven des vormaligen SFB „Erinnerungskulturen“ der Universität Gießen mit Anliegen des „Arbeitskreises Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit“ (AMG).

Im Fokus standen Forschungsvorhaben zur Formierung und Etablierung militärischer Erinnerungskulturen, zur Form ihrer Visualisierung und zur Nachhaltigkeit von Erinnerungsmustern, die im Laufe der Zeit zu ‚Traditionen‘ wurden. Um die langfristige Entwicklung von Erinnerungszusammenhängen zu erhellen, wurde die Epoche der Frühen Neuzeit weit gespannt: vom Spätmittelalter bis weit in das 19. Jahrhundert hinein. In der chronologisch-methodischen Gliederung wurden dabei zwei thematische Schwerpunkte gesetzt: Zum einen das Schlachtengedenken, als typischem Kristallisationskern von Erinnerungskulturen, für den Krieg und Militär inhaltliche Bezugspunkte sind. Zum anderen die Genese militärischer Vergangenheitsbezüge und Traditionen im Militär selbst.

Dass diese Thematik durchaus aktuelle Relevanz hat, wurde in einer eigenen Sektion, die sich den Konzeptionen militärischer Vergangenheit in Museen widmete, deutlich, da Museen besonders prominente und folglich aufschlussreiche Institutionen gegenwärtiger Erinnerungspolitik sind.

Die erste Sektion, moderiert von JÖRG ROGGE, eröffnete MALTE PRIETZEL (Berlin) mit einem Vortrag zur adligen Erinnerung an Feldzüge und Schlachten im Spätmittelalter. Das Selbstverständnis des Adels wurde geprägt durch das ständische Bewusstsein vom Rang der Familie und folglich dienten Schlachtenmemorien in erster Linie der Mehrung von Glanz und Reputation der adeligen Familien. Die eigentliche Erinnerungsarbeit aber wurde bei Chroniken, die Schlachten und die Beteiligung adeliger Repräsentanten zum Inhalt hatten, in erster Linie arbeitsteilig von Klerikern geleistet. Folglich existierte dort, wo eigenständig adelige Erinnerungen greifbar sind, häufig eine Diskrepanz zwischen adeliger und chronikalischer Überlieferung.

OLIVER LANDOLT (Schwyz) knüpfte mit seinem Referat zu den ‚Schlachtenjahrzeiten‘ an die spätmittelalterlichen Bezüge in der Genese einer nationalen Erinnerungskultur der Schweizer Eidgenossenschaft an. Seit dem Spätmittelalter wurden Schlachtentage in sakralen Formen begangen, die Namenslisten der Beteiligten vortragen und Wallfahrten sowie Prozessionen als Gedenken an die Schlacht - die ‚Schlachtjahrzeiten‘ – in lokalen oder regionalen Kontexten organisiert. Ab dem 19. Jahrhundert manifestierte sich die Erinnerung an Schlachten vor allem in Denkmälern und Bauten, die den Gedanken der ‚Nation‘ als gemeinsamen Nenner der Erinnerungskultur etablierten.

Abgerundet wurde die Sektion durch den Beitrag von SASCHA MÖBIUS (Magdeburg) zur Schlacht von Bornhöved in der spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Erinnerungskultur der freien Reichsstadt Lübeck. In seinen Untersuchungen der Lübecker Chroniken im Verlauf der Frühen Neuzeit konnte der Referent wesentliche Erinnerungsfiguren herausarbeiten: zum einen die Bedeutung von Maria Magdalena als Prophetin vor der Schlacht, zum anderen die Heroisierung des Lübecker Ratsherren Alexander von Salzwedel. Beide Erinnerungsfiguren unterlagen einem Bedeu-

tungswandel, als sich mit der Reformation die Rahmenbedingungen änderten, wurden jedoch nicht obsolet. Heiligenfiguren und vorbildliche Ratsherren wurden vielmehr den aktuellen Bedürfnissen und Erwartungen der Rezipienten angepasst.

Die anschließende Sektion unter Leitung von HORST CARL (Gießen) beschäftigte sich mit dem für die Erinnerungsforschung zentralen Aspekt der Intermedialität und thematisierte dies am Beispiel einzelner Schlachten bzw. Kriege. Den Anfang machte die Analyse von Ordnungsformationen in visuellen Repräsentationen der Schlacht von Lepanto 1571 durch HARRIET RUDOLPH (Trier). Die Ordnung der Erinnerung wurde bestimmt durch die mediale Repräsentation der Seeschlacht in spezifischen Schlachtengemälden, welche die Schlacht jeweils als ein hochgradig organisiertes Geschehen darstellten. Die vor allem im Dienste der Gegenreformation verbreiteten Schlachtengemälde illustrierten auf diese Weise die Überlegenheit der Christenheit gegenüber den türkischen Heiden. Auf Einblattgedrucken verbreitet, wurde damit zugleich ein spezifischer Bildtypus ‚Seeschlacht‘ geschaffen, der für die Darstellung von Seeschlachten stilbildend wurde.

Auf den differenzierten Umgang mit dem Schlachtengedenken in Deutschland und England wies sodann THOMAS WEISSBRICH (Berlin) am Beispiel der Schlacht von Höchstädt bzw. Blenheim während des Spanischen Erbfolgekrieges hin. Die mediale Inszenierung des Sieges der vom Duke of Marlborough geführten Truppen gegen die französische Armee führte zu vielfältigen Manifestationen einer speziellen Erinnerungskultur in Gestalt von Denkmälern, von erbeuteter Artillerie, Fahnen und Uniformstücken sowie von Medaillen. Indem im britischen Kontext die beteiligten Regimenter eine eigene Erinnerung an diesen militärischen Erfolg hochhielten, wurden gerade sie zu Trägern einer militärischen Erinnerungskultur, die auch der Selbstvergewisserung einer militärischen Elite diene. Im Gegensatz zur deutschen Historiographie stand in der englischen Geschichtsschreibung die Schlacht im Zentrum. Indem der Referent darstellte, wie materielle Artefakte – etwa die zahlreichen Medaillen mit differenzierenden Darstellungen – die Sammelleidenschaft der Käufer, die meist aus dem Bürgertum, dem Gelehrtenstand oder dem Adel entstammten, be-

friedigten, wurde zugleich die wichtige Rolle des Marktes für die Etablierung von militärischer Erinnerungskultur in der Frühen Neuzeit zur Sprache gebracht.

Schlachtengedenken als Suche nach authentischen Erinnerungen erläuterte MARIAN FÜSSEL (Göttingen) am Beispiel des Siebenjährigen Krieges. In diesem Zusammenhang gewannen die Berichte von Augenzeugen eine besondere Bedeutung für die Beglaubigung kollektiver Erinnerung. Die Befragung von Zeitgenossen mittels Fragebögen begann schon im 18. Jahrhundert und hatte das Ziel, die Vorkommnisse des Krieges detailliert zu beschreiben. Damit einher ging ein regelrechter ‚Schlachtfeldtourismus‘, welcher Adlige und Bürger sowie Historiker und Publizisten auf die ehemaligen Schlachtfelder führte und zu einem Memorablien-Kult gelegentlich makaberer Art führte. Die Jagd nach letzten Schlacht- und Zeitzeugen, so führte Füssel aus, war folglich nicht erst ein Medienphänomen der jüngsten Vergangenheit. Der Kult um die Zeitzeugen war zumindest dem 19. Jahrhundert nicht fremd.

Auch die dritte Sektion, geleitet von HOLGER THOMAS GRÄF (Marburg), konzentrierte sich auf die intermediale Ausgestaltung von dem Schlachtengedenken in der Frühen Neuzeit. KLAUS GRAF (Aachen) ging in seinem Vortrag zu den nicht-schriftlichen Medien des Schlachtengedenkens von Objekten als Erinnerungsträgern aus. Die Gegenstände bedürfen nicht nur der narrativen Erklärung, sondern ebenfalls der Auseinandersetzung mit der ‚Legendenbildung‘ um die in Museen oder anderweitig ausgestellten Objekte herum. Zur Typologie militärischer Erinnerungskultur gehört nach Graf insbesondere die stereotype Betrachtung von Kriegsgegnern. Gerade in dieser Form des Gedenkens spiegelt sich die Wechselwirkung von volkstümlichem und wissenschaftlichem Wissen wider. Lieder und Verse wurden im Übrigen häufig auf Geheiß der Obrigkeit verfasst, in die volkstümliche Kultur aufgenommen und durch ständige Wiederholung zum Bestandteil militärischen Gedenkens.

SABINE JAGODZINSKI (Leipzig) verknüpfte in ihrer Betrachtung der Schlachtenmemoria des polnischen Adels im 17. und 18. Jahrhundert ebenfalls die Präsentation von Kriegstrophäen mit militärischer Erinnerungskultur. Als aussagekräftiges Beispiel wählte

sie das Trophaeum, das Fürst Radziwill zum hundertsten Jubiläum der Schlacht am Kahlenberg anfertigen ließ. Es verherrlichte einerseits den Türkensieg des Königs Jan Sobieski, fügte aber ebenso zahlreiche Bezüge zu Heldentaten der Vorfahren des Fürsten gegen die Türken ein. Das Trophaeum präsentierte sich so vor allem als Versuch, das heroische Königtum Jan Sobieskis in eine spezifisch adelige Erinnerungskultur einzufügen. In den Wiedergaben der staatlichen Zeitungen war die Ausdeutung dieses Exponats jedoch alleine mit der populären Figur Jan Sobieskis verbunden und wurde gerade für eine antiadelige nationale Erinnerungskultur in Anspruch genommen. Die kunsthistorische Analyse der Referentin zeichnete vor allem den entsprechenden Medienwechsel luzide nach und löste so das Anliegen der Sektion, die intermedialen Erinnerungsbezüge offen zu legen, überzeugend ein.

Mit der Ausdeutung von Bildprogrammen beschäftigte sich auch ANTIJE KEMPE (Berlin/Wroclaw) in ihrem folgenden Vortrag zu Grabmälern als Repräsentationsmedien der militärischen Elite der Barockzeit in Schlesien. Die Grabgestaltung gab Auskunft über die militärischen Erfolge des Verstorbenen und teilweise über die Umstände seines Todes. Der Wandel in der Gestaltung zeigte einen Wandel der adligen Elite an, die sich mehr und mehr über die Position im Militär und persönliche Erinnerungen an die Schlacht definierte. Der Bezug zur Armee kann vor diesem Hintergrund vor allem als Sinnstiftung einer gemeinsamen Gruppenidentität jenseits konfessioneller Unterschiede, die im schlesischen Adel manifest blieben, verstanden werden.

An die intermedialen Sektionen schloss sich die vierte Sektion zu den innermilitärischen Erinnerungskulturen unter Leitung von RALF PRÖVE (Potsdam) an. Im Zentrum der Vorträge standen die Entwicklung und Ausformung von militärischen Gruppenidentitäten innerhalb einer verbindlichen Erinnerungskultur sowie die Funktionalisierung derselben. So stellte FRANK ZIELSDORF (Gießen/Weimar) in seinen Überlegungen zur Erinnerungskultur der altpreußischen Regimenter anhand von Regimentsbüchern aus dem 18. Jahrhundert die enge Verbindung von adliger und militärischer Erinnerungskultur vor. Die Gruppenidentität der meist adligen Offiziere in der preußischen Armee schuf die Grundlage für

die soziale Erweiterung zur Regimentskultur: die Identität des militärisch erfolgreichen Offiziers wurde dem Ansehen des gesamten Regiments hinzugefügt und erhielt damit eine große Bedeutung für das spezifische Bewusstsein in den ‚tapferen‘ Regimentern. Diese Sichtweise manifestierte sich zum großen Teil in den Regimentsgeschichten, welche die Formierung des Regiments, erfolgreiche Schlachten und die Mitglieder des Offizierkorps einschließlich der Angaben zu Herkunft und Laufbahn verzeichneten. Wenngleich die ‚Gemeinen‘ in das Kollektiv des Regiments ausdrücklich – aber anonym – einbezogen wurden, bestimmten ausschließlich die Offiziere die Ausgestaltung der jeweiligen militärischen Erinnerungskultur der Regimenter.

Dass die militärischen Eliten die bereits etablierten Muster der militärischen Erinnerung instrumentalisierten und vermittelten, stellte auch CARMEN WINKEL (Potsdam) in ihrem Vortrag zu den Kriegserinnerungen preußischer Offiziere anhand von Bittschriften an den preußischen König vor. Als zentraler Kommunikationskanal zum Monarchen stellten die Suppliken ein wichtiges Mittel dar, um den Austritt aus dem Militärdienst, die Versorgung durch eine zivile Stelle oder sogar eine Pension wegen Invalidität zu erreichen. Trotz der Formelhaftigkeit der Gesuche flossen doch durchaus spezifische Kriegserinnerungen der beteiligten Akteure ein, die auch ein Licht auf die konkreten Lebensumstände von Offizieren in der Armee warfen.

Mit ihrem Referat zu den Kriegserinnerungen preußischer Militärgeistlicher schloss ANGELA STRAUSS (Potsdam) die innermilitärische Sektion ab und verwies auf die Funktion der von den zumeist reformierten Predigern verfassten Handbuchliteratur. Der Zuspruch für die Soldaten und Offiziere in Liturgien und bei Messen wurde dort ebenso geregelt wie seelsorgerische Tätigkeit der Feldgeistlichen im Krieg. Im Zuge dessen wurden Erfahrungen von Geistlichen gesammelt und in verschiedenen Magazinen zu einem kollektiven Gedächtnis ausformuliert, welches den nachfolgenden Predigern als Leitfaden ihrer Arbeit dienen sollte. Über diese kollektiven Erinnerungen an das Kriegsgeschehen konstituierten sich die preußischen Feldprediger schließlich geradezu als soziale Gruppe.

Abschließend widmete sich eine museologisch ausgerichtete Sektion der Darstellung von frühneuzeitlicher Militärgeschichte im Museum; geleitet wurde diese 5. Sektion von WINFRIED SPEITKAMP (Gießen). Das Militärhistorische Museum (MHM) in Dresden gliedert die Militärgeschichte in der Frühen Neuzeit in ein chronologisches und methodisches Konzept der allgemeinen deutschen Militärgeschichte ein, wie HANS-ULRICH THAMER (Münster) in seinen Darlegungen zum konzeptionellen Ort der vormodernen Militärgeschichte im MHM ausführte. Inhaltlich auf eine ‚Kulturgeschichte der Gewalt‘ und die Geschichte der Entfesselung und Einhegung von organisierter Gewalt orientiert, wird die chronologische Struktur der Ereignisgeschichte durch thematische Vertiefungsräume ergänzt, die ebensolche kultur- und sozialhistorische Perspektivierung ermöglichen.

Der erinnerungskulturellen Funktion von Soldatensachen nahm sich anschließend DANIEL HOHRATH (Berlin) in seinen Ausführungen zu den militärischen Gebrauchsgegenständen und ihren historischen Bedeutungsgehalten an. Bisher weitgehend als Abteilung der Heereskunde abgetan, führte Hohrath vor, dass es sich bei den Uniformen um ein hochdifferenziertes Zeichensystem handelte, die auch Bestandteil militärischer Erinnerungskulturen waren. So gaben Farben und Tressenschmuck der Uniformen Aufschluss über die Regimentschefs zur Zeit der Regimenterrichtung und begründen damit eine Erinnerung an den oder die militärischen Befehlshaber. Ebenso konnten spezielle Waffen die Erinnerung an vergangene Schlachtenleistungen bis weit in das 19. Jahrhundert transportieren, welche in Regimentsgeschichten und die Regimenteskultur Eingang fand.

Mit der Konzeption eines Garnisonsmuseums der Stadt Gießen beschäftigte sich CARSTEN LIND (Gießen) in seinen Überlegungen zur Darstellung frühneuzeitlicher Militärgeschichte. Für die Festungs- und Garnisonsstadt seit den Tagen Philips des Großmütigen stellt besonders die Phase der Frühen Neuzeit im Rahmen eines lokalen militärhistorischen Museums eine Herausforderung dar, denn die Exponate sind im Vergleich zu späteren Zeiten oft unspektakulär. Aufgrund des engen Zusammenlebens von Zivil- und Militärbevölkerung bieten gerade die wechselseitigen Spannungen

### *Tagungsbericht*

und Wahrnehmungen ein museales Potential, das auch der Frühen Neuzeit ihren musealen Ort in einem solchen lokalhistorischen Museum zuweisen kann.

Dass die Napoleonischen Kriege als erinnerungskulturelle Zäsur und Umbruchphase gewertet werden können, war Inhalt der beiden folgenden Sektionen. In der ersten Sektion übernahm KAREN HAGEMANN (North Carolina) die Moderation und betonte die Bedeutung der Produzenten- und Rezipientenkreise für kollektive Erinnerungsphänomene. Die Rolle vor allem der literarischen Produzenten analysierte RUTH LEISEROWITZ (Berlin) am Beispiel der nationalpolnischen Erinnerungen an die Polnischen Legionäre in den Napoleonischen Kriegen. Nach den drei polnischen Teilungen Ende des 18. Jahrhunderts trugen sie zur Entstehung einer Erinnerungsfigur bei, die besonders im Zusammenhang mit nationalen Erhebungen gegen die ‚Besatzungsmächte‘ Preußen und Russland zu sehen ist. Anhand von literarischen Autobiographien der Kriegsfreiwilligen und deren Erinnerungen an den Krieg, sowie in nationalen Liedern gestaltete sich so eine spezifische Symbiose von militärischer und nationaler Erinnerungskultur aus.

Auch das Referat von MARIA SCHULTZ (Berlin) stellte die Darstellungen von Kriegsfreiwilligen in den Napoleonischen Kriegen in der Literatur dar. Ihr ging es um die Genese eines zunächst von Autobiographien und historischen Romanen geprägten Blicks auf die Kriegsfreiwilligen, der zunächst durchaus distanziert und unspektakulär zunehmend im Rahmen der Genese einer nationalen Erinnerungskultur heroisiert wurde. Die Erinnerungen der oft bürgerlichen Akteure wurden von einem Rezipientenkreis aufgenommen, der ebenfalls vor allem aus Bürgerlichen und Adligen bestand. Plastische Kriegsdarstellungen wurden von kollektiven Erinnerungsstrukturen und schließlich von national-patriotischen Schreibweisen abgelöst. Autoren wie Gustav Freytag übten hierbei auch gesellschaftliche Kritik am Adel und etablierten vollends die Figur des jungen, gebildeten und patriotisch gesinnten Kriegsfreiwilligen.

Diesen Überlegungen zu militärischen Erinnerungskulturen anhand von Rezeptionsprozessen folgte die abschließende Sektion VII, welche sich unter Leitung von UTE PLANERT (Wuppertal)

ebenfalls mit der Zäsur der Napoleonischen Kriege in europäischen Erinnerungskulturen beschäftigte. Nachdem ARMIN OWZAR (Münster) die vielfältigen Narrative in Deutschland, Frankreich und Russland zur Einnahme Kassels 1813 und damit auch die Vielfältigkeit der zu erinnernden Kriegereignisse in diesen Ländern dargelegt hatte, analysierte CHRISTIAN KOLLER (Bangor) Topoi nationaler Sinnstiftung durch den Wandel des semantischen Gehaltes der Begrifflichkeiten von ‚Fremdherrschaft‘ und ‚Befreiung‘.

In einem abschließenden Vortrag zur kriegerisch-vaterländischen Traditionsstiftung preußischer Regimenter im 19. Jahrhundert setzte sich WENCKE METELING (Marburg) mit den Erinnerungsstrukturen in den Regimentsbüchern zwischen 1820 und 1860 auseinander. Sie zeigte dabei überzeugend auf, wie auch die brandenburgischen Regimenter mit ihren Darstellungen der Kriegsgeschichte des Regiments sich immer mehr in die vaterländische Geschichte einzuschreiben suchten; eine auf die Regimenter abgestimmte Festkultur und die mediale Inszenierung in Lokalzeitungen und Regimentsdarstellungen stellte diese schriftliche Ausgestaltung auf eine sehr viel breitere Basis, die schließlich das Regiment auch im Zentrum lokaler Erinnerungskulturen zu platzieren vermochte.

Insgesamt zeigten die Themenvielfalt und die Angebote der verschiedenen methodischen Zugänge, wie fruchtbar gerade das Feld ‚militärischer Erinnerungskulturen‘ für eine Verknüpfung sehr unterschiedlicher Perspektiven sein kann. Der Reiz der Erforschung militärischer Erinnerungskulturen liegt nicht zuletzt darin, dass hier zwei bislang doch weitgehend disparate Forschungsfelder aufeinander bezogen werden – die Militärgeschichte sowie neuere Fragestellungen der Kulturgeschichte. Dass hier auch weiterhin Reibungspunkte vorhanden sind, wurde in den Diskussionen der Tagung wiederholt deutlich, denn es dürfte gerade einer eher traditionellen Militärgeschichtsschreibung, aber auch einer an Strukturen interessierten Geschichtswissenschaft nicht immer deutlich sein, wie sehr sie selbst solchen erinnerungskulturellen Zuschreibungen verhaftet ist. Die entsprechenden Institutionalisierungsprozesse in Bezug auf das Militär, die Produzenten der spezifischen Erinnerungen und die Dauerhaftigkeit bestimmter

### *Tagungsbericht*

Muster der Memoria zu analysieren, dürfte gerade deshalb auch weiterhin ein aufschlussreiches Forschungsfeld für Fragen von Sinnstiftung und Einschreibung in das kollektive Gedächtnis abstecken. Der militärische Aspekt dieser Geschichte wiederum ist bislang von der kulturwissenschaftlichen Erinnerungsforschung sträflich vernachlässigt worden, ohne dass dies angemessen reflektiert worden ist. Die durchaus kontroversen und aufschlussreichen Diskussionen der Tagung haben in jedem Fall deutlich gemacht, dass die Reibungsflächen dieses Forschungsfeldes auch weiterhin noch erhebliches Spannungspotential für künftige Untersuchungen bereithalten.

# Ankündigung

**Thomas Kossert (Osnabrück), Matthias Asche (Tübingen),  
Marian Füssel (Göttingen)**

Inter arma silent litterae?

Universitäten im Dreißigjährigen Krieg.

6. und 7. Mai 2010

Forschungsbibliothek Gotha auf Schloss Friedenstein

Workshop des Arbeitskreises Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit in Kooperation mit dem Forschungszentrum Gotha für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien der Universität Erfurt

Abgesehen von den notwendigen Passagen in Gesamtdarstellungen zur Geschichte deutscher Universitäten liegen bis heute noch keine Studien vor, die sich explizit, auch und gerade in komparatistischer Hinsicht, mit dem Phänomen „Universität und Krieg“ beschäftigen. Da derzeit parallel mehrere Arbeiten zu dieser Thematik entstehen, wird es das primäre Ziel des Workshops sein, einschlägig arbeitende Forscherinnen und Forscher zusammenzubringen, um neue Forschungsergebnisse miteinander zu diskutieren, weiterführende Fragen zu formulieren und gemeinsam neue Perspektiven zu entwickeln.

So soll insbesondere die immer wiederkehrende pauschale These vom Niedergang der Universitäten und des akademischen Lebens in Kriegszeiten kritisch hinterfragt werden. Der Dreißigjährige Krieg war nicht überall im Alten Reich gleichermaßen und gleichzeitig präsent, so dass während des Krieges für jede Universität eigene Konjunktur- und Depressionsphasen zu beobachten sind, die sich beispielsweise an der Entwicklung der Immatrikulationsfrequenzen ablesen lassen. Sowohl Studenten als auch Lehrende entwickelten verschiedene Strategien, um den Lehrbetrieb auch in Kriegszeiten aufrechtzuerhalten. Bisweilen kam es zu umfassenden

## *Ankündigung*

Migrationsbewegungen an kriegsverschonte Ausweichuniversitäten, die nicht selten am Rande oder außerhalb des Alten Reiches lagen. Als besonders hilfreich erweist sich auch das aktuelle Frageinstrumentarium der modernen, sozial- und kulturhistorisch ausgerichteten Militärgeschichtsforschung, wenn etwa der Umgang der (einquartierten) Besatzungstruppen mit Professoren und Studenten oder die Bereitschaft der Universitätsangehörigen, sich aktiv an der Verteidigung ihres Hochschulortes zu beteiligen, in den Blick genommen werden. Nicht zuletzt sollen auf dem Workshop auch andere kulturhistorische Fragestellungen explizit thematisiert werden, z. B. die stets behauptete, aber bislang nicht kritisch überprüfte These von der allgemeinen Verrohung der Sitten und der erhöhten Gewaltbereitschaft von Studenten im Dreißigjährigen Krieg.

### **Programm**

#### **Donnerstag, 6. Mai 2010**

13.15 Uhr, Martin Mulsow (Gotha), Thomas Kossert (Osnabrück)  
*Begrüßung und Einführung*

13.45 Uhr, Wenke Richter (Leipzig)  
*Die mitteldeutschen Universitäten in der Krisenzeit des Dreißigjährigen Krieges. Eine Matrikelanalyse zu den Hochschulen in Leipzig, Wittenberg, Jena und Erfurt*

14.30 Uhr, Kaffeepause

15.00 Uhr, Thomas Kossert (Osnabrück)  
*Die Reform der Universität Erfurt im Dreißigjährigen Krieg*

15.45 Uhr, Alexander Zirr (Leipzig)  
*Die Universität Leipzig während der schwedischen Besetzung der Stadt 1642-1650*

16.30 Uhr, Kaffeepause

17.00 Uhr, Marian Füssel (Göttingen)  
*Akademischer Sittenverfall?  
Studentenkultur während und nach dem Dreißigjährigen Krieg*

*Ankündigung*

17.45 Uhr, Werner Wilhelm Schnabel (Erlangen)

*Der Feldherr und die Universität.*

*Vom akademischen Leben im Dreißigjährigen Krieg  
und seiner literarischen Verarbeitung am Beispiel Altdorfs*

19.00 Uhr, Gemeinsames Abendessen

**Freitag, 7. Mai 2010**

9.00 Uhr, Susanne Häcker (Tübingen)

*Universität und Krieg. Die Universitäten Heidelberg, Tübingen und Freiburg  
im Dreißigjährigen Krieg*

09.45 Uhr, Tobias Schönauer (München)

*Landesfestung und Universität.*

*Ingolstädter Studenten während des Dreißigjährigen Krieges*

10.30 Uhr, Kaffeepause

11.00 Uhr, Matthias Asche (Tübingen)

*Schlusskommentar und Aussprache*

12.00 Uhr, Führung durch die Forschungsbibliothek

13.00 Uhr, Möglichkeit zum gemeinsamen Mittagessen und  
Abreise

**Weitere Informationen und Anmeldung:**

Thomas Kossert – Universität Osnabrück

Interdisziplinäres Institut für Kulturgeschichte der Frühen Neuzeit

Neuer Graben 19/21 - 49069 Osnabrück

Tel. 0541-969 4905

Email: [thomas.kossert@uni-osnabrueck.de](mailto:thomas.kossert@uni-osnabrueck.de)

# Protokoll der Mitgliederversammlung

Protokoll der 8. satzungsmäßigen Mitgliederversammlung des Arbeitskreises „Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit“ e.V. (AMG)

am 11. September 2009 auf der 8. AMG-Jahrestagung in Gießen

*anwesende Vorstandsmitglieder (5):* Prof. Dr. RALF PRÖVE, Prof. Dr. HORST CARL, Dr. ANDREA PÜHRINGER-GRÄF, Prof. Dr. MATTHIAS ASCHE, Dr. ULRIKE LUDWIG.

*weitere anwesende Vereinsmitglieder (16):* Prof. Dr. MARIAN FÜSSEL (Göttingen), Prof. Dr. HOLGER TH. GRÄF (Marburg), DANIEL HOHRATH (Berlin), THOMAS KOSSERT (Osnabrück), GREGOR MAIER (Bad Homburg), Dr. MARKUS MEUMANN (Halle), Dr. SASSCHA MÖBIUS (Magdeburg), Dr. ULRICH NIGGEMANN (Marburg), Prof. Dr. UTE PLANERT (Wuppertal), Prof. Dr. MALTE PRIETZEL (Konstanz), JANINE RISCHKE (Potsdam), ANGELA STRAUß (Potsdam), THOMAS WEIBBRICH (Berlin), CARMEN WINKEL (Potsdam), FRANK ZIELSDORF (Weimar).

Die Mitgliederversammlung wird um 14:30 Uhr vom Ersten Vorsitzenden, Herrn PRÖVE, eröffnet.

Auf der Tagesordnung stehen elf Punkte:

1. Verlesung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der 7. Mitgliederversammlung in Dresden 2008
3. Bericht des Ersten Vorsitzenden
4. Bericht der Schatzmeisterin
5. Bericht der Kassenprüfer
6. Entlastung des Vorstands
7. Neuwahlen zum Vorstand
8. Neuwahl der Kassenprüfer

## *Protokoll der Mitgliederversammlung*

9. Bericht über die Vorbereitungen für die 9. AMG-Jahrestagung 2011
10. Aussprache über Ort und Thema der 10. AMG-Jahrestagung 2013
11. Allfälliges.

zu 1) Die Tagesordnung wird verlesen und einstimmig genehmigt.

zu 2) Das Protokoll der letzten Mitgliederversammlung in Dresden von 2008 wird einstimmig genehmigt.

zu 3) Der Erste Vorsitzende Herr PRÖVE stellt in einem detaillierten Bericht den Fortgang des Erneuerungsprozesses des Vereins – „AMG *reloaded*“ – vor:

- Die Schatzmeisterin Frau PÜHRINGER-GRÄF hat die Vereinsfinanzen reorganisiert und auf eine neue Grundlage gestellt.
- Der Schriftführer Herrn ASCHE ist mit der Aktualisierung der Mitgliederdatei weit fortgeschritten. Der Aktion mit der Bitte nach ausgefüllten Datenblättern sind alle bis auf 47 Mitglieder nachgekommen (Liste der 47 Mitglieder ohne Datenblatt ist dem Protokoll beigelegt). Derzeit hat der Verein 158 Mitglieder.
- Es wurden auf Kosten des Vereins ein Heftchen mit einer Übersicht über die Veröffentlichungen in der AMG-Schriftenreihe „*Herrschaft und soziale Systeme*“ und ein Postkartenflyer mit dem Hinweis auf den AMG gedruckt. Beides soll fortan auf den zentralen Historiker-Kongressen (Arbeitstagungen der „*Arbeitsgemeinschaft Frühe Neuzeit*“ im „*Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands*“, Historikertage) verteilt werden.
- Als nächstes Projekt soll die Vereins-Homepage grundlegend überarbeitet werden. Diese Aufgabe wird Herr CHRISTOPHER SCHEELE – ein Mitarbeiter des Webmasters Herrn PD Dr. STEFAN KROLL (Rostock) – übernehmen, der hierfür ein Honorar erhält.

*Protokoll der Mitgliederversammlung*

Herr PRÖVE berichtet über die AMG-Schriftenreihe „*Herrschaft und soziale Systeme*“. Der Kreis der Herausgeber wurde stark erweitert. Gleichberechtigte Reihenherausgeber sind ab Band 10 nunmehr – in alphabetischer Reihenfolge – MATTHIAS ASCHE, HORST CARL, BERNHARD R. KROENER, STEFAN KROLL, MARKUS MEUMANN, UTE PLANERT, RALF PRÖVE und JÖRG ROGGE. Das Herausgebergremium sieht vor, einen verantwortlichen Redakteur für die künftigen Bände zu gewinnen, welcher als zentrale Kontaktperson zwischen dem Autor, den Reihenherausgebern und dem LIT-Verlag fungieren soll, um die Arbeitsabläufe bei der Buchproduktion besser zu koordinieren.

Seit der letzten Mitgliederversammlung ist ein Band erschienen:

Bd. 5 (= Beiträge der 5. AMG-Jahrestagung in Potsdam 2003): „*Mars und die Musen. Das Wechselspiel von Militär, Krieg und Kunst in der Frühen Neuzeit*“, hgg. von JUTTA NOWOSADTKO und MATTHIAS ROGG (2009)

Bd. 9 (= Beiträge der 6. AMG-Jahrestagung in Tübingen 2005): „*Krieg, Militär und Migration in der Frühen Neuzeit*“, hgg. von MATTHIAS ASCHE, MICHAEL HERRMANN, ULRIKE LUDWIG und ANTON SCHINDLING (2008)

Als weitere Bände sind vorgesehen:

Bd. 11 (= Beiträge einer Tagung im Deutschen Historischen Museum 2009) „*Die Kapitalisierung des Krieges – Kriegsunternehmer in Spätmittelalter und Früher Neuzeit*“, hgg. von MATTHIAS MEINHARDT und MARKUS MEUMANN

Bd. 12 (= Beiträge der 7. AMG-Jahrestagung auf Schloß Thurnau 2007): „*Militär und Recht in der Frühen Neuzeit*“, hgg. von DIETHELM KLIPPEL und JUTTA NOWOSADTKO

Bd. 13 (= Beiträge der 8. AMG-Jahrestagung in Gießen 2009): „*Militärische Erinnerungskulturen vom 14. bis zum 19. Jahrhundert*“, hgg. von HORST CARL und UTE PLANERT

### *Protokoll der Mitgliederversammlung*

Darüber hinaus liegt derzeit dem Herausgebergremium zur Begutachtung die Habilitationsschrift von PD Dr. ANUSCHKA TISCHER (Marburg) mit dem Titel „*Offizielle Kriegsbegründungen in der Frühen Neuzeit. Herrscherkommunikation in Europa zwischen Souveränität und korporativem Selbstverständnis*“ vor.

zu 4) Die Schatzmeisterin Frau PÜHRINGER-GRÄF stellt ihren Bericht vor (Bericht ist dem Protokoll beigelegt).

Der Vorstand beantragt die Erhöhung des Vereinsbeitrages ab 1. Januar 2010:

- von derzeit € 7,50 auf € 10,– für Mitglieder in der Ausbildung
- von derzeit € 20,– auf € 25,– für alle sonstigen Mitglieder
- von derzeit € 50,– auf € 75,– für korrespondierende Mitglieder

Über den Umfang der Beitragserhöhung und alternative Möglichkeiten für höhere Vereinseinnahmen wird intensiv diskutiert. Der Antrag des Vorstands wird einstimmig angenommen.

zu 5) Die beiden Kassenprüfer – Herr Dr. SASCHA MÖBIUS und Frau Prof. Dr. JUTTA NOWOSADTKO – berichten, dass es keine Beanstandungen gibt. Eine Aussprache zum Bericht der Kassenprüfer wird vom Plenum nicht gewünscht.

zu 6) Auf Antrag von Herrn Prof. Dr. HOLGER TH. GRÄF wird der Vorstand – bei fünf Enthaltungen – entlastet.

zu 7) Unter der Leitung von Herrn GRÄF werden Neuwahlen zum Vorstand durchgeführt. Folgende Vereinsmitglieder werden zum neuen Vorstand des AMG gewählt:

- (bei einer Enthaltung) Erster Vorsitzender: Prof. Dr. RALF PRÖVE (Potsdam)
- (bei einer Enthaltung) Zweiter Vorsitzender: Prof. Dr. HORST CARL (Gießen)
- (bei einer Enthaltung) Schatzmeisterin: Dr. ANDREA PÜHRINGER-GRÄF (Marburg)

*Protokoll der Mitgliederversammlung*

- (bei einer Enthaltung) Schriftführer: Prof. Dr. MATTHIAS ASCHE (Tübingen)
- Beisitzer: (bei einer Enthaltung) Dr. ULRIKE LUDWIG (Dresden) und (bei einer Enthaltung) Prof. Dr. MARIAN FÜSSEL (Göttingen)

Alle Gewählten nehmen die Wahl an.

zu 8) Als Kassenprüfer werden – bei einer Enthaltung – Frau SUSANNE HÄCKER (Reutlingen) und Frau CARMEN WINKEL (Potsdam) gewählt. Frau WINKEL nimmt die Wahl an, die abwesende Frau HÄCKER hat ihre Bereitschaft zuvor dem ehemaligen Vorstand mitgeteilt.

zu 9) Die 9. AMG-Jahrestagung zum Thema „*Militär und Bildung in der Frühen Neuzeit*“ wird im September 2011 in Göttingen stattfinden und wird von den Herren ASCHE und FÜSSEL ausgerichtet. Herr FÜSSEL berichtet über den Stand der Vorbereitungen.

zu 10) Es wird einstimmig beschlossen, dass die 10. AMG-Jahrestagung im Jahre 2013 aufgrund des runden Jubiläums sowie des 65. Geburtstages und der Emeritierung des Ehrenvorsitzenden Prof. Dr. BERNHARD KROENER (Potsdam) in Potsdam stattfinden wird. Es soll dabei eine Bilanz der wissenschaftlichen Tätigkeit des AMG seit seiner Gründung – unter Einbeziehung der internationalen Entwicklungen der Militärgeschichtsforschung – gezogen werden. Die Organisation werden Herr PRÖVE und Frau PÜHRINGER-GRÄF übernehmen.

zu 11) Vom Plenum wird keine Aussprache gewünscht.

Um 15:30 Uhr erklärt Herr PRÖVE die Mitgliederversammlung für beendet.

*Tübingen, den 6. Oktober 2009*

*Für das Protokoll: MATTHIAS ASCHE (Schriftführer des AMG)*

*zur Kenntnis genommen: RALF PRÖVE (Erster Vorsitzender des AMG)*

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1 und 2: Kelch von Joachim Dendele mit Stifterinschrift  
(Foto Martin Straßburger).

Abb. 3 und 4: Kelch von Maria Salome Kanoffsky von Langendorf  
mit Stifterinschriften (Foto Martin Straßburger).

Abb. 5: Nordostturm des 1677 zerstörten und 1754 weitgehend  
abgetragenen Schlosses (Foto Martin Straßburger).

## Autorenverzeichnis

*Sarah Edding*, Lehrstuhl für Militärgeschichte/Kulturgeschichte der Gewalt, Email: edding[at]uni-potsdam.de

*Ulrike Ludwig*, Institut für Geschichte an der TU Dresden, Email: ulrike-ludwig[at]freenet.de

*Mario Kaun*, Cottbus, Email: kaun[at]uni-potsdam.de

*Thomas Kossert*, Interdisziplinäres Institut für Kulturgeschichte der Frühen Neuzeit, Universität Osnabrück, Email: thomas.kossert[at]uni-osnabrueck.de

*Wenke Richter*, M. A., Email: Richter-Wenke[at]web.de

*Janine Rischke*, Lehrstuhl für Militärgeschichte/Kulturgeschichte der Gewalt, Universität Potsdam, Email: rischke[at]uni-potsdam.de

*Hanna Sonkajärvi*, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Duisburg-Essen, Abteilung für Geschichte der Frühen Neuzeit, Email: hanna.sonkajaervi[at]uni-due.de

*Martin Straßburger*, Email: martin[at]miningarchaeology.com

*Karsten Süß*, Email: KarstenSuess[at]gmx.de

## Veröffentlichungen des AMG

Bernhard R. Kroener, Ralf Pröve (Hrsg.), Krieg und Frieden. Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit, Paderborn 1996, 356 S., € 8.90 [ISBN 3-506-74825-4 ].

Karen Hagemann, Ralf Pröve (Hrsg.), Landsknechte, Soldatenfrauen und Nationalkrieger. Militär, Krieg und Geschlechterordnung im historischen Wandel, Frankfurt am Main 1998 (= Geschichte und Geschlechter, Bd. 26), 368 S., € 39.90 [ISBN 3-593-36101-9].

Seit 2000 verfügt der Arbeitskreis über die Schriftenreihe:  
**„Herrschaft und soziale Systeme in der Frühen Neuzeit“:**

Bd. 1: Stefan Kroll, Kersten Krüger (Hrsg.), Militär und ländliche Gesellschaft in der frühen Neuzeit, Münster u. a. 2000, 390 S., € 25.90 [ISBN 3-8258-4758-6].

Bd. 2: Markus Meumann, Ralf Pröve (Hrsg.), Herrschaft in der Frühen Neuzeit. Umriss eines dynamisch-kommunikativen Prozesses, Münster u. a. 2004, 256 S., € 25.90 [ISBN 3-8258-6000-0].

Bd. 3: Markus Meumann, Jörg Rogge (Hrsg.), Die besetzte res publica. Zum Verhältnis von ziviler Obrigkeit und militärischer Herrschaft in besetzten Gebieten vom Spätmittelalter bis zum 18. Jahrhundert, Münster u. a. 2006, 416 S., € 40.90 [ISBN 3-8258-6346-8].

Bd. 4: Michael Kaiser, Stefan Kroll (Hrsg.), Militär und Religiosität in der Frühen Neuzeit, Münster u. a. 2004, 352 S., € 25.90 [ISBN 3-8258-6030-2].

Bd. 5: Matthias Rogg, Jutta Nowosadtko (Hrsg.) unter Mitarbeit von Sascha Möbius, „Mars und die Musen“. Das Wechselspiel von Militär, Krieg und Kunst in der Frühen Neuzeit, Münster u. a. 2008, 408 S., € 59.90 [ISBN 978-3-8258-9809-1].

*Veröffentlichungen des AMG*

- Bd. 6: Sebastian Küster, Vier Monarchien – Vier Öffentlichkeiten. Kommunikation um die Schlacht bei Dettingen, Münster u. a. 2004, 560 S., € 45.90 [ISBN 3-8258-7773-6].
- Bd. 7: Beate Engelen, Soldatenfrauen in Preußen. Eine Strukturanalyse der Garnisonsgesellschaft im späten 17. und 18. Jahrhundert, Münster u. a. 2005, 672 S., € 59.90 [ISBN 3-8258-8052-4].
- Bd. 8: Ursula Löffler, Vermittlung und Durchsetzung von Herrschaft auf dem Lande. Dörfliche Amtsträger im Erzstift und Herzogtum Magdeburg, 17.-18. Jahrhundert, Münster u. a. 2005, 256 S., € 24.90 [ISBN 3-8258-8077-X].
- Bd. 9: Matthias Asche, Michael Herrmann, Ulrike Ludwig, Anton Schindling (Hrsg.), Krieg, Militär und Migration in der Frühen Neuzeit, Münster u. a. 2008, 344 S., € 29.90 [ISBN 978-3-8258-9863-6].
- Bd. 10: Ewa Anklam, Wissen nach Augenmaß. Militärische Beobachtung und Berichterstattung im Siebenjährigen Krieg, Münster u. a. 2008, 312 S., € 29.90 [ISBN 978-3-8258-0585-2].
- Bd. 11: (Ankündigung) Matthias Meinhardt, Markus Meumann (Hrsg.), Die Kapitalisierung des Krieges. Kriegsunternehmer in Spätmittelalter und Früher Neuzeit, Münster u. a., 408 S., € 39.90 [ISBN 978-3-643-10108-2]
- Bd. 12: (Ankündigung) Diethelm Klippel, Jutta Nowosadtko (Hrsg.), Militär und Recht in der Frühen Neuzeit, Münster u. a.
- Bd. 13: (Ankündigung) Horst Carl, Ute Planert, Militärische Erinnerungskulturen vom 14. bis zum 19. Jahrhundert, Münster u. a.





## Am Rande Europas? Der Balkan – Raum und Bevölkerung als Wirkungsfelder militärischer Gewalt

Im Auftr. des MGFA hrsg. von  
Bernhard Chiari und Gerhard P.  
Groß unter Mitarb. von Magnus  
Pahl

München: Oldenbourg 2009

436 S.

(= Beiträge zur Militärgeschichte, 68)

39,80 Euro

ISBN 978-3-486-59154-5

Der Balkan war seit Jahrhunderten Schauplatz der wechselseitigen Befruchtung und Verschmelzung von Ethnien, Religionen und Kulturen, aber auch der Ort gewaltsamer Auseinandersetzungen. Für die Staaten Europas und Russland bildete er ein Objekt der Wirtschafts- und Außenpolitik, der verklärenden Romantisierung wie der Stereotypenbildung gleichermaßen. Auf dem Balkan wurden Stellvertreterkriege ausgefochten; hier prallten Christentum und Islam aufeinander. Unter dem Deckmantel des Krieges brachen seit dem späten 19. Jahrhundert und dann verstärkt während des Zweiten Weltkriegs ethnische und nationale Konflikte aus. Das Ende des jugoslawischen Staates mündete 1991 in Bürgerkriege und ethnische Vertreibungen, die neben neuen Grenzen und Siedlungsstrukturen auch neue Formen internationaler Friedenserhaltung und Friedensbewahrung hervorbrachten. Das Beispiel des seit Februar 2008 unabhängigen Kosovo verdeutlicht die Komplexität regionaler Problemlagen vor der Haustüre Europas.

Im vorliegenden Band analysieren 22 Autoren die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Balkans. Vertreter der Militärgeschichte kommen ebenso zu Wort wie Südosteuropa-Historiker. Historische Abhandlungen ergänzen Beiträge zu Fragen des Völkerrechts sowie zu aktuellen politischen und militärischen Problemen. Schließlich greift das Buch auch die berechtigte Frage von Politik und Öffentlichkeit auf, was hoch spezialisierte Fachwissenschaftler und ihre Disziplinen zur Analyse aktueller Probleme bzw. zur politischen und damit auch militärischen Entscheidungsfindung im Rahmen der internationalen Krisenprävention und -bekämpfung beitragen können.



Philipp Münch

**Bürger in Uniform**

Kriegserfahrungen von Hamburger Turnern 1914 bis 1918



Einzelschriften zur Militärgeschichte

**Philipp Münch****Bürger in Uniform.  
Kriegserfahrungen von  
Hamburger Turnern  
1914 bis 1918**Freiburg, Berlin, Wien:  
Rombach 2009

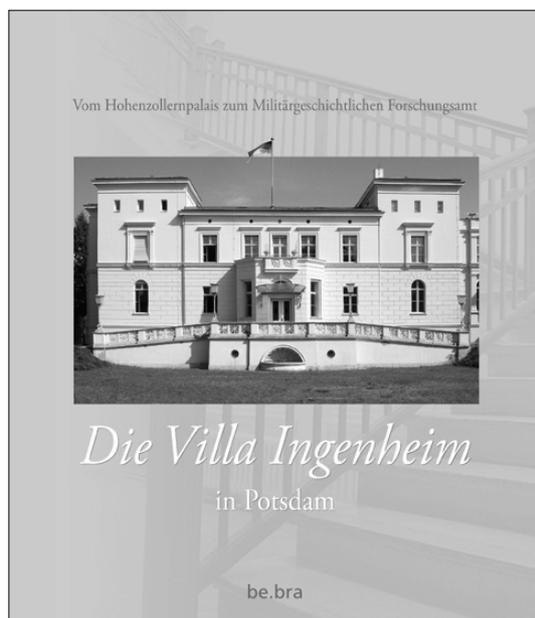
X, 278 S.

(= Einzelschriften zur Militär-  
geschichte, 45)

22,80 Euro

ISBN 978-3-7930-9593-4

Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die Schreiben von 30 miteinander bekannten, etwa gleich alten Mitgliedern einer Hamburger Turnerriege der Jahre 1914 bis 1918. Die Eindrücke, Ansichten und Erlebnisse ihrer Verfasser vermitteln insgesamt ein facettenreiches Bild von vielen Aspekten des Krieges. Die Analyse der Militär- und Kriegserfahrungen der Hamburger Turner stützt den Eindruck, dass bürgerliche Soldaten die Kriegsanstrengungen stärker unterstützt haben als Soldaten anderer sozialer Herkunft, und regt zu weiteren Fragen und Diskussionen an.



**Vom Hohenzollernpalais  
zum Militärgeschichtlichen  
Forschungsamt. Die Villa  
Ingenheim in Potsdam**

Im Auftrag des MGFA hrsg. von  
Jörg Duppler, Hans Ehlert und  
Arnim Lang. Unter Mitw. von  
Andreas Groh

Berlin: be.bra wissenschaft 2009

184 S.

24,95 Euro

ISBN 978-3-937233-51-2

Dieser reich bebilderte Band führt durch die Geschichte der Villa Ingenheim als repräsentativem Element der Potsdamer Villenkultur. Ihre Entwicklung von der Ratsziegelei über den Status als herrschaftliches Anwesen der Hohenzollern bis zum Dienstsitz des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes spiegelt die wechselhafte preußisch-deutsche Historie wider. Der Band gibt nicht nur Einblick in Architektur, Kunst und Gesellschaft in Preußen und Potsdam, sondern berichtet auch von Krieg und Politik, vom Werden, Untergehen und Wiedererstehen in Deutschland und Europa.



**Agilolf Keßelring**

**Die Nordatlantische Allianz und  
Finnland 1949 bis 1961**

Perzeptionsmuster und Politik  
im Kalten Krieg

München: Oldenbourg 2009

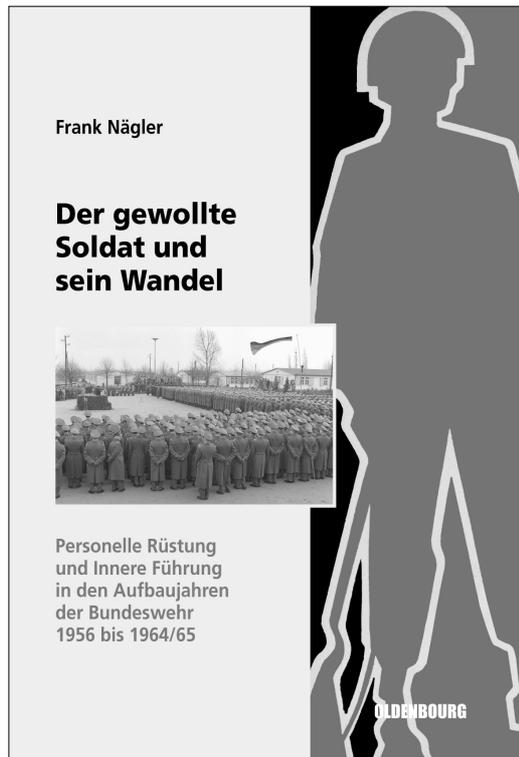
X, 582 S.

(= Entstehung und Probleme  
des Atlantischen Bündnisses, 8)

49,80 Euro

ISBN 978-3-486-58804-0

Basierend auf bislang unveröffentlichten Dokumenten aus den Brüsseler NATO-Archiven sowie amerikanischen, britischen, deutschen diplomatischen und militärisch-nachrichtendienstlichen Berichten untersucht der Autor die Haltung der Nordatlantischen Allianz gegenüber dem durch eine Defensivallianz mit der Sowjetunion verbundenen, neutralen Finnland. Die regionale Perspektive Finnlands kommt unter den Gesichtspunkten des globalen Konfliktes zwischen détente, containment und roll back in den Blick. Finnland war dabei keineswegs nur Paradebeispiel »friedlicher Koexistenz«. Das Ringen um das ostwärts der NATO-Nordflanke gelegene Finnland war ein Kampf um dessen wahrgenommene Zugehörigkeit zwischen Ost und West.



**Frank Nögler**

**Der gewollte Soldat  
und sein Wandel**

Personelle Rüstung und Innere  
Führung in den Aufbaujahren der  
Bundeswehr 1956 bis 1964/65

München: Oldenbourg 2010

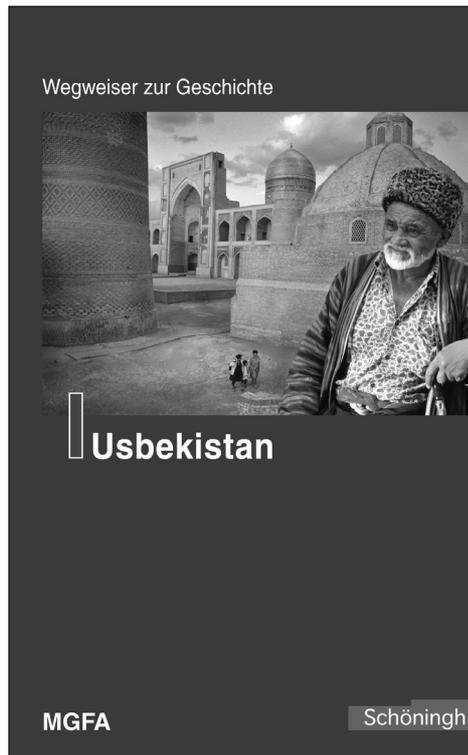
VIII, 534 S.

(= Sicherheitspolitik und  
Streitkräfte der Bundesrepublik  
Deutschland, 9)

39,80 Euro

ISBN 978-3-486-58815-6-7

Das Projekt untersucht zunächst das bei Aufstellungsbeginn der Bundeswehr konzipierte Bild des Staatsbürgers in Uniform. Es stellt hierbei konkurrierende Vorstellungen zu diesem Leitbild vor und betrachtet sodann dessen Ausprägungen, wie sie in den einschlägigen Gesetzen, Vorschriften und Publikationen ihren Niederschlag gefunden haben. Schließlich wendet sich die Studie der bis 1964/65 vorgenommenen Aufstellung zu. Sie analysiert dabei die Folgen, welche die Rekrutierung und die damit einhergehenden Krisen für das Binnengefüge der Streitkräfte und für das Leitbild des »Staatsbürgers in Uniform« gehabt haben.



## Wegweiser zur Geschichte: Usbekistan

Im Auftrag des MGFA  
herausgegeben von  
Bernhard Chiari und  
Magnus Pahl

Paderborn: Schöningh 2009

312 S.

15,90 Euro

ISBN 978-3-506-76880-3

Das deutsche Interesse an Usbekistan und damit das Bild dieses Landes sind stark beeinflusst durch die Ereignisse in Afghanistan. Spezielles Augenmerk gilt der Haltung der usbekischen Regierung gegenüber dem laufenden Einsatz der International Security Assistance Force (ISAF) und insbesondere zum Betrieb des Strategischen Lufttransportstützpunktes im usbekischen Termes.

Der »Wegweiser zur Geschichte: Usbekistan« ermöglicht einen Blick aus anderer Perspektive. 19 Autoren beschreiben Geschichte und Kultur des Landes als Teil Zentralasiens und damit die reichen und vielfältigen Traditionen eines Kulturkreises, der bis zum Ende der Sowjetunion für Europäer nur schwer zugänglich war und nach dem Ende der UdSSR erst langsam in den Blick der europäischen Politik rückte. Usbekistan beansprucht heute eine Schlüsselrolle innerhalb Zentralasiens und versteht es geschickt, die teils entgegengesetzten Interessen des in der Region dominierenden Russlands, aber auch Chinas, der USA oder der Europäischen Union für eigene Ziele zu nutzen. Die usbekische Führung unter Präsident Islam Karimow versucht, an eine vorsowjetische nationale Identität anzuknüpfen, doch zeigt dieser Band ebenso, wie stark in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und regionalen Netzwerken die Prägungen und Strukturen der Sowjetzeit weiter fortwirken. Zahlreiche Karten, lexikalische Begriffserklärungen im Text sowie der umfangreiche Anhang mit Zeitstrahl, einer Auflistung wichtiger Feiertage, Literatur- und Filmtipps und einem Register helfen bei der raschen Orientierung.

## **Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit | 13 (2009) Heft 2**

### **Redaktion:**

Urte Evert (urtea@gmx.de): Lektorat

Gundula Gahlen (g.gahlen@freenet.de): Projekte, Berichte

Jan Willem Huntebrinker (jan.huntebrinker@web.de): Projekte

Ulrike Ludwig (ulrike-ludwig@freenet.de): Aufsätze, Organisation, Layout

Sascha Möbius (sascha.moebius@googlemail.com): Aufsätze

Carmen Winkel (cwinkel@uni-potsdam.de): Rezensionen, Berichte

### **Redaktionsanschrift:**

Arbeitskreis Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit e. V.

c/o Ulrike Ludwig, TU Dresden, Philosophische Fakultät

Institut für Geschichte / Frühe Neuzeit, 01062 Dresden

E-Mail: [ulrike-ludwig@freenet.de](mailto:ulrike-ludwig@freenet.de)

URL: <http://www.amg-fnz.de/lit/zeitschrift.htm>

Beiträge, Informationen über laufende oder kürzlich abgeschlossene Forschungsprojekte, Tagungsberichte und Rezensionen richten Sie bitte per E-Mail oder mit PC-kompatibler Diskette an die zuständigen RedakteurInnen unter den angegebenen Adressen. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge abzulehnen, geteilt abzdrukken oder nach Rücksprache zu kürzen.





Der Arbeitskreis Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit e. V. wurde im Frühjahr 1995 gegründet. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Erforschung des Militärs im Rahmen der frühneuzeitlichen Geschichte zu befördern und zugleich das Bewusstsein der Frühneuzeit-HistorikerInnen für die Bedeutung des Militärs in all seinen Funktionen zu wecken. Das Militär steht somit als soziale Gruppe selbst im Mittelpunkt der Aktivitäten des Arbeitskreises, wird aber auch in seinen Wirkungen und Repräsentationen thematisiert. Ziel ist es, die Rolle des Militärs als Teil der frühneuzeitlichen Gesellschaft umfassend herauszuarbeiten und zu würdigen. Insofern versteht der AMG seine Arbeit nicht nur als Beitrag zur Militärgeschichte, sondern vor allem als Beitrag zur Geschichte der Frühen Neuzeit insgesamt.

Der Arbeitskreis bietet ein Diskussions- und Informationsforum durch die Organisation von Tagungen, die Herausgabe der Schriftenreihe ‚Herrschaft und soziale Systeme in der Frühen Neuzeit‘, die Zeitschrift ‚Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit‘ und die Mailingliste mil-fnz.